



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

(New) „Landgrabbing“ – ein (post-) koloniales Erbe?
Eine politisch-ökologische Analyse am Beispiel
Äthopiens

Verfasserin

Alice Tuma

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuerin:

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Birgit Englert

Danksagung

Ein besonderer Dank geht an alle, die mich bei der Erstellung der Diplomarbeit tatkräftig unterstützt haben und die da wären:

Mein Partner Daniel, meine Schwester Barbara, meine Mutter Helene & Reinhard, meine Freunde Alisa & Philipp und Bernadette & Pauli, meine Cousine Sandra; sowie meine Nachbarin Jane.

Vielen Dank für die hilfreichen Anregungen und die Geduld, und vor allem Danke für die moralische Unterstützung!

Ein herzliches Dankeschön auch an meine Betreuerin – Birgit Englert – die mich mit ihren Anregungen, Tipps und in Gesprächen immer auf den richtigen Weg geschickt hat!

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG UND FORSCHUNGSGEGENSTAND	1
1.1	Problemstellung	1
1.2	Worum geht es mir? Entwicklung und Kommentierung der Forschungsfrage	2
1.3	Forschungshypothese	4
2	METHODE	5
2.1	Literaturarbeit und Quellenlage	5
2.2	Aufbau der Arbeit	5
3	THEORETISCHE ÜBERLEGUNG	7
3.1	Multiple Krisen und Land: Ursachen und strukturelle Zusammenhänge	7
3.2	Die politische Ökologie der Landfrage	9
4	LANDGRABBING: TRENDS UND DRIVERS	11
4.1	„Landgrabbing“ – ein neues Phänomen?	11
4.2	Was ist „Landgrabbing“? Ein Definitionsversuch	12
4.3	Akteure	13
4.3.1	Öffentlicher Sektor	13
4.3.2	Privater Sektor	14
4.4	Charakteristika	15
4.4.1	Was ist neu?	15
4.4.2	Größe und Umfang	16
4.4.3	Die Länge der Verträge	18
4.4.4	Mangel an Transparenz	18
4.4.5	Auswirkungen dieser länderübergreifenden Trends – das Ende der Bauernschaft?	19
4.4.6	Zusammenfassung	20
5	LANDGRABBING IN ÄTHIOPIEN	21
5.1	Begründung des Länderbeispiels – Ansatzpunkte zur politisch-ökologischen Analyse	21
5.1.1	Politischer Hintergrund der äthiopischen Landpolitik	22
5.1.2	Wirtschaftlicher Hintergrund der äthiopischen Landpolitik	23
5.1.3	Der Einfluss Italiens auf Äthiopien: ein (kolonialer) Definitionsversuch	24
5.2	Armut und Hunger in Äthiopien	29
5.2.1	Ländliche Armut	31
5.2.2	Pastoralismus und geringe Produktivität?	31
5.3	Zugang zu Land in Äthiopien	32

5.3.1	Landnutzung in Äthiopien von 1900 - 1975	32
5.3.2	Die Landreform von 1975 unter dem Derg.....	35
5.3.3	Land als Staatseigentum: Die Proklamation von 1975 und die äthiopische Verfassung	39
5.3.4	Die Konturen der italienischen Landpolitik in Äthiopien	40
5.3.4.1	Zusammenfassung.....	41
5.4	Aktueller Kontext: Entwicklungsstrategien der äthiopischen Regierung	41
5.4.1	ADLI - Agriculture Development Led Industrialization	41
5.4.2	Growth and Transformation Plan	42
5.4.3	Zusammenfassung	43
5.5	Foreign Direct Investments im äthiopischen Agrarsektor	44
5.5.1	Definition von Land-FDIs	44
5.5.2	Analyse der aktuellen Entwicklungen und Trends von FDIs	45
5.5.2.1	Zusammenfassung	47
5.5.3	Die Rolle der Regierung – Schaffung eines günstigen Investitionsklimas	47
5.5.3.1	Deregulierungstendenzen	47
5.5.3.2	Zusammenfassung	48
5.5.4	Bringen FDIs eine win-win Situation für alle?	49
5.5.5	Probleme hinsichtlich des Umgangs mit Pastoralismus.....	50
5.5.6	Zusammenfassung	53
5.6	Der Zugang zu Land, Enteignung und Vertreibung.....	53
5.6.1	Kompensation	54
5.6.2	Nahrungsmittelsicherheit	56
5.6.3	Zusammenfassung	57
5.7	Öffentliches Land Management	57
5.7.1	Ethiopien Investment Agency	58
5.7.2	Das Agricultural Investment Support Directorate.....	58
5.7.3	Zusammenfassung	59
5.8	Kategorisierung von Land.....	59
5.8.1	Die Landrechtssysteme Äthiopiens.....	59
5.8.2	Land Certification Policy.....	60
5.8.3	Mythos leeres Land	62
5.8.4	Zusammenfassung	64
5.9	Schlüsse aus der politisch-ökologischen Perspektive Äthiopiens.....	67
6	ÜBERPROPORTIONALES LANGRABBING IN OROMIA.....	69
6.1	Einleitung und Überblick	69
6.2	Die Geschichte der Oromo ab dem 16. Jahrhundert und der Einfluss der amharischen Kultur	72
6.2.1	Die Herrschaft der Amharen	73
6.2.2	Die Aufrechterhaltung der oromischen Werte – das Gada-System.....	73
6.2.3	Die amharische Sprache.....	74
6.3	Die Ausdehnung des oromischen Einflussgebietes ab dem 16. Jahrhundert.....	75
6.4	Oromo Nationalismus und Widerstand	77
6.4.1	Die Italiener als Unterdrücker	79
6.4.2	Die Gründung der OLF.....	80
6.4.3	Die Stärkung des oromischen Widerstandes	83

6.4.4	Schärfung der nationalen Identität.....	84
6.4.5	Politische Situation in den vergangen Jahren	85
6.5	Landgrabbing und erzwungene Umsiedlungsprozesse in Oromia	86
6.5.1	Resettlement und villagization in Oromia.....	87
6.5.2	Landinvestitionen und die Wiederaufnahme der Umsiedlungskonzepte	89
6.6	Soziale und politische Auswirkungen der Umsiedlungen.....	90
6.6.1	Zusammenfassung	91
6.7	Landgrabbing in Oromia.....	93
6.7.1	In welchen Sektor wird investiert?	95
6.8	Großflächige Landnahmen am Beispiel Karuturi Global Limited	97
6.8.1	Bechera Agricultural Development Project	98
6.8.2	Nur wenige Arbeitsplätze und gedämpfter Widerstand	99
6.8.3	Zugang zu Weide- und Ackerland	100
6.8.4	Umsiedlungen im Zuge des Karuturi Projektes	101
6.8.5	Zusammenfassung	102
6.9	Warum ist Oromia überproportional von Landgrabbing betroffen?	103
6.9.1	Zusammenfassung	108
6.10	Auswirkungen des überproportionalen Landgrabblings in Oromia	109
6.11	Abschließendes Resümee zum Fall der Oromo	111
7	CONCLUSIO	113
8	LITERATURVERZEICHNIS.....	118
9	ANHANG.....	131
9.1	Zusammenfassung	131
9.2	Abstract	133
9.3	Lebenslauf.....	135

Abkürzungsverzeichnis

ADLI	Agricultural-Development-Led Industrialization
AISD	Agricultural Investment Support Directorate
BADP	Bechera Agricultural Development Project
BIP	Bruttoinlandsprodukt
COMESA	Common Market for Eastern and Southern Africa
ECOSOC	Economic and Social Council
EDC	Equatorial Development Consultancy
EIA	Ethiopian Investment Agency
EPLAUA	Protection and Land Administration and Use Authority
EPRDF	Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front
EU	Europäische Union
FAO	UN) Food and Agriculture Organization
FDI	Foreign Direct Investment
FIAN	Food First Informations- und Aktionsnetzwerk
GLP	Global Land Project
GTP	Growth and Transformation Plan
GRAIN	Genetic Resources Action International
HDI	Human Development Index
IFAD	International Fund for Agricultural Development
IIED	International Institute for Environment and Development
ILC	Land Coalition
Land-ADI	ausländische Direktinvestitionen in Landfläche
MDGs	Millenium Development Goals
MoARD	Ministry of Agriculture and Rural Development
MoFED	Ministry of Finance and Economic Development
NGO	Non-Governmental Organization
OLF	Oromo Liberation Front
OMRHO	Oromo Human Rights and Relief Organization
OPDO	Oromo Peoples' Democratic Organization
PASDEP	Plan for Accelerated and Sustainable Development to End Poverty
SMNE	Solidarity Movement for a New Ethiopia
SNNP	Southern Nations, Nationalities, and People

SNNPR	Southern Nations, Nationalities, and Peoples' Region
<i>SDPRP</i>	Sustainable Development for Poverty Reduction Program
TOI	The Oakland Institute
TPLF	Tigrean People's Liberation Front
UN	United Nations
US	United States/Vereinigte Staaten
USAID	United States Agency for International Development
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
WFP	World Food Programme

1 EINLEITUNG UND FORSCHUNGSGEGENSTAND

1.1 Problemstellung

In den letzten Jahren hat ein unglaubliches Wettrennen um landwirtschaftlich nutzbaren Boden auf der ganzen Welt eingesetzt. Mehr als 50 Millionen Hektar an Agrarflächen haben den Besitzer gewechselt – und in den kommenden Jahren wird mit Tausenden von Hektar das Gleiche passieren.

Das globale Phänomen der Landnahme – unter kritischer Beleuchtung der Aspekte auch *Landgrabbing* genannt, also Landraub - wird von vielen Faktoren beeinflusst und bestimmt. Es ist ein komplexer Prozess und innerhalb dieses Phänomens spielen viele Faktoren eine wichtige Rolle. Ein Faktor jedoch interessiert mich besonders für diese Arbeit und dieser Faktor bestimmt wesentlich den Prozess des *Landgrabblings* mit: es ist die Produktion von Nahrungsmitteln für den Export finanzstarker aber ressourcenarmer Länder in der Folgezeit der Nahrungsmittelkrise 2007/2008. Länder, welche von Nahrungsmittelimporten abhängig sind, die sich über weniger Angebot auf dem Weltmarkt sorgen und die versuchen ihre heimische Nahrungsmittelproduktion mittels Kontrolle über Land in anderen Ländern auszulagern, versuchen die Nahrungsmittelversorgung ihrer eigenen Bevölkerung durch eine erhöhte Produktion im Ausland zu sichern.

Investiert wird mittlerweile auf der ganzen Welt: in der Vergangenheit kamen die finanzkräftigen Investoren vor allem aus westlichen Ländern und von westlichen Unternehmen, die auf der Suche nach komparativen Kostenvorteilen für den globalen Markt waren. Die "neuen" kapitalstarken Investoren kommen zum überwiegenden Teil aus ölreichen, aber nahrungsmittelunsicheren Ländern in Verbindung mit einem bestehenden Mangel an Land- und Wasserressourcen, wie zum Beispiel aus den Golf-Staaten wie Saudi-Arabien, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten, aber auch aus den bevölkerungsreichen und kapitalstarken Ländern in Asien wie China, Südkorea und Indien (vgl. Friis/Reenberg 2010: 6). Auf ihrer Suche nach fruchtbarem Ackerland für den Anbau von Exportprodukten zur Sicherung des heimischen Verbrauches vor allem in Entwicklungsländern, stießen und stoßen viele Investoren oftmals auf Afrika, wo das riesige landwirtschaftliche Potential und die relativ geringe Bevölkerungsdichte zahlreicher Länder Begehrlichkeiten weckt (ebd.: 1).

Ergiebige Böden, Sonne, Wasser und Land, aber auch ein großer Pool an billigen Arbeitskräften und schwache, politische Systeme vor Ort, verlocken geradezu zum

Missbrauch. Der Ausverkauf des Landes durch Pacht- und Kaufverträge führt dazu, dass ausländische Regierungen und private Investoren die Kontrolle über große Agrarflächen übernehmen. Die ethische Frage, ob es richtig ist, für den Export bestimmte Grundnahrungsmittel in einem Land zu produzieren, in dem die eigene Bevölkerung Hunger leidet, wird von den handelnden Akteuren nicht gestellt.

Zuletzt möchte ich am Ende dieser allgemeinen Einleitung noch auf eine Formalität verweisen. In der Arbeit wird durchgehend eine genderkonforme Schreibweise verwendet. Es gibt jedoch eine Ausnahme und zwar betrifft das das oftmals wieder gegebene Wort „Investoren“, das hier in seiner männlichen Form zum Einsatz kommt. Hierbei handelt es sich nicht um eine Auslassung der weiblichen Form, sondern um die sachliche Darstellung des Begriffes, da in diesem Kontext Investoren eine Gruppe oder eine Organisation bezeichnet, die verschiedene Strategien verfolgen.

1.2 Worum geht es mir? Entwicklung und Kommentierung der Forschungsfrage

Der aktuelle Landraub ist zum großen Teil das Ergebnis einer Kombination aus Globalisierung, Marktliberalisierung und dem weltweiten Boome an FDI's. Die in diesem Zusammenhang stehenden politischen, ökonomischen und sozialen Mittel, welche die Prozesse der Agrarpolitik beeinflussen und bestimmen interessieren mich vor allem im Zusammenhang mit den Entscheidungen, welche seitens der Regierungen getroffen werden, um der steigenden Nachfrage nach fruchtbarem Land gerecht zu werden.

Mir geht es in meiner Arbeit nicht darum die spezifischen räumlichen Auswirkungen von *Landgrabbing* aufzuzeigen - wie die Abwanderung der lokalen Bevölkerung zu marginalisierten Plätzen zum Beispiel. Viel mehr möchte ich die Auswirkungen der großflächigen Investitionen in Land analysieren, also wenn in- oder ausländische Investoren zu „Herrschern“ über große Landflächen werden, in Beziehung zu den daraus resultierenden Auswirkungen auf Nachhaltigkeit und Entwicklung für die ansässige Bevölkerung. Die Nahrungsmittelkrise 2007/2008 mit ihren schwerwiegenden Folgen hat gezeigt, dass grundlegende Strukturen, auf welchen der Nahrungsmittelsektor aufgebaut ist und Faktoren, welche ihn zwangsläufig beeinflussen, nicht nachhaltig sind, wenn es darum geht, Ernährungssicherung bzw. Entwicklung für die Bevölkerung erreichen zu wollen.

Bei meiner ersten Recherchephase der Literatur ist mir aufgefallen, dass sich viele aktuelle Berichte vor allem mit den augenscheinlichen Faktoren, welche den *Landgrabbing* Prozess mitbestimmen, beschäftigen. Im Vordergrund stehen besonders die Auswirkungen der

Nahrungsmittel- und Finanzkrisen, sowohl als auch die Folgen von Umweltkatastrophen, aber auch Spekulationen, Investitionen usw.. Es ist zwar unumgänglich all diese Faktoren und Prozesse zu kennen, um das aktuelle Phänomen des *Landgrabblings* in einem breiten Analyserahmen verstehen zu können, trotzdem hat mir eine gewisse Tiefe in den Berichten gefehlt, die an den Ursprung des Problems heran reicht.

In meiner zweiten Phase der Literaturrecherche bin ich öfter auf den Begriff des „Neokolonialismus“ in Verbindung mit *Landgrabbing* gestoßen und diese Verbindung erklärt sich folgendermaßen: der Ansturm auf Land wird vor allem über das Geld, dass durch Kooperationen nach Afrika fließt und für die Produktion von Grundnahrungsmitteln oder für den Agrartreibstoff verwendet wird, vorangetrieben. Dieser Ansturm auf Land erinnert an die anfängliche koloniale Expansion Europas in Afrika im 19. Jahrhundert. Dieser ausländischen Invasion folgen Afrikas Regierungen und Business-Eliten und vergessen über die großartige Möglichkeit für Afrika, Kapital aus der weltweiten Energie-, Finanz- und Umweltkrise zu schlagen, dass die Lebensgrundlage Millionen von Menschen bedroht und zerstört wird.

Obwohl viele Menschen ihrer eigenen Bevölkerung an Hunger leiden, begrüßen viele Regierungen der Gastländer die großen Investitionen und Landnahmen. Der Anbau von Grundnahrungsmitteln für den Export und die Ausweitung der Agrotreibstofffelder führen dazu, dass der Anbau von Grundnahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung reduziert wird. Dieser Prozess war unter anderem Auslöser für die Nahrungsmittelkrise 2007/2008, welche die Steigerung der globalen Nahrungsmittelpreise um bis zu 83% zur Folge hatte. Durch die verstärkte Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Importen, hatte die Nahrungsmittelkrise den weltweiten Anstieg der Hungernden auf über eine Milliarde zur Folge. Auf Grund der Importabhängigkeit der Entwicklungsländer und die mit *Landgrabbing* in Verbindung stehenden Entwicklungen wirkte die Nahrungsmittelkrise global weiter. Die Entwicklung der globalen Geschehnisse und die Vorgehensweisen und Entwicklungen der Regierungen in den postkolonialen¹ afrikanischen Staaten beschreibt sehr gut deren Einbettung in den globalisierten Nahrungsmittelmarkt als untergeordneten, nach den Bedürfnissen der westlichen Länder funktionierenden, Zulieferanten.

¹ „Post-kolonial“ beschreibt im Rahmen dieser Seminararbeit eine räumliche und zeitliche Kategorie, die sich geografisch auf die ehemaligen Kolonien und historisch auf den Zeitraum nach dem „scramble for Africa“ bezieht.

1.3 Forschungshypothese

Der Boom nach fruchtbarem Land wird gesteuert von den Wünschen inländischer und ausländischer Regierungen, um Export Einnahmen zu steigern und um Profite zu machen. In Wahrheit geht es nicht um Entwicklung, Nahrungsmittelsicherheit und die Verbesserung der Lebensstandards, denn das Gastland hat wenig Kontrolle, wenn die gesamte Wertschöpfung in der Hand einer ausländischen Organisation liegt. Es geht darum, „schnelles Geld“ ohne Regulierung zu machen.

Um erforschen zu können, unter welchen Umständen *Landgrabbing* überhaupt passieren kann, möchte ich den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursprung des aktuellen Ansturms auf fruchtbares Land identifizieren, indem ich die historischen und gegenwärtigen strukturellen und institutionellen Ursprünge dieses Phänomens ausfindig mache. Einbetten möchte ich meine Forschung in den Kontext der historischen Vergangenheit meines Beispiellandes Äthiopien, da Äthiopiens chronische Ernährungsunsicherheit eine komplexe Kombination von vor allem historischen und politischen Faktoren ist, im Rahmen derer sich Land-Besitzverhältnisse als Ausdruck der herrschenden Klasse abzeichnen.

Meine Forschungsfrage lautet daher wie folgt: *Handelt es sich bei der aktuellen Form des Landgrabblings in Äthiopien um eine neoliberale Form des Kolonialismus?*

Die Frage kann in weitere Unterfragen gegliedert werden:

- a) Warum lassen Länder und ihre Regierungen den Ausverkauf des Landes in solch großem Ausmaß zu und fördern ihn auch noch?
- b) Wie passen die aktuellen Erfahrungen und Handlungsweisen mit den Erfahrungen aus der (kolonialen) Vergangenheit Äthiopiens zusammen?
- c) Wurden die Weichen für die heutige äthiopische Agrarpolitik in der (kolonialen) Vergangenheit gelegt?
- d) Wo liegen die politischen und wirtschaftlichen Ursprünge des *Landgrabbing*-Phänomens begraben, welche die Ernährungssicherheit der heimischen Bevölkerung gefährdet?
- e) Wie interagieren Investoren und Regierungen miteinander, damit es zu diesen Landnahmen kommt?

- f) Wie stellen sich die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die lokale Bevölkerung da? Führen die Vorgehensweisen der Regierung zu nachhaltiger Entwicklung und gerechtem Wachstum?

2 METHODE

2.1 Literaturarbeit und Quellenlage

Die Untersuchung meiner Fragestellung wird anhand von Literaturrecherche durchgeführt.

Im Hinblick dessen, dass das Thema *Landgrabbing* ein sehr aktuelles Phänomen im globalen Kontext ist, kann ich in einem Teil meiner hier vorliegenden Arbeit nur in begrenzter Form auf gesicherte, empirische Forschungsdaten zugreifen.

Zu einem Teil ist deshalb meine Arbeit als eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen Literatur zu sehen - neben Studien und Beiträgen aus wissenschaftlichen Journalen und Zeitschriften, greife ich auch auf Veröffentlichungen von NGOs, Forschungseinrichtungen und UN-Organisationen zurück, sowie auch auf online Veröffentlichungen zu. Zum anderen Teil untersuche ich meine Fragestellung, die in einen historischen Kontext eingebettet ist, anhand von Quellen in Form von wissenschaftlichen Büchern (Handbücher, Monografien), welche sich mit der Geschichte Afrikas, Kolonialismus und den Zusammenhängen von Politik, Wirtschaft und Kultur in Afrika befassen.

Die Verwendung der wichtigsten verfügbaren Quellen erlaubt es mir anhand meines Länderbeispiels, die Vergangenheit zu analysieren, um diese Erkenntnisse auf Entwicklungen in der Gegenwart umlegen zu können.

2.2 Aufbau der Arbeit

Bei der Analyse meiner Literatur und meinen angestellten Überlegungen, habe ich mich vor allem auf den Bereich der **Politischen Ökologie** konzentriert – das heißt, dass ich *Landgrabbing* vor dem Hintergrund sich wandelnder Praktiken und Formen gesellschaftlicher Landnutzung betrachtet habe. Dabei habe ich die Frage nach den vielfältigen Machtstrukturen gestellt, welche den Natur-Gesellschaft-Verhältnis inhärent sind. Natur ist sozial verfasst und der Zugang zu diesen natürlichen Ressourcen ist umkämpft.

Meine Arbeit ist in 7 Blöcke aufgeteilt, wobei Block I und II der Forschungsfrage und der Methode gewidmet sind. In Block III bilde ich einen theoretischen Rahmen als Basis für alle weiteren Ausführungen meiner Arbeit. Über die Beschreibung der komplexen Ursachen,

werden die strukturellen Zusammenhänge von Land und Investitionen zunächst erläutert um aufzuzeigen, dass soziale und ökologische Krisen nicht getrennt voneinander betrachtet werden dürfen. Im Kapitel zur „Politischen Ökologie“ wird das Verhältnis zwischen Gesellschaft, Natur und Politik kritisch analysiert, um die Zusammenhänge ebendieser aufzeigen zu können.

In Block IV leiste ich eine detaillierte Darstellung des *Landgrabbing*-Phänomens. Zuerst gehe ich der Frage nach, ob *Landgrabbing* ein Phänomen der Neuzeit ist, oder ob seine Wurzeln in der Vergangenheit zu suchen sind. Nach einer wissenschaftlichen Definition des Begriffes und der Beschreibung der spezifischen Charakteristika möchte ich mögliche Ursachen und Akteure vorstellen. Schließlich werden die großflächigen Landinvestitionen vor dem Hintergrund der Sicherung der nationalstaatlichen Nahrungssicherheit diskutiert. Dazu gehört auch die Beschreibung des Ausmaßes des Phänomens, die handelnden Akteure, die Frage nach dem Ursprung und die daraus resultierenden Folgen, vor allem in Bezug auf die Bauernschaft.

Block V und VI - das Kapitel über Äthiopien und jenes über *Landgrabbing* in Oromia – stellen den zentralen Teil meiner Arbeit dar. Hier wird analysiert, wie und auf welche Weise Äthiopien von *Landgrabbing* betroffen ist, wobei die Frage nach der historischen Vergangenheit zentral ist. Die kritische Reflexion der historischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen – unter Schwerpunktsetzung auf die ungesicherten Landbesitzverhältnisse – soll mir dabei helfen, die gegenwärtigen Entwicklungen zu beleuchten, die für mich im Widerspruch zu den gemachten spezifischen Erfahrungen (und den daraus resultierenden Folgen) der kolonialen Vergangenheit Äthiopiens stehen.

Diese Ausführungen bilden die Grundlage für die anschließende Fallanalyse der Oromo – einem äthiopischen Volk des Südens, das überproportional von *Landgrabbing* betroffen ist.

Hier kommen meine zuvor entwickelten politisch-ökologischen Perspektiven zusammen und verdeutlichen, dass in Äthiopien schon seit dem 19. Jahrhundert die Frage nach Land mit Herrschaftsstrukturen verbunden ist und das bestimmte (marginalisierte) Bevölkerungsgruppen besonders unter den Folgen der großflächigen Agrarinvestitionen leiden. Nicht nur die regionale Konzentration von *Landgrabbing* spiegelt soziale Kräfteverhältnisse wieder, sondern auch soziale Kategorien entlang von Ethnizität und Klasse, die zu einer ungleichen Verteilung von Land führen.

Den Abschluss der Arbeit bildet meine Conclusio in Block VII, in der ich meine Ergebnisse zusammen fasse und die Forschungsfrage beantworte, sowie ein Forschungsausblick.

3 THEORETISCHE ÜBERLEGUNG

3.1 Multiple Krisen und Land: Ursachen und strukturelle Zusammenhänge

Die Ursachen für den steigenden Bedarf an Land sind gleichermaßen vielschichtig wie komplex und bedingen sich untereinander. Ein wesentlicher Faktor, der für diese Arbeit von zentraler Bedeutung ist, war der weltweit steigende Preis für Nahrungsmittel 2007/2008. In vielen Städten, insbesondere in afrikanischen, kam es daraufhin zu Protesten (vgl. Rudloff 2009: 4f). Nahrungsmittelsicherheit und Landwirtschaft standen auf einmal ganz oben im politischen, wissenschaftlichen und medialen Debatten. Die Krise rund um den Anstieg der globalen Nahrungsmittelpreise verdeutlichte die Abhängigkeit vieler Staaten von den Weltmarktpreisen. Ebenso verdeutlichte sie den Zusammenhang von politischer Stabilität und Ernährungssicherheit, die im Zuge der Preissteigerungen zu regierungskritischen Protesten führten (vgl. Engels/Dietz 2011: 402; vgl. Rudloff 2009: 4f). Diese Entwicklung kann als eine der wesentlichen Gründe gesehen werden, warum zunehmend immer mehr Regierungen von Schwellen- und Industrieländern sich auf die Suche nach landwirtschaftlich nutzbaren Flächen außerhalb ihres Staatsgebietes machen, um die Versorgung ihrer eigenen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicher zu stellen (vgl. Engels/Dietz 2011: 402).

Aber nicht nur die Nahrungsmittelkrise wird im aktuellen Diskurs als Auslöser für die Verknappung von Land und dem zunehmenden Druck darauf gesehen. Der Großteil der Beobachter dieser Prozesse sehen die gegenwärtigen Entwicklungen wie steigende Investitionen in Land, großflächige Landnahmen und sich ändernde Besitzverhältnisse in Land als Ergebnis multipler, miteinander verschränkter Krisenphänomene (vgl. Shepard/Mittal 2009: 2). Eine wesentliche Triebkraft neben der Nahrungsmittelkrise sind große Energie- und Agrarkonzerne, aber auch Supermärkte, welche sich in die Landwirtschaft anderer Länder einkaufen und eingekauft haben. Als dritter wesentlicher Faktor zählten vor allem die Finanzkrise 2008 und der Kollaps der Wohnungs- und Aktienmärkte, die zu einem steigenden Interesse an neuen Investitionsmöglichkeiten seitens des Finanzsektors, großer internationaler Investoren und Banken, die Land zu einem begehrten Objekt für Finanzspekulationen werden ließen (vgl. Hoering 2012) - ein Trend der weiter angespornt wird von den Erwartungen, dass zukünftige Werte und Macht in den Landrechten und Süßwasser liegen (vgl. Smaller/Mann 2009: 4ff). Alle drei Triebkräfte – Nahrungsmittelkrise, Finanz- und Energiekrise – führen zu einer veränderten Struktur der Landwirtschaft, in denen sich *Landgrabbing* als Auswirkung davon abzeichnet.

Die Energiekrise führte zu wachsendem Interesse seitens der Industrie- und Schwellenländer an Agrartreibstoffen, um ihren gesteigerten Bedarf an Energie aus nachwachsenden biologischen Ressourcen decken zu können (vgl. Dritte Welt im Ausverkauf 2011). Die Folge ist, dass große Flächen vor allem in Subsahara-Afrika, Asien aber auch Lateinamerika für den Anbau von Agrartreibstoffen bewirtschaftet werden und so zur Reduktion des Anbaus von Grundnahrungsmitteln beitragen (vgl. Herre 2009:4). Agrartreibstoffe waren im Jahr 2008 schätzungsweise für mindestens 30% des globalen Lebensmittel-Preisanstieges verantwortlich. Es wurde geschätzt, dass durch die Nahrungskrise weitere 100 Millionen Menschen in Armut und 30 Millionen mehr in Hunger getrieben wurden:

„While many worry about filling their gas tanks, many others around the world are struggling to fill their stomachs. And it's getting more and more difficult every day“
(Robert Zoellick, Präsident der Weltbank 2008 zit. in TG RaN 2010: 3).

Weitere Faktoren, welche die Landsituation verschärfen, sind die zunehmende Urbanisierungsrate, das steigende globale Bevölkerungswachstum, sich veränderndes Konsumverhalten (steigende Fleischnachfrage zum Beispiel) aber auch der Klimawandel und die damit verbundenen ökologischen Folgen (vgl. Cotula et al. 2009: 4f; vgl. Zoomers 2010: 434 ff). Als weiterer Auslöser für die steigenden Investitionen in Land, muss auch die Liberalisierung der Märkte und die damit einhergehenden Veränderungen der globalen Landmärkte gesehen werden, welche vor allem von der Weltbank im Rahmen ihrer Strukturanpassungsprogramme ab den 90iger Jahren voran getrieben wurde. Auch die Abschaffung von Restriktionen für Investoren fällt hier hinein (vgl. FIAN 2010: 2), sowie steigende Energiepreise, der abnehmende Wert des US-Dollars, steigende Kosten der Produktionsfaktoren wie Löhne der Arbeitskraft und Richtlinien, die von einigen Export- und Importländern verabschiedet wurden, um deren eigene Inflation der Lebensmittelpreise abzuschwächen (vgl. Trostle 2008: 1).

Praktisch alle Studien, die zu diesem Thema veröffentlicht wurden, stimmen darin überein, dass vor allem in den letzten Jahren ein signifikanter Anstieg von grenzüberschreitenden Investitionen in Land zu beobachten ist. Das trifft nicht nur auf die Anzahl der ungenutzten Flächen zu, sondern auch auf die Anzahl der Investitionsvorhaben. Von 20 bis 45 Millionen Hektar Land ist die Rede, für die sich seit dem Jahr 2005 die Nutzungsrechte durch schon abgeschlossene oder noch in Verhandlung stehenden Landdeals geändert haben oder noch ändern werden (vgl. Engels/Dietz 2011: 402 f.). Mit den Investitionen in Land, werden in der

Regel zwei Ziele verfolgt: die Nahrungsmittelproduktion oder die Produktion von Agrartreibstoffen der Heimatbevölkerung(vgl. Rudloff/Kurray 2011: 66).

In Afrika erfolgt ein Großteil der Landinvestition entweder in Form einer Pacht von bis zu 99 Jahren oder auch - seltener - über einen Zukauf von Land. Normalerweise werden diese Pachtverträge zwischen nationalstaatlichen Institutionen (wie Ministerien oder Investitionsbehörden) und Investoren aus dem In- und Ausland(dazu zählen öffentliche oder private Unternehmen) geschlossen (vgl. Cotula et al. 2009: 8). Für 2009 wurde der globale Umfang von ausländischen Investitionen in Form von Pacht oder Kauf auf 12 Millionen Hektar für 2009 geschätzt – dies entspricht etwas weniger als einem Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen weltweit (vgl. Rudloff/Kurray 2011: 67).

Angaben bezüglich Flächengrößen und Investitionen werden vor allem kumuliert ausgewiesen, meistens ohne nähere Angaben darüber, wo innerhalb eines Staates, auf regionaler Ebene, Landnutzungswandel konkret stattfindet. Dieses Fehlen von Angaben hat zur Folge, dass eine Analyse von Landnutzungswandel und der gesellschaftlich-regional ungleichen Betroffenheit nicht möglich ist. Oftmals beschränkt sich die Diskussion auf die Frage von FDIs, obwohl der überwiegende Teil der Vorhaben von den jeweils nationalen Regierungen und den Unternehmen betrieben wird (vgl. Engels/Dietz 2011: 403). Wer auch immer den Anbau betreibt, ist für diejenigen, deren Landnutzungsrechte dadurch eingeschränkt werden, zweitrangig. Land, das seit jeher traditionell gemeinschaftlich oder aufgrund von Gewohnheitsrechten genützt wird, wird von der Regierung zur Pacht für Investoren freigegeben und steht somit für die ursprünglichen Nutzer und Nutzerinnen nicht mehr zur Verfügung. Die Folgen spürt die Bevölkerung vor Ort: 80% der Menschen, die an Hunger und Unterernährung leiden, leben in ländlichen Gebieten und werden durch den großflächigen Landkauf um ihren Zugang zu Land beraubt (vgl. FIAN 2010: 1ff.).

3.2 Die politische Ökologie der Landfrage

Die Ursachen der ökologischen Krise und der sozialen Krise dürfen nicht voneinander getrennt betrachtet werden. Die Politische Ökologie geht davon aus, einen theoretischen Ansatz bieten zu können, der es ermöglicht, das Verhältnis zwischen Gesellschaft, Natur und Politik im Zusammenhang kritisch zu analysieren (vgl. Brand 2011: 2f.). In der Politischen Ökologie geht man davon aus, „[...] *dass der Stoffwechsel zwischen Gesellschaft, Individuum und Natur konstitutiv vermittelt ist.*“ (ebd.: 2). Das heißt, dass die welthistorischen Probleme, mit welchen wir heute konfrontiert sind, nicht eine Übernutzung der Natur durch

Eingriff der Gesellschaft sind, sondern das Natur gesellschaftlich, also kulturell, sozioökonomisch und politisch-institutionell, angeeignet wird. Im Mittelpunkt stehen dabei nicht die Umwelt, sondern die gesellschaftlichen Formen von Aneignung von Natur. Es geht also um die Formen der gesellschaftlichen Grundbedürfnisse wie Ernährung, Gesundheit, Mobilität und wie diese materiell und symbolisch produziert und konsumiert werden (vgl. Görg 2003: 242ff.). Das wiederum steht in Zusammenhang mit politischen Rahmenbedingungen, Preisentwicklungen, Arbeitsteilung und ähnlichem. In der politischen Ökologie geht man also davon aus, dass historisch veränderbare und komplexe Verhältnisse zwischen Gesellschaft, Individuum und Natur bestehen (vgl. Brand 2011: 2) und das eine gebaute, sprich sozial produzierte Umwelt, Ausdruck wie Medium bestimmter gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist. An ihrer Gestaltung entscheidet sich, wer Zugang zu Ressourcen hat und wer nicht (vgl. Wissen 2008: 74; 78)

Für die politisch-ökologische Analyse vom Wandel der Landnutzung und von Landkonflikten ist eine *„dialektische Sichtweise auf das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur“* grundlegend (vgl. Engels/Dietz 2011: 404). Die Marx'schen Überlegungen basieren auf dieser Sichtweise: Menschen müssen sich zur Befriedigung existenzieller Bedürfnisse Natur aneignen und transformieren. In diesen Prozessen der Aneignung und Transformation ändert sich nicht nur die Natur selbst, sondern auch die Gesellschaft. Diese Prozesse der Veränderung sind stets mit asymmetrischen Machtverhältnissen, polit-ökonomischen Strukturen und kulturellen Repräsentationen verbunden (vgl. Engels/Dietz 2011: 404). Über die (ungleiche) Verteilung von Landnutzungsrechten entlang sozialer Kategorien (wie in etwa Geschlecht und Klasse) schreiben sich gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse in Natur ein (vgl. Wissen 2008: 74).

Das bedeutet, dass das, was global als Land wahrgenommen wird, ein Ergebnis von historisch spezifischen, organisierten und ökonomisch beeinflussten Prozessen von Konsumtion und Produktion ist. Dazu zählten sowohl der Anbau von Monokulturen als auch die Umsetzung von Landpolitik mit ungleichen Verteilungseffekten. Die „natürlichen“ Ausgangsbedingungen für die menschliche Reproduktion unterliegen somit einem permanenten Wandel, wobei der Kontext der Handlungsspielräume der sozialen Akteure laufend neu strukturiert wird. Die Formen und Praktiken der aktuellen Landnutzung in Afrika, Asien und Südamerika sind mehrheitlich das Ergebnis von kolonialer und postkolonialer Verteilungspolitiken und politisch-ökonomischer Verteilungspolitiken, wie Liberalisierung und Privatisierung (vgl. Engels/Dietz 2011: 405).

4 LANDGRABBING: TRENDS UND DRIVERS

4.1 „Landgrabbing“ – ein neues Phänomen?

Das Phänomen des *Landgrabbing*s ist keineswegs ein Produkt der Gegenwart, sondern ein seit Jahrhunderten andauernder Prozess, wenn man zum Beispiel an die „Entdeckung“ Amerikas durch Columbus denkt oder an die weißen Kolonialmächte, die sich Territorien auf der ganzen Welt gesichert haben (vgl. GRAIN 2008: 2). Die Entwicklungen, die gegenwärtig als *Landgrabbing* bezeichnet werden, sind also keine geschichtslosen Phänomene, sondern es handelt sich dabei vielmehr um eine historische Ausprägung eines Prozesses, „in dem die gesellschaftliche Nutzung von Natur untrennbar mit kolonialen und post-kolonialen Verhältnissen von Macht, Herrschaft und Ausbeutung verknüpft ist.“ (Engels/Dietz 2011: 400). Diese Verhältnisse spiegeln sich in den aktuellen Entwicklungs- und Agrarpolitiken wider, sowohl in der Marktliberalisierung von Boden als auch in den Landrechtssystemen (vgl. ebd.: 400).

Auch wenn die globalen Nahrungsmittelkrisen seit 2008 oder die Finanzkrise dazu geführt haben, dass das Thema *Landgrabbing* wieder ganz oben auf der (entwicklungs-)politischen Agenda stehen (vgl. Kramer 2011:1), so sind die sich wandelnden Ansprüche auf Land und die damit verbundenen und sich verändernden Landnutzungsrechte keineswegs das alleinige Ergebnis daraus, sondern der Ausdruck von kontextuellen, spezifischen und sozialen Herrschaftsverhältnissen und Machtstrukturen (vgl. Engels/Dietz 2011: 400).

In der Vergangenheit Afrikas waren es vor allem die herrschenden Eliten, wie Kaiser und Könige, welche ihren Blick auf die Böden richteten. Heute sind es nationale und internationale Akteure, die sich für das Gut Land interessieren. Transnationale Konzerne, reiche Staaten und Fonds verfolgen eine Expansionspolitik, zu welcher der Kauf bzw. die Pacht von Land dazugehörten. Schon vor Jahrzehnten gab es profitorientierte Konzerne, die auf der Suche nach fruchtbarem Land waren, um zum Beispiel Kaffee oder Zuckerrohr für den Export anzubauen. Neu sind allerdings das Ausmaß und die Geschwindigkeit, mit welcher dieser Landerwerb voran getrieben wird. Im Vergleich zu Afrika's Kolonialzeit, wo „Landraub“ auf der Anwendung physischer Gewalt basierte, ist der moderne „Landraub“ heute legal und erfolgt in Form und auf Grundlage von Verträgen (vgl. Kramer 2011:1). Auch Jacques Diouf, Direktor der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), spricht in diesem Kontext von „Neo-Kolonialismus“. Waren es früher die Armeen, wie Diouf meint, die Land gewaltsam an sich gerissen haben, so sind es heute eher Juristen, die auf Anordnung von Regierungen und Firmen, Verträge formulieren (vgl. Jacques Diouf zit. in Kramer 2011: 2)

4.2 Was ist „Landgrabbing“? Ein Definitionsversuch

Landakquisition, Landdeals, großflächige Landgeschäfte, großflächige Investitionen in Land, offshore-farming, Landnahme – das sind nur einige der plakativen Begriffe die verwendet werden, wenn es um *Landgrabbing* geht. Diese Vielzahl an Synonymen lässt darauf schließen, dass die Analyse dieses Prozesses eine Herausforderung darstellt.

Landgrabbing kann am besten mit „Land-an-sich-reißen“ übersetzt werden bzw. ist „Landraub“ eine sinngemäße Übersetzung. Die Verwendung dieses Begriffes ist umstritten, da „Landraub“ eine negative, unrechtmäßige Konnotation in sich trägt, auch wenn diese nicht zwingend auf eine gesetzeswidrige Handlung hinweisen muss. Es war die spanische NGO „GRAIN“ („Genetic Ressources Action International“), welche 2008 die beschriebenen Vorgänge der Landnahme direkt als *Landgrabbing* bezeichnete und somit zur Etablierung dieses Begriffes beitrug. Viele Organisationen wie die Weltbank zum Beispiel, aber auch Regierungen verwenden lieber vermeintlich neutralere Begriffe, um *Landgrabbing* zu beschreiben, da der Begriff bereits auf negative Folgen innerhalb dieses Prozesses hinweist (vgl. Kramer 2011:1). Rudloff und Kurray (vgl. 2011: 67) definieren *Landgrabbing* aus ökonomischer Sicht und bezeichnen den Vorgang als „*ausländische Direktinvestitionen in Landfläche*“ (kurz gesagt: Land-ADI).

Im Vergleich zu *Landgrabbing* ist die ökonomische Perspektive also „ausländische Direktinvestitionen in Landfläche“ deutlich positiver besetzt (vgl. Kramer 2011: 2), auch wenn diese rein ökonomische Betrachtungsweise nur unzureichend jene Phänomene umfasst, welche *Landgrabbing* mit sich bringt. Der „neutralere“ Begriff scheint zwar politisch stärker zu wirken, aber er lässt die Frage nach dem Umgang mit Land unreflektiert und hinterfragt auch nicht die ökonomische, institutionelle, soziale und politische Komplexität der Landnutzungsveränderungen (vgl. Engels/Dietz 2011: 400).

FIAN bezieht sich in seiner Definition auf die kommerziell, industrielle landwirtschaftliche Nutzung von Land für den Verkauf oder die Verpachtung von großen Landflächen:

„[...] *land grabbing is defined as taking possession of and/or controlling a scale of land for commercial/industrial agricultural production which is disproportionate in size in comparison to the average land holding in the region.*“ (FIAN 2010a: 8).

Als Akteure nennt FIAN ausländische staatliche oder private Investoren, welche Kooperationen und Übereinkommen mit heimischen Staaten schaffen (vgl. FIAN 2010: 8).

Auch wenn der Begriff *Landgrabbing* die negativen Folgen dieses Prozesses bereits impliziert, so möchte ich ihn für meine vorliegende Arbeit verwenden, da mein

Erkenntnisinteresse vor allem auf die Darlegung der negativen Folgen dieses Phänomens abzielt. Außerdem wird *Landgrabbing* in der aktuellen Literatur am häufigsten verwendet – der Begriff ist somit allgemein bekannt und lässt auf den Inhalt dieser Arbeit schließen.

4.3 Akteure

Die Untersuchung der aktuellen Literatur und die Analyse der dokumentierten Fälle von großen Landdeals zeigen, dass eine Vielzahl an Akteuren mit den unterschiedlichsten Zielen und Motiven in den Prozess der Landnahme involviert sind. Wie Rudloff und Kurray in ihrem Artikel zu *Landgrabbing* festhalten, können „sowohl private als auch öffentliche Akteure [...] als Investoren oder Verkäufer/Verpächter auftreten.[...]“ (Rudloff/Kurray 2011: 67). Der Hauptakteur jedoch ist der private Sektor, einschließlich der Agrarindustrie, Investmentbanken, Hedge-Fonds, Unternehmen des Energiesektors, aber auch Regierungen und Regierungsbehörden sind beteiligt (vgl. ebd.: 67; vgl. United Nations 2010: 3).

Im konkreten Fall Äthiopien bedeutet das, dass der Großteil der Investoren aus dem privaten Bereich kommt, vorwiegend aus Indien. Da das gesamte Land dem äthiopischen Staat gehört, werden alle Investitionen zwischen Investoren und der Regierung verhandelt. Es gibt keine Verhandlungen zwischen privaten Investoren (vgl. The Oakland Institute 2011: 22).

4.3.1 Öffentlicher Sektor

Zusehends immer mehr Staaten beteiligen sich an ausländischen Direktinvestitionen in Land. In den 50iger und 60iger Jahren waren es vor allem die großen Firmen aus den USA und Europa, welche die Ressourcen der armen afrikanischen Länder an sich gerissen haben. Es ging vom Norden nach Süden. Heute geht es auch vom Süden nach Süden (Javier Blaas, Journalist der Financial Times zit. in „Dritte Welt im Ausverkauf“ 2011). Es sind Saudi Arabien und Indien, welche in Afrika investieren, aber auch Länder wie China, Indien, Malaysia, Süd-Korea und die Vereinigten Arabischen Emirate, welche ihre Fühler ausstrecken (vgl. GRAIN 2009: o.S.). Viele dieser erwähnten Staaten sind Nettoimporteure von Grundnahrungsmitteln – das heißt, sie waren im besonderen Ausmaße von den Auswirkungen der globalen Nahrungsmittelkrise betroffen (vgl. Branford 2009: 6). Die Auslagerung bzw. die Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion in (Entwicklungs-)Länder als eine Strategie zur Nahrungsmittelsicherung für die eigene Bevölkerung ist zu einem beliebten Instrument geworden. Auf der anderen Seite stehen natürlich finanzielle Erträge: auf der Suche nach neuen Wachstumsstrategien wenden sich die unterschiedlichsten Akteure dem

Land als neue Profitquelle zu, im Bereich der Nahrungsmittel- wie auch der Agrartreibstoffproduktion (ebd.: 6).

Tatsache ist, dass die Form der ausländischen Direktinvestitionen stark variiert. Die Art und Weise, wie sich Staaten im Ausland einbringen, ist sehr unterschiedlich und nur wenig dokumentiert. Die häufigste Form von Landakquisition geht über die Landpachtung, bis hin zu Entwicklungsfonds, welche Darlehen und Kredite an staatseigene und private Unternehmen vergeben, aber auch über Staatsfonds und private Aktionsfonds werden Investitionen getätigt (vgl. Cotula et al. 2009: 25ff; vgl. Branford 2009: 6).

4.3.2 Privater Sektor

Aus der ausgezeichneten Studie „Land grab or development opportunity? Agricultural investment and international landdeals in Africa“ von den Organisationen FAO, IFAD und IIED geht hervor, dass der Großteil der abgeschlossenen Direktinvestitionen auf den Privatsektor zurückzuführen sind. Es ist jedoch oft der Fall, dass private Investoren über diplomatische und finanzielle Vereinbarungen ihrer jeweiligen nationalen Regierung subventioniert werden. Das bedeutet, dass in der Praxis oft nicht zwischen privaten und öffentlichen Investitionen unterschieden werden kann. Dazu kommt noch ein hohes Maß an staatlichen Investitionen (vgl. Cotula et al 2009: 4).

Die Motive privater Investoren unterscheiden sich von jenen der Staaten und Regierungen insofern, dass ihre Motive nicht auf sicherheitspolitische Erwägungen bzw. auf die Nahrungsmittelsicherheit zurück zu führen sind. Es geht hier in erster Linie um finanzielle Aspekte, die Land zu einem interessanten (Investitions-) Objekt machen (vgl. GRAIN 2008: 7). Zu den Akteuren im privaten Sektor gehören vor allem transnationale Konzerne wie Nestlé zum Beispiel, welche in fast allen Ländern des globalen Südens vertreten sind und somit erheblichen Einfluss auf den landwirtschaftlichen Sektor haben. Indem sie zusehends mehr und mehr Landflächen akquirieren und ihren Standortvorteil ausnutzen, können sie ihre Gewinne zunehmend optimieren. Andere privatwirtschaftliche Akteure können Banken oder Fonds sein, welche über die „Ware Land“ Profite erzielen wollen (vgl. Plate 2011: 38).

„Foreign private corporations getting new forms of control over farmland to produce food not for the local communities but for someone else. Did someone say colonialism was a thing of the past?“ (GRAIN 2008: 3).

4.4 Charakteristika

4.4.1 Was ist neu?

Ausländische Investitionen in landwirtschaftliche Flächen sind kein neues Phänomen (vgl. United Nations 2010: 1). Landerwerb durch ausländische private Investoren in einem kleineren Ausmaß als dem jetzigen finden schon seit Jahrzehnten statt (vgl. GTZ 2009: Preface).

Betrachtet man die koloniale Vergangenheit Äthiopiens, verdeutlicht sich, dass es schon seit jeher Landnahmen gegeben hat und dass sich nur die Formen der Aneignung im Laufe der Jahre geändert haben (vgl. United Nations 2010: 1). Große Plantagen in ausländischem Besitz entstanden durch die Eroberung weiter Teile Afrikas. Sie befanden sich in Besitz der jeweiligen Kolonialmacht und lieferten für den Export bestimmte Produkte zur Versorgung der Metropole. Nachdem viele afrikanische Staaten in den 60er Jahren ihre Unabhängigkeit erlangten, wurden die Formen der kolonialen Besitzverhältnisse durch andere Fremdbesitzverhältnisse ersetzt. Die Investoren fanden andere Investitionsformen. Dazu gehörten zum Beispiel der Vertragsanbau und Investitionen an verschiedenen Stellen der landwirtschaftlichen Produktionskette, wie Saatgut, Maschinen, Düngemittel und ähnliches. Das zentrale Interesse ausländischer Akteure bestand vor allem im komparativen Kostenvorteil in der Produktionserzeugung. Das gilt auch heute noch, jedoch sind die neuen Investitionsstrategien stärker von der Nahrung-, Wasser- und Energiesicherheit bestimmt (vgl. ebd.: 1).

Auch wenn *Landgrabbing* im Prinzip kein neues Phänomen ist, so weist der jüngste „Land Rush“ jedoch spezifische, bisher unbekannte Besonderheiten auf, die ihn von kolonialen Landnahmen und verschiedenen Formen der landwirtschaftlichen Fremdverwaltung nach Ende der Kolonialzeit unterscheiden. McMichael (vgl. 2011: 1) resümiert zwar, dass die heutige Form des *Landgrabbings*, „[...] continues the aggression of colonialism [...]“, dass aber vor dem Hintergrund der Finanz- und Energiekrise und den damit verbundenen steigenden Nahrungsmittelpreisen, Land zu einem Spekulationsobjekt gemacht wurde und dadurch eine neue Dynamik von globaler Bedeutung geschaffen wird (vgl. United Nations 2010: 2; vgl. McMichael 2011: 1). Das Interesse der involvierten Akteure hat sich dahingehend verschoben, als das durch großflächige Investitionen in Land in Voraussicht die nationale Wasser- und Nahrungsmittelversorgung im Heimatland gesichert werden soll:

„[...] the recent global crises in food, energy, finance and the environment has driven a change in perspectives of land ownership, as powerful transnational and national

economic actors acquire large tracts of land outside their own national borders in order to provide food and energy security at home.“ (Friis/Reenberg 2010: 1).

In der neuen *Landgrabbing*-Praxis wird hauptsächlich oder ausschließlich für den Verbrauch im Heimatland produziert. Es ist nicht mehr nur die Ernte, die als Produkt gehandelt wird, sondern das Land, welches zu einem Gut geworden ist (vgl. United Nations 2010: 2) und es dient zur Absicherung gegen mögliche zukünftige Krisen (vgl. McMichael 2011: 1).

Hier zeigt sich wieder die Komplexität des gekoppelten Mensch-Umwelt-Systems: die menschlichen Entscheidungen über die Nutzung von Land führen zu sozioökonomischen Veränderungen und sind Ausdruck von Machtverhältnissen. Lokal-regionale Landnutzungsverhältnisse und sich wandelnde Ansprüche auf Land sind nicht erst das Ergebnis von globalen Nahrungsmittel- oder Finanzkrisen. Die Landpolitik im äthiopischen Fall diene in allen historischen Phasen der Absicherung und der Etablierung von Herrschaft und Macht. *Landgrabbing* und die damit verbundene Konstruktion von Land dient heute der Erreichung von politischen und ökonomischen Zielen, die den Wandel im Landsystem in bestimmten Teilen der Welt vorantreiben sollen (vgl. Friis/Reenberg 2010: 1; Engels/Dietz 2011: 400f.). Die versprochenen Investitionen haben oftmals wenig Verbindung zu den heimischen Entwicklungsplänen für den landwirtschaftlichen Sektor, sofern es solche Pläne überhaupt gibt. Durch diese Entwicklung entsteht das Risiko, dass das lokale Bedürfnis nach Nahrung verdrängt wird (vgl. United Nations 2010: 2).

4.4.2 Größe und Umfang

Trotz des großen internationalen Interesses an *Landgrabbing* in den vergangenen Jahren, sind verlässliche Zahlen und genaue Angaben über Umfang und Trends dieses Phänomens immer noch schwierig zu erhalten (vgl. Cotula 2011: 12f.). Der Grund dafür, dass Verträge im Geheimen abgeschlossen werden, liegt laut GRAIN in der Angst vor möglichen politischen Konsequenzen: „*Governments are no doubt fearful of a political backlash if the public were to know exactly what was going on.*“ (GRAIN 2008: 6). Die Ängste der Regierung sind begründet, wie der geplatzte Daewoo-Deal im Jahr 2009 in Madagaskar verdeutlicht hat: nachdem öffentlich bekannt worden war, dass Marc Ravalomanana, der Präsident Madagaskars, mit dem südkoreanischen Unternehmen Daewoo Logistics über die Verpachtung von 1,3 Millionen Hektar Land verhandelt hatte, kam es zu gewaltsamen Protestwellen und letztendlich zum Sturz der Regierung (vgl. Rudloff/Kurray 2011: 72).

Medienberichte stellten nicht nur beim geplatzten Daewoo-Deal eine wichtige Informationsquelle dar, sondern sie spielen generell eine bedeutende Rolle bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das *Landgrabbing*-Thema. Trotzdem liegen aktuell keine genauen Informationen über Größe und Umfang der verpachteten oder verkauften Landflächen in den Ländern der betroffenen Regionen vor (vgl. Cotula 2011: 12f.). Praktisch jedoch gehen alle Studien zu dieser Thematik davon aus, dass in den letzten Jahren ein signifikanter Anstieg von grenzüberschreitenden Landinvestitionen zu beobachten ist, sowohl hinsichtlich der Anzahl als auch des Umfangs der ungenutzten Flächen (vgl. Engels/Dietz 2011: 402f.).

Nachdem die genauen Informationen in Bezug auf Menge und Lage der betroffenen Flächen sehr begrenzt sind, haben sich in den letzten Jahren informelle Homepages etabliert, auf denen verschiedene Organisationen in offenen Blogs Daten zur Überwachung des Landerwerbs sammeln. Dazu gehört zum Beispiel der „Farmland grab Blog“ von GRAIN (<http://farmlandgrab.org>), die neue Datenbank zu großen Agrarprojekten, die „Land-Matrix“ (<http://landportal.info/landmatrix>) und der „Commercial Pressures on Land Blog“ von der International Land Coalition (www.landcoalition.org):

„The International Land Coalition is an alliance of civil society and intergovernmental organisations working together to promote secure and equitable access to, and control over, land and natural resources [...] as a key strategy to overcome poverty and food insecurity.“ (Friis/Reenberg 2010: 1)

Der offene Blog von GRAIN zur globalen Überwachung von großflächigen Landinvestitionen wurde gestartet, um das Phänomen besser verstehen zu können bzw. um die Wirkungen der ergriffenen Maßnahmen steigern zu können (vgl. Deininger et al. 2011: 50). Gemeinsam mit Forschungsinstitutionen, Think Tanks und Gebern dokumentierten sie zwischen Oktober 2008 und August 2009 alle Fälle von *Landgrabbing*. In Anlehnung an die von GRAIN dokumentierten *Landgrabbing*-Fälle zwischen 2008 und 2009 wurde errechnet, dass sich die Verhandlungen und Landgeschäfte auf eine Gesamtfläche von 56,6 Millionen Hektar verteilten und 81 Länder und 464 Projekte umfassten.

Dadurch ergibt sich ein errechneter Mittelwert von 40.000 Hektar pro Investitionsgeschäft. GRAIN kommt zu dem Ergebnis, dass sich zwei Drittel der errechneten Gesamtfläche auf Afrika südlich der Sahara konzentriert – das sind 39.7 Millionen Hektar Land (vgl. Deininger et al. 2011: 51f). Cotula et al.(vgl. 2009: 42) kommt zu dem Schluss, dass in einigen afrikanischen Staaten Landflächen in einer Größe von 100.000 bis 400.000 Hektar an in- und

ausländische Investoren verpachtet wurden. Bezugnehmend auf eine FAO/IFAD-Studie resümiert Cotula, dass seit 2004 allein in fünf Ländern Afrikas – Äthiopien, Ghana, Madagaskar, Mali und Sudan – Vereinbarungen über insgesamt 2,5 Millionen Hektar Land abgeschlossen wurden, wobei nur Verträge für Flächen über 1.000 Hektar und noch keine laufenden Verhandlungen berücksichtigt wurden (vgl. ebd.: 4; vgl. MISEREOR 2010: 3). Für den konkreten Fall Äthiopien schätzt Rahmato, dass die ausländischen und inländischen Transfers von den späten 1990er Jahren bis Ende 2008 fast 3,5 Millionen Hektar äthiopisches Land erreicht haben (vgl. Rahmato 2011: 5).

4.4.3 Die Länge der Verträge

Die Vertragslänge der Landdeals wird in verschiedenen Quellen beschrieben, wobei einige Berichte von einer Dauer von bis zu 99 Jahren ausgehen. Im Falle Äthiopiens variiert die Vertragslänge stark unter jenen Deals, die zwischen 2008 und 2009 abgeschlossen wurden – nun erscheinen sie aber mehr konstant und schlanker zu sein. Pachtverträge auf Bundesebene werden in der Regel für 25 Jahre abgeschlossen, können aber für den Anbau von mehr kapitalintensiveren Kulturen wie Zucker und Agrartreibstoffen auf 45 Jahre verlängert werden. Verträge auf Bundesebene können dann auf weitere 45 Jahre verlängert werden. Auf regionaler Ebene, in Oromia zum Beispiel, liegt die Pachtdauer zwischen 20 und 45 Jahren, in Benishangul zwischen 20 und 35 Jahre (vgl. The Oakland Institute 2011: 30).

4.4.4 Mangel an Transparenz

Die bisher durchgeführten Analysen in Bezug auf *Landgrabbing* verdeutlichen, dass Investitionen in Land von einer Intransparenz umgeben sind. Dazu zählt auch der Mangel an Transparenz bei Verhandlungen und in Verträgen. In der Regel sind die zwischen den Investoren und den Regierungen der Zielländer abgeschlossenen Verträge der Öffentlichkeit nicht zugänglich:

„There is a general sense among observers that negotiations and agreements occur behind closed doors. Actual contracts between host governments and incoming or domestic investors are not public“ (Cotula et al.: 2009: 68).

Lediglich einige der abgeschlossenen Verträge wurden zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen in ihren Bestrebungen, das Problem besser verstehen und beurteilen zu können, zur Verfügung gestellt (vgl. United Nations 2010: 5).

„*There is little evidence in most countries of civil society being invited to contribute constructively to emerging intergovernmental arrangements*“ resümiert Cotula et al. (vgl. 2009: 69) – die (betroffene) Bevölkerung wird von den Entscheidungsfindungsprozessen ausgeschlossen, der Zugang zu Informationen ist unvollständig. Einer der zentralen Gründe, warum Afrika ein besonders beliebtes Ziel von Investoren ist, liegt einerseits in der unzureichenden Definition von Landrechten und andererseits in den schwachen staatlichen Institutionen (vgl. Lay/Nolte 2011: 2) – ein Weltbankbericht zur *Landgrabbing*-Thematik aus dem Jahr 2010 bestätigt diese Annahme und kommt zu dem Schluss „*[...] dass Investoren besonders solche Länder auswählen, in denen Landrechte und Regierungsführung schlecht ausgebildet sind.*“ (Deininger et al. 2011: xiv).

Die fehlende Transparenz untergräbt die Rechenschaftspflicht der Regierung (vgl. United Nations 2010: 5). Für viele Länder trifft die Annahme zu, dass die Regierungsvertreter die Interessen der Bevölkerung nur unzureichend vertreten.

4.4.5 Auswirkungen dieser länderübergreifenden Trends – das Ende der Bauernschaft?

„*In our rapidly globalizing world, land demands are to an increasing extent driven by factors anchored elsewhere. Socioeconomic activities – above all, patterns in production and consumption – have impacts on land systems that are more and more reaching beyond the boundary of the place where they occur.*“ (Haberl et al. 2009: 2).

Die Globalisierung der Wirtschaft impliziert, dass Landnutzungsänderungen immer mehr von der Nachfrage nach Produkten gesteuert sind, die ein Teil der Güterkette mit einer großen räumlichen Spannweite sind (vgl. Friis/Reenberg 2010: 2). Seit dem „Ausbruch“ der Nahrungsmittelkrise 2007/2008 in Verbindung mit *Landgrabbing* stellt sich (wieder einmal) die epochale Frage, ob wir in einer Umbruchphase angelangt sind, in der das Ende der bäuerlichen Landwirtschaft, so wie wir sie kennen, bevorsteht? (vgl. Hoering 2012). Theorien zum „Ende der Bauernschaft als Ausdruck der Modernisierung“ gibt es schon seit 30, 40 Jahren und eine Beantwortung der Frage ist nicht so einfach. Fakt ist, dass wir uns in einer neuen Phase der Umstrukturierung der kapitalistischen Landwirtschaft befinden und *Landgrabbing* eine Antwort auf diese Umwälzungen ist (vgl. ebd.). Die lokalen Bedürfnisse der Menschen und der lokale Kapitaleinsatz sind nicht mehr unbedingt der bestimmende Faktor für Landnutzungsentscheidungen, wie es in vielen Landnutzungssystemen vor der

weltweiten Beschleunigung der Wirtschaft der Fall war (vgl. Friis/Reenberg 2010: 2). Aus dieser Umstrukturierung ergibt sich in ländlichen Regionen eine Verschärfung der bestehenden Konflikte um Eigentumsrechte, Landrechte und Wasser, was zu einer Vertreibung der Menschen ohne Landtitel führt. Im Durchschnitt verfügen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen über zwei Hektar Land, die sie bewirtschaften. Dieses bäuerliche Land stellt eine produktive Ressource für Investoren dar, und nicht jenes Land, das angeblich ungenützt ist, denn die Bauern und Bäuerinnen besitzen meist das Land, das nah an Ressourcen und Infrastruktur gelegen ist (vgl. Hoering 2012). Das bedeutet, dass der Staat mit seiner Politik der Modernisierung nun eine Neudefinition der Agrarstruktur des Landes vornimmt und den künftigen Kurs der landwirtschaftlichen Produktion bestimmt, und zwar auf jene Art und Weise, die zur zunehmenden Marginalisierung der ländlichen Bevölkerung führen wird (vgl. Rahmato 2011: 5).

Die globale Wirtschaft stellt ebenfalls einen wichtigen Einflussfaktor auf Landbesitzänderungen im Zusammenhang mit *Landgrabbing* dar, weil die wirtschaftlichen Konditionen den Druck auf Land beeinflussen. Der „Akteur Finanzmarkt“ steht tendenziell im Konflikt mit dem Kapital der Agrarwirtschaft, denn er möchte sein Geld produktiv nutzen. Ein weiterer Konfliktherd ergibt sich aus den neuen Akteuren, die mit den Schwellenländern wie China, Brasilien und Indien, auf den Plan getreten sind. Sie verfügen über eine große Menge an Kapital, werden in ihren Vorhaben oft staatlich gestützt und stehen somit nicht nur in Konkurrenz zu Wasser, Land und anderen Ressourcen, sondern auch in Konkurrenz zur europäischen und US-amerikanischen Agrarpolitik (vgl. Hoering 2012):

4.4.6 Zusammenfassung

Betrachtet man die ökonomischen und politischen Kräfte, die im Rahmen des *Landgrabblings* am Wirken sind, wird die Schwierigkeit der Thematik aufgrund der Komplexität so richtig bewusst. Diese Auswirkungen sind sozial schädlich, da die „neue“ Landwirtschaft Menschen – und hier vor allem die Armen – vertreibt. Jegliche Veränderung in der Bodennutzung ist von großer Bedeutung für die betroffene Gemeinschaft, da sie lokale und globale Auswirkungen auf das Ökosystem, welches die menschliche Lebensgrundlage aufrecht erhält, hat. Somit ist die „neue“ Landwirtschaft vom ökonomischen Standpunkt gesehen ineffizient, da sie ihre eigenen Grundlagen verschwendet. Für die Zukunft bedeutet das, dass alternative

Ansätze bekannt und gefördert werden müssen, denn es gibt mehr als nur das eine, gerade vorherrschende, Agrarmodell.

5 Landgrabbing in ÄTHIOPIEN

5.1 Begründung des Länderbeispiels – Ansatzpunkte zur politisch-ökologischen Analyse

Die äthiopische Landpolitik soll die Grundlage meiner folgenden politisch-ökologischen Analyse von *Landgrabbing* in Äthiopien darstellen. Obwohl Äthiopien mit der Nahrungsmittelversorgung seiner eigenen Bevölkerung Probleme hat, und Hunger und Armut eines der wesentlichen Probleme des äthiopischen Staates darstellen, hat die Regierung in den letzten Jahren zunehmend Land für Investoren freigegeben und einen investitionsfreundlichen Rahmen geschaffen. Die Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen zugunsten der kommerziellen Produktion von Agrarprodukten hat seit der ersten Hälfte der 2000er Jahre deutlich zugenommen (vgl. Engels/Dietz 2011: 407). Im Vorfeld der sich bereits abzeichnenden Hungerkrise hat die äthiopische Regierung Investoren in der Gambella-Region 1,1 Millionen Hektar angeboten, die einem Viertel des fruchtbaren Ackerlandes dieser Region entsprechen. Riesige Flächen wurden der lokalen Bevölkerung entrissen und für die Export bestimmte Produktion für Reis Gemüse, Palmöl und Zuckerrohr und Jatropha für den Anbau von Agrartreibstoffen freigegeben. (vgl. Reisenberger 2011: 20). Waren es bis in die 1990iger Jahre noch überwiegend nationale Akteure, auf welche die landwirtschaftlichen Investitionen zurück fielen, so treten seit 2002 zunehmend auch transnationale Akteure als Investoren auf (vgl. Engels/Dietz 2011: 407).

Warum aber wird soviel in Äthiopien investiert? Die meisten Investitionen in Land fließen in jene Länder, die über große Land- und Wasserressourcen verfügen und die somit über ein großes Potential zur Steigerung der Agrarproduktion haben. Mit 33% stellen die afrikanischen Länder südlich der Sahara die größte Zielregion dar und Äthiopien ist eines dieser Länder (vgl. Rudloff/Kurray 2011: 68). Neben den bereits beschriebenen Gründen für die Zunahme von Großprojekten im Agrarbereich haben aber auch vor allem die wirtschafts- und agrarpolitischen Leitlinien der äthiopischen Regierung das Interesse an FDIs bestimmt und vorangetrieben. Wie im *Growth and Transformation Plan* (GTP) – dem zentralen Strategiedokument der äthiopischen Regierung für Entwicklung - festgehalten ist, stellt die Entwicklung von landwirtschaftlichen Großprojekten durch Investitionen den zentralen

Bestandteil der wirtschafts- und entwicklungspolitischen Strategien der Regierung dar (MoFED 2010: 76f.).

5.1.1 Politischer Hintergrund der äthiopischen Landpolitik

Mit seiner historischen Vergangenheit gilt Äthiopien, welches während des Kaiserreiches auch als Abessinien² bekannt war, als der älteste noch bestehende Staat der Welt – die Geschichte seiner Vorgängerstaaten Da'amot, Axum und dem Kaiserreich Abessinien reicht bis ins 9. Jahrhundert v. Chr. zurück.

Äthiopien stand nur einmal im Laufe seiner Geschichte unter Besetzung, und zwar durch das damals faschistische Königreich Italien zwischen 1935 und 1941. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Land durch den Kaiser Haile Selassie teilweise modernisiert. Die Monarchie wurde im Jahre 1974 gestürzt. Von 1977 bis zum Mai 1991 wurde Äthiopien von Mengistu Haile Mariam (1977 – 1991) kommunistisch autoritär regiert. Das Regime wird als eine der repressivsten (Militär-) Diktaturen Afrikas gesehen, nicht zuletzt wegen der von ihm verschuldeten Hungersnot 1984/85. Im Jahre 1991 stürzten unterschiedliche Rebellengruppen, wie die Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) unter Führung von Meles Zenawi die vom Ostblock unterstützte Militärdiktatur in einen Bürgerkrieg. Die EPRDF übernahm die politische Erneuerung des Landes und dominiert auch heute noch die nationale Politik (vgl. Schicho 2004:195; vgl. Reisenberger 2011: 8).

Mit dem Ende des sozialistischen Mengistu-Regimes wurde ein politischer und wirtschaftlicher Transformationsprozess eingeleitet, der das Land auf dem Weg zur gesellschaftlichen Befriedung und wirtschaftlich vorangebracht hat, gleichwohl diese Anstrengungen in einigen wichtigen Bereichen unvollständig und widersprüchlich blieben (vgl. Thibaut/Krennerich 2002: 75ff). Die 2005 statt gefundenen nationalen Wahlen und die Lokalwahlen 2008 zeigten die Fragilität des demokratischen Wandels, die Dominanz der EPRDF und den geschwächten Zustand der Opposition. Bei den Parlamentswahlen im Mai 2010 holte sich die EPRDF einen klaren Sieg mit 99,6% Zustimmung (vgl. Reisenberger 2011: 8). Seit Mai 1991 ist Äthiopien eine Föderation von neun Regionalstaaten. Jeder der

² Das Kaiserreich Abessinien oder nur Abessinien war eine Monarchie in Ostafrika auf dem Gebiet der heutigen Staaten Äthiopien und Eritrea und bestand von etwa 980 vor Christus bis 1974. Das Kaiserreich wurde nach einem Staatsstreich abgeschafft und von der Demokratischen Volksrepublik Äthiopien abgelöst. Es war zu seiner Zeit der älteste noch existierende Staat der Welt und die einzige afrikanische Nation, welche sich erfolgreich der europäisch-kolonialen Eroberung Afrikas während des 19. Jahrhunderts widersetzte (vgl. Holcomb/Ibssa 1990: 1ff.).

neun Staaten hat ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung, ein eigenes Budget und auch eigene Gesetze (vgl. Ziegler 2008: 152). Seit Eritrea im Mai 1993 seine Unabhängigkeit erlangte, ist Äthiopien ein Binnenland.

5.1.2 Wirtschaftlicher Hintergrund der äthiopischen Landpolitik

Das wirtschaftliche Rückgrat Äthiopiens ist die Landwirtschaft (vgl. Thibaut/Krennerich 2002: 77ff), wobei hier vor allem die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen eine große Rolle spielen. Die Landwirtschaft beschäftigt 85% der Bevölkerung, stellt 47% des BIP (vgl. Reisenberger 2011: 10) und macht 90% der gesamten Exporte aus (vgl. MoARD 2010: 3). Der Agrarsektor ist also nicht nur für die Versorgung der Bevölkerung wichtig, sondern ist gleichzeitig auch die Basis für das volkswirtschaftliche Einkommen (vgl. Rudloff/Kurray 2011: 69). Der Anteil der landwirtschaftlichen Tätigkeit an der Gesamtbeschäftigung beträgt bis zu 80% (vgl. The World Bank 2012: o.S.). Kommt es also zu Veränderungen im landwirtschaftlichen Sektor, so ist unmittelbar ein Großteil der Bevölkerung betroffen.

Äthiopien ist im Vergleich zu anderen ehemaligen afrikanischen Kolonien nur marginal in den Weltmarkt integriert und exportiert dementsprechend wenig. In der Regel wird die Landwirtschaft als Subsistenzwirtschaft betrieben. Einige wenige Produkte wie Kaffee, Leder und Häute, Ölsamen, Gold und Blumen machen mehr als 80% des Exportes aus (vgl. Thibaut/Krennerich 2002: 77ff; vgl. Schicho 2004: 195), der in den letzten fünf Jahren stark gestiegen ist, und zwar auf eine Höhe von über 50 Millionen US-Dollar (vgl. Reisenberger 2011: 11).

Momentan werden nur 20% der insgesamt 1,13 Millionen Quadratkilometern kultivierbaren Landes in Äthiopien bewirtschaftet. In den letzten Jahren hat sich die Getreideproduktion als Ereignis der horizontalen Expansion zwar auf knapp 15 Millionen Tonnen verdoppelt (vgl. MoARD 2010: 3), dennoch bleibt die Nahrungsmittelknappheit in Kombination mit immer wiederkehrenden Hungersnöten - in den letzten zwei Jahrzehnten hatte Äthiopien mit sechs massiven Dürren zu kämpfen (vgl. Reisenberger 2011: 11) - ein kritischer Punkt für das gesamte Land. Äthiopien muss große Mengen an Getreide einführen (vgl. Slezak 2009: o.S.). Millionen von Menschen sind auf Nahrungsmittelsoforthilfe und auf andere Zuwendungen wie zusätzliche finanzielle Zuschüsse oder Nahrungsmitteltransfers angewiesen (vgl. Reisenberger 2011: 11).

Die äthiopische Landwirtschaft wird von der Subsistenzwirtschaft und low input/low-output dominiert und ist abhängig von Regenfällen. Der Einsatz von chemischen Düngemitteln und verbessertem Saatgut ist limitiert (vgl. MoARD 2010: 3). Die landwirtschaftlichen Aktivitäten verteilen sich geographisch gesehen ungleichmäßig über das Land. Vor allem in den Zentral- und Westregionen werden Überschüsse an Getreide erwirtschaftet. Das nördliche Hochland ist anfälliger für Niederschlagsschwankungen. Der Pastoralismus/Nomadismus ist in den östlichen und südöstlichen Niederungen vorherrschend, vor allem unter den Völkern der Afar und Somali (vgl. EIU 2008: 22).

Laut FIAN gibt es fünf grobe Typen von landwirtschaftlicher Produktion in Äthiopien. Dazu zählen: Highland mixed farming system, Lowland mixed agricultural production system³, Viehzucht, Wanderfeldbau und kommerzielle Landwirtschaft (vgl. Reisenberger 2011: 12). Aktuell passieren die meisten Landinvestitionen in jenen Gebieten, wo traditionell Wanderfeldbau betrieben wird. Wanderfeldbau bedeutet, dass „*Felder üblicherweise nach einer kurzen Periode der Kultivierung brach gelegt werden, damit sie sich wieder regenerieren können.*“ (ebd.: 12). Vor allem im südlichen und westlichen Teil des Landes mit einer niedrigen Bevölkerungsdichte wird diese Form von landwirtschaftlicher Produktion betrieben (ebd. 2011: 12).

5.1.3 Der Einfluss Italiens auf Äthiopien: ein (kolonialer) Definitionsversuch

Im Rahmen meiner Recherchen ist mir aufgefallen, dass in vielen wissenschaftlichen Büchern und Publikationen davon gesprochen wird, dass Äthiopien niemals unter Kolonialherrschaft stand, während in anderen Berichten nicht näher darauf eingegangen und von einer italienischen Kolonialisierung sprechen. Das gängige Image Äthiopien entspricht dem Bild eines „einzigartigen“ Falls - nämlich dem, dass es Äthiopien – als einzigem Land Afrikas - gelungen war, sich in seiner fast 2000-jährigen Geschichte immer erfolgreich vor Fremdherrschaft zu schützen (vgl. Benzing/Wolde-Giorgis 1980: 13).

In dem Buch „*The Invention of Ethiopia. The Making of a Dependent Colonial State in Northeast Africa*“ beschreiben die beiden Autorinnen Holcomb und Ibssa diese auf den ersten Blick bestehende Widersprüchlichkeit, die, wie beide resümieren, aus einer verengten Sichtweise des Kolonialismus-Begriffes resultiert. Auch wenn in den 50iger und 60iger Jahren eine Vielzahl an Schriften zum Thema Kolonialismus veröffentlicht wurde, so wurde

³ Reisenberger verwendet die englische Terminologie, um die äthiopischen Landwirtschaftstypen zu beschreiben. Sie behält sich vor, „Highland mixed farming system“ und „Lowland mixed agricultur production system“ nicht zu übersetzen (vgl. Reisenberger 2011: 12).

der Begriff des „Kolonialismus“ nur wenig bis gar nicht weiterentwickelt (vgl. Holcomb/Ibssa 1990: 11). Das weit verbreitete Bild von Äthiopien eines unkolonialisierten Landes, welches von 1935 bis 1941 von italienischen Truppen unter Mussolini „nur“ besetzt war, wurde weitergetragen. Tatsächlich ist Äthiopien aber ein Kolonialreich gewesen, wie Holcomb und Ibssa betonen: „[...] *Ethiopia is indeed a colonial empire*“ (ebd.: 11).

Um die Annahme eines wenig entwickelten Kolonialismus-Begriffes untermauern zu können, ist es notwendig, die Perspektive auf den Kolonialismus selbst zu erweitern, indem man dieses Phänomen an seiner Basis untersucht. „*Kolonialismus bezeichnet den Prozess der Ausdehnung der europäischen Macht- und Einflussosphäre in den außereuropäischen Ländern*“ heißt es im Lexikon Dritte Welt (vgl. Sturm 2002: 472f.). Bei Holcomb und Ibssa wird folgendermaßen definiert:

„Colonialism is best viewed as one of several modes of interaction among nations of people. It does not occur between individuals or groups. Rather it involves a change in the entire social and productive life of a people“ (vgl. Holcomb/Ibssa 1990: 11).

Jedes Volk entwickelt, bestimmt durch sein Zusammenleben, verschiedene Produktionsmuster und ein bestimmtes Regelwerk, um diese bestimmten Muster sichern und um seine Angelegenheiten innerhalb seiner Grenzen managen zu können. Kolonialismus passiert dann, wenn diese Grenzen von jenen Außenstehenden durchdrungen werden, die Produkte und Träger eines anderen Systems sind, und die dann versuchen, die bestehenden Muster der Produktion zu verändern, indem sie andere Regeln einführen. Das heißt, Kolonialismus passiert dann, wenn Eindringlinge Macht nutzen, um in Besitz von Elementen, die entscheidend für die Ökonomie der invadierten Gesellschaft sind, zu kommen, um diese Komponenten dann – entsprechend einem neuen und mit Nachdruck eingeführtem Produktionssystem – zu reorganisieren (vgl. ebd.: 12).

„Colonialism is a complicated and violent process involving massive use of manpower, technology, and strategy to overcome the inevitable resistance of victims who fight to preserve their livelihood, the values embedded in their patterns of life and their very means of existence“ (ebd.: 12).

Wie Ibssa und Holcomb betonen, ist Kolonialismus nicht auf die Ära des Kapitalismus alleine beschränkt – vielmehr ist es ein Prozess, der in jeder Epoche der Geschichte zu finden ist. Die verschiedenen Formen des Kolonialismus, die ausgeführt wurden, hingen von Entwicklungsniveau der produktiven Kräfte der kolonialisierenden Länder ab und deren

Mitteln, die sie einsetzten, um die Formen des Widerstandes der Opfer abzuschaffen (ebd.: 13).

„Colonial systems varied greatly in detail, but their fundamental assumptions and purpose remained the same.“ (Larebo 1994: vii) resümiert Larebo, wenn er die verschiedenen Kolonialmächte innerhalb Afrikas vergleicht. Im Namen einer „zivilisatorischen Mission“ wurden vor allem die Ressourcen Land und Arbeitskraft dafür genutzt, die Interessen der Kolonialmacht zu befriedigen. Um diese Ziele zu erreichen, ging Italien nicht harscher vor, als andere europäische Kolonialmächte, der Unterschied lag allerdings im Faschismus, der auf Hierarchie und Macht basierte (vgl. ebd.: vii). Schon lange vor dem Krieg propagierte die faschistische Propaganda Italiens die unversiegbaren Rohstoffquellen Äthiopiens für die landeseigene Industrie. Verschiedene Privatbetriebe versuchten mit Unterstützung der äthiopischen Regierung das Land wirtschaftlich zu durchdringen und schon bald nahmen die Italiener den gesamten äthiopischen Handel in die Hand. Bald jedoch stellte sich heraus, dass die von der italienischen faschistischen Propaganda verbreitete Nachricht der unermesslichen Naturreichtümer stark übertrieben war. Große Investitionen waren notwendig für den Abbau der zahlreichen Rohstoffe wie Kohle, Gold und Erdöl und die Infrastruktur fehlte (vgl. Bartnicki/Mantel-Niecko 1978: 520.).

Von welcher Seite aus man die Präsenz Italiens in Äthiopien auch betrachtet: ihre Anwesenheit stellte einerseits eine Unterbrechung der damals begonnenen gesellschaftlichen Entwicklung in Richtung eines zentralistischen, autoritären Staates dar, gleichzeitig aber auch einen Modernisierungsprozess, der manche Bereiche in eine neue Richtung lenkte (vgl. Schicho 2004: 203). Italien war mit enormen praktischen Problemen in Äthiopien konfrontiert. Der nicht angenommene Widerstand einer „gefügigen“ Bevölkerung, generelle Apathie zu Hause nach dem anfänglichen Enthusiasmus und einer unzureichenden Unterstützung durch die italienische Regierung. Dazu kam, dass viele der äthiopischen Bauern und Bäuerinnen mit einer landwirtschaftlichen Technologie arbeiteten, welche relativ komplex war, im Vergleich zu anderen Teilen in Sub-Sahara-Afrika (vgl. Larebo 1994: ix).

„Thus Ethiopia presented a very different physical and human texture to the invading Italian forces and their settlement programmes from that encountered by other European colonial powers elsewhere in Africa.“ (ebd.: ixf.).

Aus heutiger Sicht zeigt der italienische Fall wenige oder keine Parallelen mit den Erfahrungen anderer Kolonialmächte auf. Eines der Hauptziele der Eroberung Äthiopiens durch die Italiener lag in der ökonomischen Ausbeutung des Landes (durch die Produktion

von Primärgütern für Italien) und der Schaffung günstiger Auswanderungsgebiete für die italienische Bevölkerung (vgl. Larebo 1994: viii; vgl. Bartnicki/Mantel-Niecko 1978: 520.). Im Vergleich dazu bearbeiteten andere europäische Mächte wiederum die Landwirtschaft in Form von großen Farmen, wo überwiegend afrikanische Arbeitskräfte tätig waren und nicht die eigene Bevölkerung der jeweiligen Kolonialmacht. Das Ergebnis war ein relativ kleiner Anteil Europäer an der Bevölkerung und ein beschränkter Marktzugang für lokale Produkte. Im Gegensatz dazu förderte der italienische Staat Bauern-settlement-Modelle mit dem Ziel, das Empire in *Magna Italia* zu verwandeln, einer Verlängerung des Mutterlandes (vgl. Larebo 1994: viii). Gemäß dieser Pläne sollten die italienischen Bauern und Bäuerinnen mit wenig Hilfe der indigenen Bevölkerung ihre Farmen bestellen und dann zu unabhängigen Landeigentümern werden, um das Rückgrat einer italienischen Gesellschaft zu bilden und um letztendlich das Empire in einen profitablen Besitz des Mutterlandes zu verwandeln. Italien wurde von den Befürwortern des Kolonialismus als „*proletarian nation*“ (Larebo 1994: viii) dargestellt, die im Besitz einer großen Arbeiterklasse war und die selbstverständlich darauf vorbereitet war, als bäuerliche Kolonialisten unter subtropischen Bedingungen zu siedeln. Daher, anders als in Kenia zum Beispiel, wo Ansiedlungen vor allem einer landbesitzenden und kommerziellen Elite vorbehalten waren, blieb Italiens Hauptanliegen demografisch und der Rest war nur zweitrangig (vgl. ebd.: viii).

Im Zuge der Expansionsbestrebungen Italiens in Äthiopien wurden viele äthiopische Bauern und Bäuerinnen, die in sehr fruchtbaren Gebieten lebten, von den Italienern umgesiedelt. Ihre Ländereien erhielten hauptsächlich italienische Kolonisten, die nach und nach Italien kamen. Insgesamt wanderten 200.000 Italiener und Italienerinnen nach Äthiopien aus, was weit weniger war, als die italienische Regierung angenommen hatte, da es letztendlich nur wenig Arbeit für die Einwanderer und Einwanderinnen gab (vgl. Bartnicki/Mantel-Niecko 1978: 523.).

Im aktuellen *Landgrabbing*-Diskurs findet der Begriff „Neokolonialismus“ häufig Verwendung, denn die aktuellen willkürlichen, aggressiven und undemokratischen Landnahmen erinnern an frühere, historische Aneignungen von Land in Afrika, wo europäischen Machtbestrebungen zur Vertreibung der einheimischen Bevölkerung und zur Aneignung von Ressourcen geführt haben.

Nele Heiland vom Geographischen Institut der Humboldt-Universität in Berlin betont im Gespräch zum Thema „Ausländische Investition in Land“ mit Uwe Hoering, dass sie die Bezeichnung „neo-kolonial“ im Zusammenhang mit *Landgrabbing* nicht für sinnvoll erachtet. Sie versteht die aktuellen Entwicklungen als eine Agrarentwicklung, die unter kapitalistischen Vorzeichen statt findet und sich damit klar von den Wirtschaftsweisen der Kolonialherrschaft abgrenzt, auch wenn diese Teil der kapitalistischen Akkumulation war. Dazu kommen noch andere politische Herrschaftsverhältnisse als zu jener Zeit des Kolonialismus (vgl. Hoering 2012a: o.S.).

Nach Recherchen zum Begriff „Neokolonialismus“ bin ich trotzdem der Meinung, dass die Verwendung des Begriffes „Neokolonialismus“ im *Landgrabbing*-Prozess zutreffend ist, denn Neokolonialismus ist eine Ausprägung des Imperialismus, was bedeutet, dass sich die Haltung der ehemaligen Kolonialmächte gegenüber ihren früheren Kolonien, aber auch gegenüber anderen Entwicklungsländern im Grunde nicht geändert hat. Die direkte Beherrschung der Entwicklungsländer in der Kolonialzeit wurde „[...] durch eine umso wirkungsvollere, sich nicht auf staatliche Ebenen allein vermittelnde und deshalb weit schwieriger anzuprangernde Politik indirekter Beherrschung abgelöst.“ (Sturm 2002a: 597), also dem Neokolonialismus.

Im Gegensatz zum Kolonialismus sind die heutigen Methoden des Neokolonialismus etwas versteckter, indem ein Land ökonomisch und politisch abhängig gemacht wird, indem beispielsweise Rohstoffe, wie Land, billig eingekauft werden. Nele Heiland vergisst in ihrer Kritik am Terminus „neokolonial“, dass die wirtschaftlichen Strukturen, die *Landgrabbing* ermöglichen – also die Verwendung des afrikanischen Landes als billiger Produzent von Rohstoffen und Grundnahrungsmitteln - das Resultat des Kolonialismus sind (vgl. Sturm 2002: 473).

Natürlich gibt es zu den heutigen Bestrebungen einige Unterschiede zwischen dem Neokolonialismus des 20. und 21. Jahrhunderts und dem klassischen Kolonialismus des 19. Jahrhunderts: nicht nur mehr klassische Kolonialmächte, sondern auch Länder des Südens wie Indien oder Saudi-Arabien, sind neokolonialistisch aktiv in Afrika, wobei sie auch nicht offen konfrontativ handeln. Neu sind auch das Ausmaß und der Umfang der Landnahmen, die allerdings auch nicht – im Gegensatz zu früher – der uneingeschränkten ökonomischen und politischen Herrschaft gewisser Regionen dienen. Trotzdem sehe ich im Neokolonialismus die Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen, vor allem wirtschaftlichen, Mitteln und finde daher die Verwendung des Begriffes im *Landgrabbing*-Diskurs als richtig.

5.2 Armut und Hunger in Äthiopien

Äthiopien ist eines der vielen Länder, welches den Weg der Entwicklung beschritten hat. Äthiopien ist aber auch eines der ärmsten Entwicklungsländer der Welt (vgl. Ziegler 2008: 175). Obwohl Äthiopien speziell im letzten Jahrzehnt ein hohes ökonomisches Wachstum verzeichnete (die Wirtschaft wuchs in den letzten Jahren um durchschnittlich 11 Prozent), ist dieses Land noch immer eines der ärmsten der Welt. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) schätzte die Anzahl jener Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind auf 11,4 Millionen (vgl. Reisenberger 2011: 9).

79 Millionen Menschen leben laut FAO derzeit in Äthiopien, 44% von ihnen leiden an Unterernährung. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 42 Jahren. Laut dem Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen lag Äthiopien im Jahr 2011 auf Platz 174 von insgesamt 187 erfassten Ländern (vgl. UNDP 2011: 126 ff.) und zählt zu den am wenigsten entwickelten Ländern (vgl. Reisenberger 2011: 9).

Seit den 1960iger Jahren importiert Äthiopien große Mengen an Getreide. Vor allem seit den 1980iger Jahren nimmt Äthiopien auch Nahrungsmittelhilfe in Anspruch (vgl. Thibaut/Krennerich 2002: 77ff; vgl. Schicho 2004:195). Im Jahr 2010 waren 13 Millionen Äthiopier und Äthiopierinnen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen und das Land hat im gleichen Jahr 700.000 Tonnen Nahrungsmittelhilfe empfangen (vgl. Reisenberger 2011: 9).

Ernährungssicherung ist eine große Herausforderung in Äthiopien und verschiedene Faktoren drohen die Erfolge in der nationalen Entwicklung zu untergraben. Ein wesentlicher Grund sind die gestiegenen Lebensmittelpreise, welche die Nahrungsmittelsituation verschärft haben – zwischen Juni 2007 und 2008 stieg der Preis von Mais auf über 202% (vgl. Reisenberger 2011:10). Auch das steigende Bevölkerungswachstum führt zu Problemen im Zusammenhang mit Armut: während die Bevölkerung zwischen 1990 und 2004 eine jährliche Wachstumsrate von 2,2% aufwies, wird zwischen 2004 und 2020 von einem Wachstumswert von 2,9% ausgegangen (vgl. EIU 2008: 15f). Aufgrund des steigenden Bevölkerungswachstums nimmt die äthiopische Bevölkerungsdichte mehr und mehr zu. Lebten im Jahr 2000 noch durchschnittlich lediglich 17 Personen auf einem Quadratkilometer, so waren es 2009 schon 59. Für das Jahr 2050 prognostiziert Cotula 157 Personen pro Quadratkilometer (vgl. Cotula et al 2009: 60). Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass schon aufgrund der demografischen Entwicklung die zur Verfügung stehenden Landflächen für den Anbau von Nahrungsmitteln in den kommenden Jahren schrumpfen werden.

Ungefähr 80% der hungernden Bevölkerung leben am Land (vgl. Herre 2009: 4) und laut Daten der Weltbank nur ca. 16% in Städten, von denen Addis Abeba als Hauptstadt eine der größten ist. Das Hauptproblem liegt im „(...) *fehlenden Zugang zu produktiven Ressourcen, insbesondere zu Land und Wasser*“ (ebd.: 4). Dazu kommen klimatischen Schwankungen, wofür die Landwirtschaft sehr anfällig ist, Bodenerosion, eine schlecht ausgebaute Infrastruktur, bewaffnete Auseinandersetzungen und eine verfehlte landwirtschaftliche Politik (vgl. Thibaut/Krennerich 2002: 77ff; vgl. Schicho 2004:195). In Kombination mit Naturkatastrophen wie Dürre und Ernteaussfällen können diese Ursachen zur tödlichen Bedrohung für Millionen von Menschen werden (vgl. Reisenberger 2011: 10).

Wie sich auch in der medialen Berichterstattung über die aktuelle Hungersnot am Horn von Afrika zeigt, wird hier einmal mehr suggeriert, dass Hunger vor allem durch Naturkatastrophen verursacht wird. Fakt ist jedoch, dass Äthiopien wie bereits erwähnt schon vor der Hungerkrise von Nahrungsmittelhilfe abhängig war und in der gegenwärtigen Situation auf umfassende Nahrungsmittelimporte angewiesen ist. Trotzdem hat sich die äthiopische Regierung im Vorfeld der sich abzeichnenden Hungerkatastrophe dazu entschlossen, 1,1 Millionen Hektar in der Gambella-Region für finanzträchtige Investoren freizugeben (vgl. Reisenberger 2011: 6).

Vor diesem Hintergrund können Investitionen in Landflächen zu Konfliktressourcen werden, sowohl als auch zu Ressourcenkonflikten führen. Versorgungsprobleme entstehen durch Ressourcenkonflikte, die durch Investitionen in Land verstärkt oder verursacht werden können. Von einer Konfliktressource spricht man dann, „(...) *wenn Landfläche und Land-ADI strategisch instrumentalisiert werden*“ (Rudloff/Kurray 2011: 69).

Jacques Diouf, Direktor der FAO, sieht die FDI in die Landwirtschaft zwar als einzigen Weg, um globale Armut zu überwinden. Schwierig wird es aber dann, wenn die Investoren einen Massenandrang auslösen und großflächige Landflächen für sich beanspruchen (vgl. Coker 2008: o.S.). In diesem Zusammenhang sieht Jacques Diouf Land als „*a political hot potatoe*“ (Jaques Diouf zit. in Coker 2008: o.S.). Ob es im Zielland zu Versorgungsproblemen kommt bzw. ob diese verschärft werden, hängt davon ab, ob die ausländischen Investoren die vorhandenen Agrarflächen verdrängen (vgl. Rudloff/Kurray 2011: 69). Zielländer, so wie Äthiopien, sind meist reich an Land, dass „[...] *bislang wohl nur partiell agrarisch genutzt* [...]“ wurde (ebd.: 69). Für die Versorgung der heimischen Bevölkerung ist entscheidend, welche dieser Flächen an (ausländische) Investoren übergehen. Investoren sind in der Regel

natürlich auf der Suche nach produktiven Flächen, diese werden aber oft schon für die heimische Produktion landwirtschaftlich verwendet (vgl. ebd.: 69).

5.2.1 Ländliche Armut

Besonders betroffen von der prekären Nahrungsmittelsituation ist die ländliche Bevölkerung. 84% der äthiopischen Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten (vgl. Reisenberger 2011:10) und von den 44% der Bevölkerung, die unterhalb der Armutsgrenze leben, leben die meisten am Land. Die größte Gruppe der Ärmsten sind die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen. Die meisten von ihnen verfügen über ein tägliches Einkommen von weniger als 0,50 US-Dollar pro Tag (vgl. ebd.: 10). Ungefähr einem Drittel der ländlichen Haushalte steht eine Landfläche von weniger als 0,5 Hektar zur Verfügung, die bewirtschaftet werden kann, was zu wenig ist, um die essentiellen Bedürfnisse zu befriedigen (vgl. MoARD 2010: 3).

5.2.2 Pastoralismus und geringe Produktivität?

In Afrika machen die Trockengebiete ungefähr 43% der bewohnten Fläche Afrikas aus und sind die Heimat von 40% der Bevölkerung des Kontinents (GRAIN 2010a: o.S.). Die Trockengebiete sind einer der zahlreichen Gründe, warum die äthiopische Landwirtschaft eine geringe Produktivität aufweist. Das World Food Programme (WFP 2006: 5) nennt als weitere Gründe für den geringen landwirtschaftlichen Output Äthiopiens folgendes: *„Agricultural productivity is low because of low use of purchased inputs, erratic rainfall, low soil fertility and environmental degradation.“* Slezak (vgl. 2009: o.S.) hingegen sieht die Gründe für die geringe landwirtschaftliche Produktivität auch in der mangelnden Bodenreform, der mangelnden Bewässerung trotz vorhandener Seen und der Abhängigkeit von über 11 Millionen Kaffeebauern und -bäuerinnen von den Preisschwankungen des Weltmarktes.

Mit Abstand die wichtigste Aktivität in jenen Trockengebieten ist jedoch der Pastoralismus – also jene Nomaden, die praktisch durch das ganze Land ziehen und Weidewirtschaft betreiben (GRAIN 2010a: o.S.). Dazu gehört auch Äthiopien, wo vor allem das Tiefland von der Präsenz von pastoralen Bevölkerungsgruppen durchdrungen ist. Viele Organisationen weisen in ihren Studien (z.B. De Jode 2010) auf die Bedeutung des Pastoralismus hin und betonen den enormen nationalen und regionalen wirtschaftlichen Beitrag, den die Viehhalter und Weidebewirtschafter zum landwirtschaftliche Output beitragen (vgl. De Jode 2010: 7).

Trotz des unbestrittenen und wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nutzens, ist der Pastoralismus in Gefahr – nicht aber erst seit der Förderung von Investitionen in den

landwirtschaftlichen Sektor in den letzten Jahren. Einige der Einschränkungen sind das Ergebnis von der willkürlichen Art und Weise, wie afrikanische Gebiete zu Nationalstaaten aufgeteilt wurden unter der Herrschaft europäischer Mächte im 19. Jahrhundert. Pastorale Gemeinden wurden auseinander gerissen, saisonales Weideland aufgeteilt und Handelswege geschlossen. Auch heute noch kommt es konstant zu Auseinandersetzungen, wenn Hirten versuchen, Grenzen zu überschreiten (vgl. GRAIN 2010a: o.S.). Um die Produktivität zu steigern und eine Reform des ländlichen Sektors durchzuführen, hat die Regierung politische Maßnahmen gesetzt, die im Growth and Transformation Plan festgehalten sind (siehe dazu Unterkapitel 5.4.2 „Growth and Transformation Plan“).

5.3 Zugang zu Land in Äthiopien

1975 wurde vom Derg, der früheren Militärregierung Äthiopiens, eine radikale Landreform eingeführt. Zuvor gab es ein feudales Landnutzungssystem, welches für die harsche Behandlung seiner Pächter bekannt und daher unpopulär war. Der Derg nationalisierte das gesamte Land und verteilte es neu. Der Regimewechsel im Mai 1991 veränderte nichts am Status von Land als Staatseigentum (vgl. Reisenberger 2011: 12).

Traditionellerweise besitzt man in Äthiopien kein Land, sondern die Bevölkerung hat ein Nutzungsrecht (vgl. Ziegler 2008: 174 ff). Privater Landbesitz im engeren Sinne wird von der äthiopischen Verfassung nicht zugelassen (vgl. Tamrat 2010: o.S.). Land wird nicht verkauft, sondern verpachtet. Somit bleibt der Staat alleiniger Eigentümer von Land, erkennt aber individuelle und kollektive Nutzungsrechte an. Die Formen und Institutionen von Landbesitz und Landnutzungsrechten sind für das Verständnis der aktuellen Umwidmung von Land von Bedeutung und für die Beantwortung meiner Forschungsfrage essentiell. Sie werden erst im Kontext ihrer historischen Entwicklung sichtbar, die im Falle Äthiopiens bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht (vgl. Engels/Dietz 2011: 409).

5.3.1 Landnutzung in Äthiopien von 1900 - 1975

Die Formen der Landnutzung sahen damals kein Nutzungsrecht an Land oder Eigentum vor. Besitzen konnte man nur das, was auf dem Land produziert wurde, das Land selbst jedoch nicht. Allerdings verfügten die verschiedenen Nutzer und Nutzerinnen über „gleichzeitig bestehende Rechte auf ein und dasselbe Stück Land [...]“. (vgl. Engels/Dietz 2011: 409). Dazu gehörten ein erbliches Nutzungsrecht, das Land zu bestellen, dass nicht notwendigerweise an eine bestimmte landwirtschaftliche Fläche geknüpft sein musste; ein

Recht, es nach der Ernte als Weideland zu nutzen; Durchzugsrechte sowie das Recht auf einen Teil des Ertrages (vgl. Pausewang 1977: 18; Engels/Dietz 2011: 409). Das heißt, dass nach äthiopischer Tradition eine Person verschiedene Rechte auf Land besitzen konnte. Es war also vor 1975 durchaus möglich und gängige Praxis, dass verschiedene Menschen Rechte auf ein und dasselbe Stück Land besaßen und sich aufgrund dieser speziellen Rechte mehrere Personen als „Besitzer“ des gleichen Grundstücks fühlten (vgl. Pausewang 1977: 18).

Das Landnutzungsrecht der Bäuerinnen und Bauern (*rist*) und das Recht des Adels auf einen Teil der Erträge (*gult*) hatten nur in Bezug auf Ackerflächen ihre Gültigkeit. Andere Flächen, wie Wald und Weide waren immer Gemeinschaftsland. Im äthiopischen Kaiserreich war *rist*-Land gemeinschaftliches Land, welches individuell bestellt wurde. *Rist* was also kollektiv, aber der Anbau war individuell. Die Verteilung innerhalb der Gemeinschaft wechselte aber laufend und war demzufolge umstritten. Jede Person, die seine Abstammung vom Stammvater nachweisen konnte, hatte Anspruch auf das *rist*-Land. Dadurch wurde das Dorf zu einer sozialen und ökonomischen Gemeinschaft und stellte gleichzeitig das Recht auf Integration in diese Gemeinschaft dar. *Rist*-Land war abgabepflichtig und die Abgaben dienten ursprünglich dazu, Verwaltung, Verteidigung und Rechtswesen zu finanzieren (vgl. Pausewang 1977: 19f.). Ursprünglich vergab der Kaiser ein bestimmtes Gebiet als *gult*, was vergleichbar ist mit dem Lehen im europäischen Mittelalter. Der *gult*-Herr als Vertreter der kaiserlichen Autorität war dazu berechtigt, einen Anteil der bäuerlichen Produktion einzuheben. In Äthiopien war es üblich, politische Macht über eine persönliche Gefolgschaft von tributpflichtigen Vasallen aufzubauen, und daher verliehen *gult*-Herren Teile ihres Gebietes an ihnen ergebenen Vasallen. Das verringerte die Einnahmen der Kaiser, und den Bauern und Bäuerinnen wurde zusätzlich zu den Abgaben Steuern auferlegt. Ursprünglich war das Recht des Adels auf den *gult* nicht erblich, sondern an ein Amt gebunden, welches gewisse Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft mit einschloss. Ende des 19. Jahrhunderts eroberte Kaiser Menelik II die südliche Region des heutigen äthiopischen Staatsgebietes und transferierte das Adelssystem gewaltsam dorthin ohne dazu gehörige Verpflichtungen und ohne soziale Basis. Das damit entstandene neue *riste-gult* System war ein Erbrecht auf Abgaben, das vom Kaiser an Soldaten weiter gegeben wurde und keine Verpflichtungen umfasste (vgl. ebd.: 19f.).

Im 20. Jahrhundert wurden unter Kaiser Haile Selassie (1930-1974), dem letzten Kaisers Äthiopiens, Besitztitel vergeben und Privateigentum an Land etabliert. Die Besitztitel erhielten diejenigen, die im Steuerregister eingetragen waren. Dazu gehörte auch der Adel,

denn er zahlte von den Abgaben, die er von den Bauern bekam, Steuern und erlangte dadurch formalen Landbesitz. Die Bauern und Bäuerinnen bewirtschafteten das Land oft weiter, ohne über die veränderten Besitzverhältnisse Bescheid zu wissen. Im *rist-gult* System war Land nur dann etwas wert, wenn es die Bauern bewirtschafteten und von den Erträgen Abgaben zahlten.

Das änderte sich, als im 20. Jahrhundert ausländische Investoren und Entwicklungsprojekte Land für sich beanspruchten und dadurch Land in Wert setzten. Die Frage nach Eigentum im Sinne von exklusiven Dispositionsrechten wurde aktuell. Die Frage, welche der verschiedenen Rechte, die sich auf das gleiche Stück Land bezogen, sich als Eigentumsrecht etablieren konnten und wer somit als Landbesitzer anerkannt wurde, bestimmten die Praxis (vgl. Pausewang 1977: 21f.). Haile Selassie zwang mit der Einführung von Steuern in Form von Geld die Bauern und Bäuerinnen in den Markt und somit in die Geldökonomie. Eine neue Definition von Landeigentum entstand. Um Äthiopien den Weg zur (ökonomischen) Modernisierung zu erleichtern, baute das Gesetz auf einen Eigentumsbegriff auf, welcher europäisch war. Den grundlegenden Änderungen lagen schon damals die Ideen ökonomischer Entwicklung und Modernisierung zugrunde (vgl. ebd.: 21). Ein gutes Beispiel hierfür ist der Zuckerrohr-Anbau in Awash Valley der niederländischen *Handelsvereniging Amsterdam (HVA)* 1954, der vorwiegend als Investitionsvorhaben des äthiopischen Staates mit transnationalen Unternehmen gesehen werden kann. Das Projekt wurde auf Flächen umgesetzt, die bis dahin von der lokalen Bevölkerung, genauer gesagt von Oromo-Pastoralisten, als Weideland genutzt wurde. Das Unternehmen war vollständig von Steuern befreit, hatte ein Monopol auf den Zucker, importierte seinen eigenen Brennstoff und nutzte die äthiopische Arbeitskraft brutal aus. So war die HVA bald in der Lage, zu exportieren und die heimische Nachfrage nach Zucker zu befriedigen (vgl. Markakis/ Ayele 1978: 56; vgl. Engels/Dietz 2011: 410). Aktuell findet in dieser Region die Expansion des Zuckerrohranbaus zu Lasten der lokalen Bevölkerung statt, wie Hundie schreibt, denn der großflächige Anbau schränkt die Nutzung von Land sehr ein, welches vor allem in Trockenperioden von Gruppen, welche Wanderweidewirtschaft betreiben, genutzt wird (vgl. Hundie 2010: 140ff.).

Nach 1941 setzte Haile Selassie die Privatisierung im Sinne einer neuen Landverteilung, der Beseitigung von feudalen Rechten und der Einführung neuer Abgaben und somit die „Modernisierung“ Äthiopiens fort (vgl. Schicho 2004: 203). Er führte für die Finanzierung des Staates Grundsteuern ein (befreit davon war die Kirche und die Provinz Shoa unterlag einer niedrigeren Besteuerung). Im Zuge des Privatisierungsprozesses wurde aus den

Nutzungsrechten im Norden private Besitztitel; die Bauern und Bäuerinnen im Süden wurden zu „Steuerzahlern“, wobei jedoch viele von ihnen durch die Privatisierung und durch die kommerzielle Nutzung des Landes vertrieben wurden (vgl. Schicho 2004: 203). Das Eindringen von Kapital in die Landwirtschaft hatte die Mechanisierung und die Nutzung von bislang ungenutztem Boden in Verbindung mit künstlicher Bewässerung zur Folge. Viele Großgrundbesitzer übernahmen die Bewirtschaftung ihrer Böden selbst oder überließen es Subunternehmen.

Die Bauern und Bäuerinnen wurden von ihrem Boden vertrieben, den sie bis dahin als ihren Besitz angesehen hatten. Als Weide genutztes Land wurde in die Bewirtschaftung einbezogen und somit waren auch nomadisierte Hirten und Hirtinnen von Enteignung und Vertreibung betroffen. Der Prozess beschleunigte sich noch, als ausländisches Kapital in den Agrarbereich investiert wurde (vgl. Markakis/ Ayele 1978: 58). Die Förderung des Staates galt wenn überhaupt dem kommerziellen Bereich der Landwirtschaft. Die Großgrundbesitzer, die den Staatsapparat dominierten, setzten sich erfolgreich gegen eine Reform zugunsten der Bauern zur Wehr. Entwicklungsmaßnahmen, konzipiert für die armen Bauern und Bäuerinnen, bereicherten im Endeffekt die reichen Grundherren (vgl. Bahru 1991: 194f). Auch das Gesetz zur Regelung der Pachtverhältnisse (1964) brachte keine Verbesserung, sondern beschleunigte die Vertreibung.

5.3.2 Die Landreform von 1975 unter dem Derg

„*Meret le arrashu*“ oder „*Land to the tiller*“ („Land dem, der es bebaut“) war der Slogan der Studierenden der Universität von Addis Abeba, die bereits 1965 lautstark – als Opposition Kaiser Haile Selassies - gegen die Unterdrückung der bäuerlichen Bevölkerung protestierten (vgl. Holcomb/Ibssa 1990: 276). Die bestehenden Landverteilungsverhältnisse belasteten die Bauern und Bäuerinnen unerträglich, denn sie gaben ihnen weder Sicherheit, noch schützten sie vor Korruption, Betrug und Enteignung. Das hatte nicht nur die Hungerkatastrophe bewiesen, die 1971 in den nördlichen Provinzen Tigre und Wollo ihren Lauf nahm und mehrere Jahre andauern sollte, und die letztendlich den Fall Haile Selassies einleitete (vgl. Pausewang 1977: 18).

Die Regierung unterschätzte das Problem und Hilfslieferungen verrotteten oder wurden unterschlagen. Mehr noch: Äthiopien setzte trotz der internationalen Nahrungsmittelhilfe die Ausfuhr von Getreide fort. Heftige Studentenproteste brachen das von der Regierung verhängte Schweigen über die Katastrophe, der mehr als 200.000 Menschen zum Opfer

fielen. Das autoritäre Regime, das von „mittelalterlichen“ Strukturen, sowie Produktions- und Machtverhältnissen geprägt war, geriet im Frühjahr 1974 in eine Krise (vgl. Schicho 2004: 207).

Nach dem Sturz des Kaisers im Jahr 1974 ergriff ein Jahr später der Derg⁴, eine Militärregierung mit marxistisch-leninistischer Ausrichtung⁵, die Forderung nach einer Landreform auf, ohne derer er sich der Unterstützung der bäuerlichen Bevölkerung und der Opposition der Studenten und Studentinnen nicht mehr sicher sein konnte (vgl. Schicho 2004: 208; vgl. Engels/Dietz 2011: 410). Das war ein wichtiger Schritt, wenn man bedenkt, dass diese radikale Landreform doch fast 90% der Bevölkerung Äthiopiens betraf, also rund 32 Millionen (vgl. Schicho 2004: 208). Land wurde zum nationalen Gemeinschaftsgut, das weder verkauft noch verpfändet werden kann. Der private Landbesitz wurde abgeschafft, Arbeits- und Pachtverpflichtungen wurden genauso aufgehoben, wie Abgaben (vgl. Engels/Dietz 2011: 410). Es kam zur Verstaatlichung wirtschaftlicher Großbetriebe, Weideland war der Nutzung durch Tierhalter vorbehalten (vgl. Pausewang 1977: 24f.). Das Land wurde neu verteilt, wobei je nach Familiengröße unterschiedlich große Parzellen zugewiesen wurden.

Die Folgen der Landreform waren je nach Region verschieden. Im Norden, wo es nur wenige Pächter und Leibeigene gab, war der Widerstand der Bauern groß, die sich einen Aufstieg im alten System vorstellen konnten, sobald die Landverteilung auch die kleineren Besitzer erreichte. Im Süden, wo die Großgrundbesitzer einer Masse an landlosen Bauern gegenüber standen, vollzog sich die Verteilung rasch, jedoch oft von Gewalt begleitet (vgl. Schicho 2004: 209). Auch wenn die Landreform gewisse Verbesserungen in Form von Abgaben- und Schuldenbefreiung für die bäuerliche Bevölkerung brachte, so führte die praktische Umsetzung im Laufe der Zeit auch zu Verschlechterungen. Die Durchführung der Landreform wurde von einer Kampagne begleitet, der „Zemetcha“, der „Kampagne für Fortschritt und Zusammenarbeit“, welche aber schon bald eine Eigendynamik annahm: implementiert wurde die Landreform durch Studierende, welche von der Regierung in die ländlichen Gebiete geschickt wurden. Die Vorsitzenden der neu gegründeten Bauernvereinigungen wurden vom Derg ausgetauscht und durch Studierende und

⁴ „Derg“ ist das amharische Wort für Komitee (vgl. Pausewang 1977: 17).

⁵⁵ In der Mitte des Kalten Krieges, ging der marxistische Derg eine Verbindung dem der Sowjetunion ein. Mit Unterstützung der Sowjets, von Kuba und dem Ostblock, kam es zu einer massiven Militarisierung in Äthiopien. 1976 unterzeichnete eine äthiopische Delegation eine Vereinbarung über militärischen Beistand mit der Sowjetunion. Im April 1977 widerrief Äthiopien seine Vereinbarung über militärischen Beistand mit den USA. Daraufhin setzte US-Präsident Jimmy Carter die militärische und entwicklungspolitische Unterstützung für Äthiopien aus., woraufhin sich Mengistu an die UDSSR wandte, die letztendlich 18 Milliarden US-Dollar in Form von Waffen und militärischer Hilfe beisteuerten (vgl. The Advocates for Human Rights 2009: 8).

Hochschulabsolventen und –absolventinnen ersetzt. Die Studenten und Studentinnen nahmen radikalen Einfluss auf die Bauern und Bäuerinnen. Eigentlich sollte die Landreform in Zusammenarbeit aller Gruppen erfolgen – Studenten und Bauern sahen in der „Zemetcha“ allerdings den Beginn der Revolution (vgl. Pausewang 1977: 26). Dadurch verlor der Derg seine Bindung zur bäuerlichen Bevölkerung und ließ die Landreform zu einem großen Misserfolg werden (vgl. Schicho 2004: 209; Engels/Dietz 2011: 410f.).

Im Verlauf der Reform wurde nur wenig Land umverteilt, und die Bauern und Bäuerinnen bewirtschafteten jenes Land weiter, das sie schon vor der Reform gepflügt hatten. Mit der Landreform bewirkt wurde allerdings eine bedeutende Umverteilung von Einkommen. Die Bauern und Bäuerinnen, neben arbeitslosen und anderen marginalisierten Gruppen, verdoppelten im Zuge der Reform ihre Mittel, da alle ihre Abgaben, die sie bis dahin zu leisten hatten, weit über die Hälfte ihrer Ernte ausmachten. Einem weitaus kleineren Teil der Bevölkerung wurden ihre Einnahmen radikal beschnitten und hier traf es vor allem die *gult*-Land Besitzer und Besitzerinnen, die ja von den Abgaben der Bauern und Bäuerinnen lebten (vgl. Pausewang 1977: 28f.).

Die Landreform kann als der erste große Schritt zu einer breiteren Verteilung von wirtschaftlichen Ressourcen gesehen werden, sowie als Schritt zu einer Politik des Ausgleichs. Gleichzeitig bedeutete die Reform auch eine Umverteilung politischer Macht und eine soziale Befreiung der Bauern und Bäuerinnen (vgl. ebd.: 29). Nach der Landreform stiegen die Preise für landwirtschaftliche Produkte, allerdings stiegen auch die Preise für jene Güter und Betriebsmittel rascher, welche für die landwirtschaftliche Produktion unerlässliche waren. Die Bauern und Bäuerinnen, die zwar nun über ihre gesamte Ernte verfügten, mussten mehr verkaufen, selbst wenn sie nicht mehr kaufen wollten als früher. Die Reform führte sie daher in eine größere Marktabhängigkeit als zuvor, und so erlebten sie die Preisanstiege als Bedrohung ihrer Vorteile. Die Bauern und Bäuerinnen waren dem nationalen Markt ausgeliefert (vgl. ebd.: 31f.).

Auf internationaler Ebene ist Äthiopien genauso schwach, wie seine lokale bäuerliche Bevölkerung, denn Äthiopien ist zur Finanzierung seiner Importe vom Export landwirtschaftlicher Produkte abhängig. Die Regierung legt heute wie damals in ihren Plänen großen Wert auf industrielles Wachstum, „[...] *ohne eine Koordinierung mit den Interessen der Bauern erkennen zu lassen.*“ (Pausewang 1977: 32). Wie Pausewang bereits 1977 resümierte, muss eine Ausgleichspolitik im Interesse der Bauern und Bäuerinnen und der Armen verbunden sein mit

„[...] größtmöglicher nationaler und lokaler Selbstversorgung, einer Handelspolitik, die die notwendigen Unkosten gerecht verteilt und einer [...] Industrialisierung, die dem Wachstum und den Bedürfnissen der Landwirtschaft angepaßt ist.“ (vgl. ebd.: 33).

Solange ein Großteil der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt, muss das übergeordnete Ziel deren Entwicklung sein, dem andere wirtschaftliche Bereiche untergeordnet werden. Landwirtschaftliche Modernisierungsprozesse in der Landwirtschaft können zwar gewisse Arbeitsvorhänge erleichtern und größere Ernten sichern, aber solange es keine alternative Beschäftigungsmöglichkeit für die Mehrzahl der Bevölkerung gibt, darf und kann der Fortschritt nicht so schnell vorangetrieben werden, dass sie Bauern und Bäuerinnen überflüssig macht (vgl. ebd.: 33).

Auch der Regimewechsel im Mai 1991 – ein Bündnis aus regional organisierten Rebellenbewegungen stürzte den Derg - änderte nichts an der Tatsache, dass Land in Äthiopien Staatseigentum ist (vgl. Reisenberger 2011: 12). Die Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) übernahm die politische Erneuerung des Landes (Schicho 2004: 195) und verankerte den Grundsatz, dass alles Land dem Staat gehört, in der neuen Verfassung der föderalen Bundesrepublik Äthiopiens (vgl. Engels/Dietz 2011: 411).

Die Agrar- und Landpolitik der EPRDF ist vor allem auf die wirtschaftliche Entwicklung durch Produktivitätssteigerung ausgerichtet. Die äthiopische Regierung unterstützt den Kurs in Richtung kommerzieller Großproduktionen in der Landwirtschaft, indem sie Veränderungen in der Landnutzung legitimiert. Andere Formen der Landnutzung, wie beispielsweise Honiggewinnung, das Sammeln von Früchten oder etwa mobile Tierhaltung, die nicht marktorientiert sind, gelten als unproduktiv (vgl. Engels/Dietz 2011: 411). Zur Rechtfertigung der von der Regierung erzwungenen Umsiedlungsprozesse gewisser Bevölkerungsgruppen, greift sie auf eine auf Entwicklung ausgerichtete Rhetorik zurück, die als Motor für Wirtschaftswachstum und menschliche Entwicklung dargestellt wird. Wirtschaftswachstum, der Ausbau von sozialer Infrastruktur und Produktivitätssteigerung werden als Lösung für die unterschiedlichsten Probleme wie Armut, Hunger und der Verlust von natürlichen Ressourcen präsentiert.

5.3.3 Land als Staatseigentum: Die Proklamation von 1975 und die äthiopische Verfassung

Laut der äthiopischen Verfassung von 1995 und der Proklamation Nummer 31 von 1975 ist Land in Äthiopien öffentliches Eigentum, steht somit unter der Verwaltung der Regierung und ist nicht für den Verkauf vorgesehen (vgl. Reisenberger 2011: 13). Es kann weder gekauft noch verkauft, noch geschenkt und auch nicht getauscht oder auf andere Weise an andere als direkte Erben übertragen werden. Alle Abgaben und Arbeitsverpflichtungen und Pachtzahlungen wurden aufgehoben (vgl. Shepard/Mittal 2010: 20; vgl. Pausewang 1977: 24). In weiterer Folge heißt das, dass Land nicht entfremdet werden darf, und dass es von jeder Form von privatem oder kommunalem Landbesitz ausgeschlossen wird (vgl. Tamrat 2010: o.S.).

„In Africa, much of the land is state land but communally held, and as such is subject to government designation as ‘idle’ land, given potential rewards of commercialization“ (McMichael 2011: 17).

Kleinbauern- und -bäuerinnen haben das Recht, Land ohne Bezahlung zu erhalten, und sind laut Verfassung vor Vertreibung geschützt (vgl. Reisenberger 2011: 13). In der äthiopischen Verfassung, Artikel 40 (4) heißt es dazu: *„Ethiopian peasants have right to obtain land without payment and the protection against eviction from their possession.“* (Äthiopische Verfassung, Artikel 40 (4)). Hirten und Hirtinnen haben ein Recht auf Weideland und auf Land zur Bewirtschaftung, ausserdem sind sie vor Vertreibung geschützt: *„Ethiopian pastoralists have the right to free land for grazing and cultivation as well as the right not to be displaced from their own lands.“* (Äthiopische Verfassung, Artikel 40 (5)). Jede Enteignung von Privatpersonen für den öffentlichen Zweck gibt den Betroffenen das Recht auf finanzielle Entschädigung (vgl. Reisenberger 2011: 13).

Die Zugangsregelungen zu Land sind in Äthiopien schon lange ein heikles Thema, dass politisch und ideologisch aufgeladen ist (vgl. Reisenberger 2011: 13). Die Weigerung seitens der Regierung, Land zu privatisieren, ist geprägt von den Erfahrungen aus der Geschichte, denn schon seit grauer Vorzeit und bis zum Sturz des letzten Kaisers 1974 hat Äthiopien unter einem Feudalsystem gelebt und gelitten, da die Aristokraten die beinahe alleinigen Eigentümer von Land waren (vgl. Ziegler 2008: 174 ff). Die aktuelle Regelung, bei der der Staat der Landeigentümer ist, sorgt immer wieder für Kritik, und Forderungen nach Privatisierung von Land werden laut. Bis jetzt hat sich der Staat geweigert, diesen Forderungen nachzugehen, aus Sorge darum, dass Millionen von Kleinbauern und

Kleinbäuerinnen im Falle einer Hungersnot ihre Existenzgrundlage verlieren würden, da sie Land verkaufen würden (vgl. Reisenberger 2011: 13).

Die Regierung behält sich vor, im Sinne von entwicklungspolitischen Zielen und des gesamtgesellschaftlichen Wohles, Umsiedlungen und Enteignungen durchführen zu lassen:

„Without prejudice to the right to private property, the government may expropriate private property for public purposes subject to payment in advance of compensation commensurate to the value of the property.“ (Äthiopische Verfassung, Artikel 40 (8).

5.3.4 Die Konturen der italienischen Landpolitik in Äthiopien

Die vorkoloniale Geschichte landwirtschaftlicher Entwicklung in Äthiopien findet oftmals wenig Beachtung in der Literatur. Jedoch war die Landwirtschaft in der vorkolonialen Zeit in mancher Hinsicht besser dazu in der Lage, seine Bevölkerung zu versorgen, als dies seit der Etablierung des modernen Staates in Afrika möglich ist. Seit der Entstehung kolonialer Herrschaft war die Landwirtschaft zunehmend Eingriffen und Reglementierungen unterworfen, während die Bauern und Bäuerinnen früher größere Freiräume darüber hatten, sich und ihr Landwirtschaft den sich wechselnden Verhältnissen und unterschiedlichen Bedingungen anzupassen (vgl. Bley 1984: 32). Sehr viel davon hat sich bis in die nachkoloniale Phase fortgesetzt. Die Frage, die gestellt werden muss, lautet also nicht, wie sich die äthiopische Agrarwirtschaft durch den Kolonialismus entwickelte, sondern, in welche agrarhistorische Situation der Kolonialismus eingriff.

Die imperialistischen⁶ Ambitionen Italiens seit dem 19. Jahrhundert waren fortwährend geprägt von der Notwendigkeit der Schaffung eines Auswanderungsgebietes für die italienische Bevölkerung und dem Einsatz des italienischen Kapitalüberschusses. Äthiopien mit seinen fruchtbaren Böden und dem wechselnden Klima wurde als das El Dorado dargestellt, in dem Italien seine imperialistischen Bestrebungen hätte verwirklichen können (vgl. Larebo 1994: vi). Mit eindrucksvollen Land-Kolonialisierungs-Programmen verfolgte Italien das Ziel, italienische Kolonisten und Kolonistinnen in Äthiopien anzusiedeln, mit der Mission, den landwirtschaftlichen Sektor in die Kornkammer Italiens zu verwandeln. *„The motive force behind these new types of overseas empires was the attempt to solve problems at home“* (Holcomb/Ibssa 1990: 71).

⁶Ulrich Brand und Markus Wissen verstehen unter „imperialer Lebensweise“ die Lebensweise des globalen Nordens, weil sie einen tendenziell unbegrenzten Zugriff auf Arbeitskraft, Ressourcen usw. in anderen Teilen der Welt voraussetzt. Die imperiale Lebensweise ist hoch exklusiv und nicht verallgemeinerbar, weil sie ein Außen braucht, auf das sich ihre sozialen und ökologischen Kosten verlagern lassen. Zu diesem Außen gehören unter anderem Menschen, sowie auch Ökosysteme des globalen Südens (vgl. Wissen 2011: 9).

5.3.4.1 Zusammenfassung

Die Besetzung Äthiopiens war nicht nur prekär, sondern auch kurz und dauerte nur fünf Jahre. Als Italien aus Äthiopien abrupt vertrieben wurde, steckten ihre Entwicklungspläne erst in den Anfängen. Das macht ein abschließendes Urteil und eine Vorschau auf die Durchsetzbarkeit ihrer Pläne und die damit verbundenen Langzeit-Effekte auf die äthiopische Gesellschaft schwierig und spekulativ (vgl. Larebo 1994: x). Die Besetzung Italiens passierte zu einer Zeit, als die Bedeutung des Kolonialismus als hegemoniales Symbol bereits vermindert war.

5.4 Aktueller Kontext: Entwicklungsstrategien der äthiopischen Regierung

Das Umfeld für heutige Investitionen in äthiopisches Land wurde durch eine Vielzahl von Strategieplänen, politischen Maßnahmen, Armuts- und Entwicklungsplänen bestimmt. Mit der Agricultural Development Led Industrialization-Strategie (kurz ADLI-Strategie) schaffte die Regierung 1993 eine Rahmenstrategie, die Industrialisierung durch Entwicklung der Landwirtschaft forciert (vgl. Reisenberger 2011: 18).

5.4.1 ADLI - Agriculture Development Led Industrialization

Mit der Einführung der *Agricultural-Development-Led Industrialization* (ADLI) Strategie als zentrales Element des PASDEP (Plan for Accelerated and Sustainable Development to End Poverty), hat die Regierung von Äthiopien gemeinsam mit der Weltbank auf das Armutsproblem reagiert. Mit den in ADLI festgesetzten Maßnahmen soll Armut durch Einkommenssteigerung der ländlichen Bevölkerung reduziert werden (vgl. Slezak 2009: o.S; vgl. ECOSOC o.D: o.S.). ADLI zielt auf die strukturelle Transformation in der Produktivität der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, sowie auf Rationalisierung und Ausbau der Industrie ab. ADLI ist der Leitfaden für eine exportorientierte und arbeitsintensive Industrialisierung. Es geht um die Modernisierung der Landwirtschaft, als Schlüssel für ökonomisches Wachstum, Industrialisierung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen (vgl. Reisenberger 2011: 18).

Grundsätzlich ist die Agrar- und Nahrungsmittelpolitik stark durch Initiativen von und mit der Weltbank geprägt. 2002 legte die Weltbank erste Poverty Reduction Strategy Papers (kurz: PRSPs), also Armutsstrategiepapiere vor, die laufend erneuert und ersetzt werden (vgl. Slezak 2009: o.S.). Zwischen 2005 und 2010 wurde mit dem *Plan for Accelerated and Sustainable Development to End Poverty* (PASDEP) die Nachfolgestrategie der ersten Strategie, der

Sustainable Development for Poverty Reduction Program (SDPRP) festgelegt. Das Ziel von PASDEP ist, wie schon zuvor von SDPRP, ebenfalls die Kommerzialisierung der Landwirtschaft und die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor (vgl. MoFED 2006: 11f.), wobei PASDEP einen Rahmen für die Erreichung der MDGs der Vereinten Nationen schaffte (vgl. Reisenberger 2011: 18f.).

In den Armutsstrategiepapieren wird die Bedeutung der landwirtschaftlichen Reform als wichtige Voraussetzung zur Armutsbekämpfung hervor gehoben, deren Ursache, laut Regierung, in den nicht zum vollen Potenzial bewirtschafteten Anbauflächen liegt, die bei „ordentlicher“ Benützung aber ein Vielfaches an Erträgen liefern könnten (vgl. MoFED 2006: 11f.).

5.4.2 Growth and Transformation Plan

Wie schon erwähnt, sind die aktuellen Bemühungen für die landwirtschaftliche Transformation⁷ in Äthiopien im *Fünf-Jahres Growth and Transformation Plan* (kurz: GTP) der EPRDF zusammen gefasst(vgl. Molla et al. 1995: 7), der in Anschluss an PASDEP in Kraft trat.

Ziel der Growth and Transformation-Strategie ist es, die Armut zu mindern, indem sie sich primär auf Energie- und Landwirtschaftswachstum, Verbesserung der Infrastruktur und Schaffung eines günstigen Investitionsklimas fokussiert (vgl. Reisenberger 2011: 19). Durch eine jährliche Wachstumsrate von 7-10% soll der Lebensstandard verbessert werden. Die Quelle dieses Wachstums ist der landwirtschaftliche Sektor, da er die höchste Beschäftigungsrate aufweist und einen signifikanten Teil des BIPs darstellt.

„The Five-Year Plan’s proposed major source of growth is a rapid improvement in the productivity of the agricultural sector, based upon the transformation of the Ethiopian agricultural economy from one of semi-subsistence farmhouseholds [...] to a rapidly expand in agricultural economy based on increased use of productivity-enhancing technology [...]“(Molla et al. 1995: 7).

⁷Wann kommt es zu einer landwirtschaftlichen Transformation? Sie trifft dann ein, wenn (1) eine beträchtliche Anzahl von ländlichen Haushalten Einkommen haben, welche die Armutsgrenze übersteigen, (2) für den Markt produziert wird (über den Verkauf eines wesentlichen Teils ihrer Produktion), (3) eine Spezialisierung auf dem Produktionsniveau von landwirtschaftlichen Betrieben statt findet, (4) mehr in Farmen investiert wird, (5) wenn zugekaufte Inputs verwendet werden, inklusive Lohnarbeit in bedeutender Menge und (6) wenn neue Technologien adaptieren werden auf regulärer Basis. An dieser Stelle findet ein dynamisches Wachstum statt, das einher geht mit der Modernisierung des Agrarsektors, mit der weiterführenden zur Verfügung Stellung von billigen Nahrungsmitteln, und dem Wechsel von Arbeitskraft in den nicht-landwirtschaftlichen Bereich (vgl. Seckler 1993 zit. in Molla et al. 1995:7).

Der aktuelle Fünf-Jahres-Plan strebt eine Lösung der „[...] erwähnten Schlüsselprobleme für die Themen Armut, Ernährungssicherung, Wasserversorgung und Bewässerung, Gesundheit und Bildung, Bodenerosion und Bodenreform, Infrastruktur, Verschuldung, Privatsektorentwicklung und die Exportraten an.“ (Slezak 2009: o.S.). Diese Ziele sollen durch die Kommerzialisierung der Landwirtschaft erreicht werden: „*The commercialization of smallholder farming will continue to be the major source of agricultural growth.*“ (MoFED 2010: 8). Die Regierung fördert in diesem Zusammenhang zunehmend Investitionen in den landwirtschaftlichen Sektor und die Industrialisierung der Landwirtschaft wird immer mehr zur Priorität auf der Entwicklungsagenda (vgl. MoFED 2010: 9; vgl. Reisenberger 2011: 19).

Der Ausbau der Landwirtschaft auf Kosten der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen war und ist Teil der marktorientierten Transformation Äthiopiens (vgl. Makki 2011: 16). Die strukturelle Transformation, die Äthiopien anstrebt, ist ein langwieriger Prozess. Äthiopien hat jedoch Bedürfnisse, die nach kurzfristigen Lösungen verlangen. Das Land ist ständig von Hunger bedroht und leidet an einem chronischen Getreide-Mangel, der sich jährlich auf 500.000 bis 1.000.000 Tonnen beläuft (vgl. Molla et al. 1995: 7).

Für die Zukunft muss die langfristige Strategie der Regierung, den Prozess des strukturellen Wandels in der äthiopischen Wirtschaft einzuleiten, mit der kurzfristigen Strategie, der Bevölkerung Zugang und Verfügbarkeit von Nahrung zu sichern, vereinbart werden. 85% der Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft und daher wird das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktivität der Hauptmotor für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung sein und auch bleiben (vgl. ebd.: 7).

5.4.3 Zusammenfassung

Seit der Amtsübernahme 1991 hat die Regierung Äthiopiens eine Vielzahl an Maßnahmen und Programmen erlassen, um die Armut zu reduzieren und die Nahrungsmittelsicherheit herzustellen. Ihr erklärtes Ziel ist es, die sozialen Hindernisse und die natürlichen Grenzen für die Kapitalisierung der Landwirtschaft zu überwinden, wobei die Interessen von Investoren eine immer bedeutendere Rolle einnehmen, was die Lebensfähigkeit von kleinbäuerlichen Landwirtschaften zur Herausforderung werden lässt.

5.5 Foreign Direct Investments im äthiopischen Agrarsektor

Laut verschiedensten Berichten gehört Äthiopien zu den wichtigsten Empfängerstaaten von FDI in Afrika südlich der Sahara (vgl. Graham et al. 2010: 219; vgl. Dritte Welt im Ausverkauf 2011). Im Jahr 2007 belief sich die Summe der FDI in Sub-Sahara Afrika auf über 30 Milliarden US Dollar. Davor gab es im Jahr 2006 eine Rekordhöhe von 22 Milliarden US Dollar und 17 Milliarden US Dollar im Jahr 2005) (vgl. Cotula et al 2009:25). Diese Summe stellt die absolute Rekordhöhe an FDI da (vgl. Weissleder 2009: o.S.).

Generell machen Investitionen in den landwirtschaftlichen Sektor prozentual gesehen den höchsten Zuwachs an FDI in Entwicklungsländern aus. Die FDI-Ströme in Afrika wuchsen zwischen 2005 und 2007 um nahezu 80%. Angesichts der global steigenden Nahrungsmittel- sowie Landpreise versprechen landwirtschaftliche Investitionen ein lukratives Geschäft (vgl. Reisenberger 2011: 15). Der äthiopische Agrarsektor hat in den letzten Jahren vermehrt FDI angezogen. Beliefen sie sich im Jahr 2000 noch auf 134 Millionen US-Dollar, stiegen sie 2004 auf 545 Millionen US-Dollar an und liegen seitdem bei ungefähr 265 bis 545 Millionen US-Dollar (vgl. UNCTAD 2009: 254; vgl. Reisenberger 2011: 16). Der UNCTAD „World Investment Report“ 2008 resümiert, dass dieser eindrucksvolle Anstieg an FDI in Afrika bis 2006 überwiegend auf hohe Rohstoffpreise zurück zu führen ist und der damit einhergehenden Rentabilität (vgl. UNCTAD 2008: 38). Dazu kommt die von der Regierung verfolgte investitionsfreundliche Politik und die vermeintliche „Verfügbarkeit“ von fruchtbarem Land (vgl. Reisenberger 2011 15).

Derzeit fließt der überwiegende Teil der FDI in die Landwirtschaft, nämlich 32% (The Oakland Institute 2011: 8). Zu den klassischen Investitionssektoren gehören die Blumen- und Obstproduktion. Seit 2006 erfährt nicht nur der Anbau von Nahrungsmitteln für den Export einen starken Ausbau, sondern auch die Agrartreibstoffproduktion und die Fleischproduktion (vgl. Reisenberger 2011: 16).

5.5.1 Definition von Land-FDI

Foreign Direct Investments in Land sind eine spezielle Form der FDI. Um eine Vorstellung von Land-FDI bekommen zu können, ist es wichtig, auch die allgemeine Definition von FDI zu kennen, die sich an Richtlinien orientiert:

„Foreign investment involves a lasting interest in effective management control over an enterprise. Foreign direct investment can include buying shares of an enterprise in another country, reinvesting earnings of a foreign owned enterprise [...]. International Monetary Fund (IMF) guidelines consider an investment to be a foreign

direct investment if it accounts for at least 10% of the foreign firm's voting stock of shares“ (World Bank Glossary).

Ausländische Direktinvestitionen wirken in der Regel positiv auf das Ziel-Land, so der einstimmige Tenor von internationalen Entwicklungskooperationen, da der Kapitalfluss, die Steuereinkommen und der anschließende Transfer von Know-how ein Kick-off für die Entwicklung sein kann:

„[...] FDI is seen as one of the key benefits of globalization because it is thought to lead to capital formation, technology and knowledge transfer, higher wages and greater job opportunities“ (GTZ 2009: 9).

Bis lang existiert noch keine spezifische, offizielle Definition für ausländische Direktinvestitionen in Land, jedoch können FDI's in Land wie folgt definiert werden:

„FDI in land by a foreign company or state is based on a lasting interest in taking control over land use rights. The transaction includes either rights of land-use or land-ownership. The land-use rights are generally valid for a limited period and can possibly be extended.“ (ebd.: 9).

5.5.2 Analyse der aktuellen Entwicklungen und Trends von FDI's

Betrachtet man die Entwicklungen der afrikanischen Landwirtschaft innerhalb der letzten Dekaden, so zeigt sich, dass nicht viel in den landwirtschaftlichen Bereich investiert wurde und sich der landwirtschaftliche Sektor in Kapitalnot befindet (vgl. Brooks 2009: 0.S.). Jahrzehntelange, geringe Investitionen, ausgehend von dem entwicklungspolitischen Gedanken, dass Landwirtschaft für die Entwicklung nicht notwendig ist (vgl. Club2 2012; Fischler), haben zu stagnierender Produktion und Produktivität geführt (vgl. FAO 2009: 1). Die Vernachlässigung der bäuerlichen Landwirtschaft wird notdürftig durch den Einsatz von internationalen Entwicklungsgeldern kompensiert, mit denen Ernährungssicherungs-Maßnahmen finanziert werden, während die Regierung ausländische FDI's fördert (vgl. Hoering 2009a: 4f.).

Die FAO schätzt allerdings, dass bis zum Jahr 2050 jährlich ungefähr 209 Milliarden US-Dollar an Investitionen in den landwirtschaftlichen Bereich der Entwicklungsländer benötigt werden, um den Welternährungs-Ansprüchen gerecht werden zu können (vgl. FAO 2009a: 1). Die Frage ist, woher das Geld kommen wird, um die Bevölkerung versorgen zu können, denn im Durchschnitt fließen weniger als 10% des Budgets in die Landwirtschaft in Afrika. Dazu kommen die abnehmenden Entwicklungshilfegelder seitens der Industrieländer– der Anteil

für Landwirtschaft ist im Jahr 2006 auf 3,8% gefallen. Die Kapazität der Entwicklungsländer, diese Kapitallücke zu schließen, ist limitiert (vgl. ebd.: 1). Das bedeutet, dass in Zukunft FDI's in Afrika und speziell in Äthiopien hinsichtlich seiner Entwicklungsmöglichkeiten eine signifikante Rolle spielen werden (vgl. Brooks 2009: o.S.). FDI's können einen Beitrag zur Schließung dieser Investitionslücke leisten und dadurch dazu beitragen, Hunger und Armut zu beseitigen (vgl. FIAN 2009a: 1).

Die Regierung Äthiopiens erhofft sich von den FDI-Strömen positive Effekte. Dazu gehören steigende Deviseneinnahmen, Technologietransfer bei gleichzeitiger Steigerung von Innovationen und Produktivität, steigende inländische Produktion und wachsende Energiesicherheit. Zusätzlich sollen Arbeitsplätze entstehen, sowie soziale Infrastruktur für die lokalen Gemeinden (vgl. Engels/Dietz 2011: 408; vgl. FIAN 2009a: 3).

Ob die FDI-Ströme ihr tatsächliches Ziel erreichen und zum ökonomischen Wachstum beitragen, bleibt offen: „*However, how far these investments go towards meeting their real investments needs is uncertain*“ (FAO 2009a: 2). Kritiker und Kritikerinnen bemängeln, dass es für die Investoren keine Verpflichtungen zum Aufbau einer sozialen Infrastruktur gäbe (vgl. Engels/Dietz 2011: 408). Vielmehr stellen ausländische Investitionen in Land ein Mittel zur Einflussnahme auf fremde Politik dar und können einen unakzeptablen Einfluss auf die Wirtschaft des Gastlandes nehmen. Die mangelnde Transparenz innerhalb der FDI-Ströme tue ihr übriges, den Investoren Zugang zu gewissen Vorteilen und Einfluss zu verschaffen, welche der breiten Bevölkerung verschlossen bleibt (vgl. Cotula et al. 2009: 26). GRAIN resümiert, dass es den Investoren vor allem um Gewinn geht, als um das Vorantreiben der Entwicklung in den Partnerländern:

„It should be abundantly clear, [...], that behind the rhetoric of win-win deals the real aim of these contracts is not agricultural development, much less rural development, but simply agribusiness development“ (GRAIN 2008: 6).

Wenn also die äußeren Interessen die Nahrungsmittelsicherheit der eigenen Bevölkerung übersteigen und die Regierung den Investoren vermeintlich ungenutzte Flächen in Aussicht stellt, kann die lokale Bevölkerung ihren Zugang zu jenen Ressourcen verlieren, von denen sie abhängig sind und die für sie eine überlebensrelevante Bedeutung haben. Dazu gehört nicht nur Land, sondern Wasser, Wälder und Beweidungsflächen (vgl. Cotula/Vermeulen 2009: 2; vgl. Engels/Dietz 2011: 408).

5.5.2.1 Zusammenfassung

Da Äthiopien als ein besonders nahrungsunsicheres Land gilt, muss den Auswirkungen der FDI in Bezug auf die Nahrungssicherheit des Landes entsprechendes Gewicht eingeräumt werden. Wie die empirische Datenlage zeigt, kommt es im Zuge des Ausbaus industrieller großflächiger Landwirtschaft kaum zu einem besseren Zugang zu Nahrung für die lokale Bevölkerung, da Profit und Exportorientierung im Vordergrund stehen (vgl. Graham et al. 2010:46). Der enorme Anstieg der FDI-Flüsse in die Landwirtschaft ging mit einem Wandel der äthiopischen Agrarpolitik einher. Wurde früher die Entwicklung der einheimischen Landwirtschaft forciert, so werden heute die staatlichen Ausgaben für diese Sektoren gekürzt (vgl. Hoering 2009a: 3).

5.5.3 Die Rolle der Regierung – Schaffung eines günstigen Investitionsklimas

Neben den bereits skizzierten Gründen für die Zunahme von großflächigen Investitionen in Land für die kommerzielle Produktion im Agrarbereich und den von der Regierung verfolgten agrarpolitischen und wirtschaftspolitischen Leitlinien, sieht Abi Woldemeskel, der Generaldirektor der äthiopischen Investitionsagentur, einen weiteren Grund für die steigenden ausländischen Investitionen im Wandel und Wachstum Äthiopiens. Er meint, dass Äthiopien früher für Armut, Hunger, Krieg und eine fehlgeleitete Wirtschaftspolitik bekannt war, heute aber für die Ressource Land, die genützt werden muss um die äthiopische Entwicklung voran zu treiben (vgl. Dritte Welt im Ausverkauf 2011). Die Bereitschaft der äthiopischen Regierung und die damit verbundenen Politiken, wurde 2009 vom damaligen Direktor der Investitionsagentur, Esayas Kebede, wie folgt präzisiert: *„Wir haben Land und Arbeitskräfte im Überfluss. [...] Was uns fehlt, um unsere Bevölkerung zu ernähren, sind Kapital und Technologie“*. (Kebebe zit. in Hoering 2009a: 1).

5.5.3.1 Deregulierungstendenzen

„Some developing countries are making strenuous efforts to attract and facilitate foreign investment into their agricultural sectors. For them, foreign direct investment is seen as a potentially important contributor to filling the investment gap and stimulating domestic economic growth“ (FAO 2009a: 2).

In den letzten zehn Jahren wurden in Äthiopien laufend staatliche Regulierungen abgebaut, um das Investitionsklima durch Änderungen, Reduzierungen und Regulierungen so freundlich

als möglich für (ausländische) Investoren zu machen (vgl. Weissleder 2009: o.S.). Die äthiopische Regierung verlangt von ihren Investoren keine Mindestkapitaleinlage und auch geographische Beschränkungen sind gefallen (vgl. Hoering 2009a: 2). Ausländische Investitionstätigkeiten sind fast durchwegs von Steuerzahlungen befreit, wie zum Beispiel von Export- oder Umsatzsteuern. Auch auf Gewinnsteuern von 20 US-Dollar pro Hektar Land verzichtet Äthiopien und somit auf seine Einnahmen (vgl. ebd.: 3). Prinzipiell gilt: je mehr produziert wird, desto länger dauert die Steuerausnahme. FDI's sind in allen Sektoren von der Zahlung der Umsatzsteuer wie auch der Gewerbesteuer auf Exportgüter ausgenommen (vgl. Reisenberger 2011: 16). Land kann allerdings nicht gekauft werden, sondern nur von der Regierung gepachtet werden, wobei die Pachtpreise auf einem sehr niedrigen Niveau liegen, nämlich bei drei bis sechs Euro pro Hektar und Jahr (vgl. Hoering 2009a: 2). Dazu kommt keine Beschränkung für die Anzahl ausländischer Beschäftigter, sowie es auch keine Beschränkung für Kapital- und Gewinnabfluss gibt. Ausländische Unternehmen können nicht enteignet werden, Gewinne dürfen vollständig repatriert werden und sie erhalten leichter Kredite der äthiopischen Entwicklungsbank (vgl. Reisenberger 2011: 16).

In einer Studie von FAO, IIED und IFAD wurde in einem Beispiel errechnet, dass die äthiopische Regierung, bei einer 5-Jahres-Verpachtung der dokumentierten Flächen von 602.760 Hektar Land, einen Verlust von über 60 Millionen US-Dollar hinnehmen muss, aufgrund des Verzichtes auf Gewinnsteuern. Es gibt immer wieder Fälle, bei denen die Regierung gänzlich auf die Einhebung von Pachtgebühren verzichtet, sowie auf die Beschränkung für die Anzahl ausländischer Beschäftigter. (vgl. Graham 2010: 42). Durch die Deregulierungsmaßnahmen existieren keine Auflagen von Mindestkapital für die Investoren (vgl. Reisenberger 2011: 16). Die Regierung erhofft sich durch die Deregulierungsmaßnahmen, die Entstehung von Arbeitsplätzen zu fördern, sowie die Erträge aus den Anteilen an den Exporteinnahmen. Allerdings entgehen der äthiopischen Regierung durch die Deregulierungsmaßnahmen Einnahmen in Millionenhöhe, welche für Investitionen in anderen Bereichen mehr als notwendig wären (vgl. Hoering 2009a: 2f.).

5.5.3.2 Zusammenfassung

Fasst man die gesamten Deregulierungsmaßnahmen der äthiopischen Regierung zusammen, steht der Wunsch der Regierung nach Profitsteigerung im Vordergrund und reflektiert den Wandel der äthiopischen Agrarpolitik. Die Förderung der einheimischen Landwirtschaft wird

zurück gefahren und steht nur mehr an dritter Stelle des Staatsbudgets, obwohl – im Vergleich mit anderen Ländern Afrikas südlich der Sahara – die Ausgaben pro Einwohner extrem niedrig sind. Gleichzeitig verzichtet die Regierung auf Einnahmen im Zuge diverser Deregulierungsmaßnahmen – die Aussicht auf Arbeitsplätze und der Ausbau der Infrastruktur sind das übergeordnete Ziel (vgl. Hoering 2009a: 3). Das dabei Millionen verloren gehen, die für Investitionen in die heimische Landwirtschaft fehlt, scheint nachrangig zu sein.

Natürlich ist es möglich, dass sich diese Trends der FDI-Flüsse wieder umkehren in Anbetracht der generellen Verlangsamung der globalen Wirtschaft. Betrachtet man jedoch Afrikas Ressourcenausstattung, die Bemühungen der Regierung, das Investitionsklima zu verbessern und die Tatsache, dass die meisten FDIs in die Länder mit den größten Ressourcen fließen, ist es eher unwahrscheinlich (vgl. Cotula et al. 2009: 26). Fakt ist, dass die Regierungen der „Gastländer“ im Allgemeinen die FDIs begrüßen, obwohl viele Menschen ihrer eigenen Bevölkerung Hunger leiden. Es scheint so, als ob die äthiopische Regierung von möglichen Investitionen und daraus resultierenden Profiten mehr geleitet wird, als von der Frage der Nahrungsmittelsicherheit für ihre eigene Bevölkerung (vgl. ebd.: 5). Für diejenigen, deren Rechte auf die Nutzung von Land eingeschränkt werden, weil auf dieser Fläche Blumen oder andere Produkte angebaut werden, ist es zweitrangig, ob der Anbau durch ein in- oder ausländisches Unternehmen erfolgt. Für den Nutzer oder die Nutzerin ist entscheidend, dass die Fläche nicht mehr zur Verfügung steht.

5.5.4 Bringen FDIs eine win-win Situation für alle?

Theoretisch sind sowohl positive als auch negative Auswirkungen großflächiger Investitionen in Land denkbar. Prinzipiell wird von FDIs in Land erwartet, dass sie eine Reihe von Entwicklungsvorteilen mit sich bringen. Dazu zählt mehr Beschäftigung, technologische Entwicklung, steigender Handelsprofit, neue Märkte und lokalen wirtschaftlichen spillover⁸ (vgl. United Nations 2010: 5), der zur Verbesserung der Lebensverhältnisse und einer nachhaltigen Entwicklung durch zusätzliche Einkommensmöglichkeiten in ländlichen Gebieten, welche die Investitionsprojekte mit sich bringen, beitragen kann (vgl. GTZ 2009: 23).

Die Meinungen zu den Auswirkungen von landwirtschaftlichen Investitionen gehen jedoch weit auseinander (Lay/Nolte 2011: 4). Vor allem Medien und NGOs warnen vor den Gefahren von *Landgrabbing*, wie zum Beispiel auch GRAIN „*There is no possibility of „win-*

⁸ Unter *spillover* versteht man die Auswirkungen von Aktivitäten auf andere Ebenen und Bereiche (vgl. Gabler Wirtschaftslexikon o.D.: o.S.).

win“ *from what is fundamentally a transfer of lands from local communities to corporations and a transformation of small farms to industrial plantations.*“ (GRAIN zit. in Shepard/Mittal 2010: 29). Internationale Organisationen hingegen wie die Weltbank oder die Welternährungsorganisation betonen auch die Möglichkeiten, welche die Investitionsvorhaben mit sich bringen (vgl. Lay/Nolte 2011: 4).

Befürchtet wird, dass vor allem der arme Teil der Bevölkerung unter den Folgen der *Landgrabbing*-Prozesse zu leiden hat. Wenn Land nicht rechtmäßig den Besitzer wechselt, traditionelle Nutzungs- und Besitzrechte nicht anerkannt und Verhandlungen über die Köpfe der Bevölkerung hinweg geführt werden, so sind vor allem die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen die Verlierer, denn mit dem Verlust des Landes verlieren sie auch ihre Lebensgrundlage. Allerdings mangelt es gerade in der Landwirtschaft Äthiopiens an Investitionsmitteln zur Steigerung der Produktivität und zur Erhöhung der Nahrungsmittelsicherheit (vgl. Lay/Nolte 2011: 4f.). Über die konkrete Wirkung von Investitionen in Land entscheidet daher eine Reihe von Mechanismen:

5.5.5 Probleme hinsichtlich des Umgangs mit Pastoralismus

Der Umgang mit den pastoralen Gesellschaften seitens der Regierung stellt sich als besondere Herausforderung für ebendiese dar. Aus dem historischen Kontext Äthiopiens geht hervor, dass die pastoralen Gesellschaften schon seit jeher vom Staat marginalisiert und diskriminiert werden (vgl. Schicho 2004: 202ff). Auch die aktuelle Regierung sieht die pastoralen Lebensweisen als nicht nachhaltig und unproduktiv an. Die Regierung geht davon aus, dass das Land, welches von den Nomaden und Hirten bewirtschaftet wird, nicht produktiv genützt wird. Daher wird es auch in Zukunft zunehmend an ausländische und inländische Investoren verpachtet werden (vgl. Lavers 2011: 2). Der äthiopische Landwirtschaftsminister, Tefera Debirew, bestätigt diese Annahme mit folgender Aussage:

„Pastoralists have enough land for their cattle [...] but at the end of the day we are not really appreciating pastoralists remaining as they are. [...] We have to improve their livelihood by creating job opportunities. Pastoralism, as it is, is not sustainable. We want to change the environment.“ (Butler 2010: o.S.).

Die einzige Alternative, die die pastorale Gemeinschaft von der Regierung erhält, ist das Sesshaft machen. Darunter fallen auch die Maßnahmen des umstrittenen *Growth and Transformation Plan* der äthiopischen Regierung mit dem aktuell wieder neu aufgenommene

villagization programme, und zwar in jenen Regionen wo großflächige Agrarinvestitionen geplant sind (vgl. Reisenberger 2011: 20). Das großangelegte Um- und Ansiedlungsprogramm hat zum Ziel, die weit verstreut lebende ländliche Bevölkerung, die in ihren ökonomischen Aktivitäten höchst mobil ist, in permanenten Dörfern anzusiedeln (vgl. ebd.: 21). Dadurch soll der Zugang der ländlichen Bevölkerung zu sozialer Infrastruktur wie Bildung, Trinkwasser und medizinischer Versorgung verbessert werden. Bereits Mitte der 1980er Jahre hat die äthiopische Regierung erste Umsiedlungsprozesse gestartet. Die Vorteile waren laut Regierung ein verbesserter Zugang zu Dienstleistungen, Ressourcenschutz und auch eine verbesserte Landnutzung. Bis März 1986 wurden 4,6 Millionen Menschen in 4.500 Dörfer umgesiedelt.

Anschuldigungen, dass es sich bei den aktuellen Zwangsumsiedlungen um Umsiedlungen zugunsten von Landnutzung handle, weisen die äthiopischen Behörden von sich. Ein Zusammentreffen von Umsiedlungen und der Landvergabe an Investoren sei rein zufällig (vgl. Vidal 2011: o.S.). Das *villagization programme* zielen rein auf die Verbesserung von öffentlichen Serviceeinrichtungen ab und stehe in keiner Verbindung mit den Landdeals, so die äthiopische Regierung. Kritische Stimmen sehen das allerdings anders. Obang Metho, Geschäftsführer von Solidarity Movement for a New Ethiopia (SMNE), steht den Umsiedlungsprozessen kritisch gegenüber und bezeichnet diese als erzwungen. Die Regierung weist jedoch alle Anschuldigungen bezüglich Zwangsumsiedlungen im Zuge von großen Investitionen in die Landwirtschaft zurück. Kassahun Zerrfu vom Department für Investitionen in Gambella räumt ein, dass im Jahr 2011 15.000 Menschen umgesiedelt wurden, um ihnen einen besseren Zugang zu Infrastruktur zu gewährleisten. Eine mögliche Verbindung zwischen den Agrarinvestitionen, die zur gleichen Zeit in die Region kamen, bestehe nicht und sei reiner Zufall, wie Zerrfu behauptet (vgl. Reisenberger 2011: 21).

„We are not relocating people to give land to the investors. The problem is there is no infrastructure where they have lived. It's all voluntary.“ (Vidal 2011a).

Lavers kommt in seinem working paper zur Rolle von FDI in Äthiopien zu dem Schluss, dass in Äthiopiens Praxis noch immer eine politische Marginalisierung in jenen Regionen stattfindet, in welchen vor allem pastorale Gruppen leben (vgl. Lavers 2011: 3). Die gescheiterten Umsiedlungsprozesse der Regierung, im Rahmen derer sie Kleinbauern und Kleinbäuerinnen vom Hochland im Tiefland ansiedeln wollen, führen zur verstärkten

Investitionen in jenen Gebieten, die von pastoralen Gemeinschaften durchdrungen sind, um dort den Anbau von Feldfrüchten oder Ölsaaten zu fördern (vgl. Deininger et al. 2011: 130).

Fakt ist, dass das Potential der pastoralen Bevölkerungsgruppen stark unterschätzt wird:

„[...] almost always underestimated is the importance of productive use of rangelands by pastoralists/ranchers, where opportunistic and mobile livestock husbandry has long defined the most effective strategy for extracting value out from marginal lands, and in so doing feed growing millions.“ (Galaty 2011: 24).

Verschiedene Studien zeigen, dass kleinbäuerliche Landwirtschaft weitaus produktiver und nachhaltiger ist, als große Farmen mit Monokulturen (vgl. Salzer 2011: 6f.). Auch GRAIN (vgl. 2010a: o.S.) kommt unter Bezugnahme auf eine Studie von IIED/SOS Sahel UK (vgl. de De Jode 2010: 1ff.) zu dem Ergebnis, dass die pastoralen Lebensformen hoch produktiv sind: *„When they are free to manage their mobility as they wish, pastoralists can achieve very high levels of productivity.“* (GRAIN 2010a: o.S.). Die Studie vergleicht Aktivitäten der pastoralen Gemeinde mit jenen von Viehfarmen und schließt daraus, dass Pastoralisten in zweierlei Hinsichten produktiver sind:

„[...] pastoralism consistently outperformed ranching, and to a quite significant degree. Whether measured in terms of meat production, generating energy (calories) or providing cash, pastoralism gives a higher return per hectare of land than ranching.“ (De Jode 2010: 19).

Cris Muyunda, landwirtschaftlicher Berater bei COMESA, betont den signifikanten Beitrag der pastoralen Gemeinschaften für den heimischen Viehmarkt, als auch für den Export:

„[...] Cross-border livestock trade is critical to regional economies as well as important for the national economies of different countries, and ensures food security and poverty reduction to the local community.“ (ebd.: 33).

Diese Erkenntnisse werden im äthiopischen Politikdiskurs untergraben, da das oberste Ziel die Technologisierung, Kommodifizierung⁹ und Finanzialisierung¹⁰ der Landwirtschaft ist.

⁹ Als Kommodifizierung bezeichnet man den Prozess der Kommerzialisierung bzw. des „zur Ware Werdens“.

¹⁰ Der Begriff „Finanzialisierung“ bedeutet die systematische Ausdehnung des Finanzsektors, den Aufstieg der Finanzwirtschaft zur Leitindustrie und die stufenweise Unterwerfung aller anderen Wirtschaftsbereiche unter die Logik der Finanzindustrie (vgl. Finanzradar 2010: o.S.).

5.5.6 Zusammenfassung

Landgrabbing wird zur gerechtfertigten Strategie, um den kapitalistischen Kurs weiterzuverfolgen, der die Produktivität und Effektivität der Landwirtschaft steigern soll. Die Wirksamkeit der lokalen Landnutzer und Landnutzerinnen wird unterschätzt, die pastoralen Lebens- und Arbeitsweisen werden delegitimiert, Gemeinschaften werden umgesiedelt oder in Landabschnitte gedrängt, in denen die Sicherstellung des eigenen Lebensunterhaltes nicht mehr möglich ist (vgl. Galaty 2011: 24). Angesichts der Millionen von hungernden Menschen, darf die Auseinandersetzung über die Rolle der Bauern und die Nahrungsmittelsituation nicht der Regierung und (internationalen) Akteuren überlassen werden, deren Ziel es ist, die Landwirtschaft zu kommerzialisieren.

5.6 Der Zugang zu Land, Enteignung und Vertreibung

Der Zugang zu Land spielt eine enorm wichtige Rolle in Afrika, da er die Lebensgrundlage für viele Haushalte darstellt. Wenn Bauern und Bäuerinnen infolge von Agrarinvestitionen von ihrem Land vertrieben werden, verlieren sie ihre Existenzgrundlage (vgl. Lay/Nolte 2011: 5). Auch wenn die Regierung Äthiopiens immer wieder behauptet, Menschen von ihren angestammten Gebieten nicht zu vertreiben, werden immer wieder gemeinschaftlich genutzte Flächen enteignet. Die Regierung besteht in ihren Aussagen darauf, dass das Land, welches für großflächige Investitionen freigegeben wurde, unter Regierungsbesitz bzw. ungenutzt ist (vgl. Tamrat 2010: o.S.) und daher die lokalen Gemeinschaften nicht negativ beeinflusst werden (vgl. GTZ 2009: 22).

Die bisher gesammelten Ergebnisse und der in dieser Arbeit analysierte Fall der Oromo (siehe dazu Kapitel 6 „Überproportionales Landgrabbing in Oromia“) lassen jedoch auf das Gegenteil schließen: die Enteignungen stehen oft im Zusammenhang mit den Interessen der Investoren und es ist damit zu rechnen, dass sich dieser Trend auch in Zukunft fortsetzen wird:

„One can also envisage that private or communally held land may be expropriated in the coming future since there is no law explicitly prohibiting such expropriation on „on public“ purpose grounds“. (Tamrat 2010: o.S.).

Das als „ungenutzt“, „unproduktives“ oder „verfügbares“ definiertes Land ist jedoch häufig die Existenzgrundlage der armen ländlichen Gemeinden, das beispielsweise als Weideland für Vieh verwendet wird, als Transitroute dient oder zum Sammeln von Holz, Früchten und Heilpflanzen. Darüber hinaus gewährt es Zugang zu Wasserquellen (vgl. GTZ 2009: 23).

Infolge dieser Kategorisierung und der damit verbundenen Vertreibung der Bewohner und Bewohnerinnen, steht Land gewissen Nutzern und Nutzerinnen nicht mehr zur Verfügung. Dadurch entstehen soziale Ungleichheiten und ethnische, soziale Gruppen werden definiert. Die Gewinne und Vorteile, die aus der Verpachtung von Land für die großflächige kommerzielle Nutzung entstehen, sind ungleich verteilt und führen zu gesellschaftlichen Kategorien wie Ethnizität und Geschlecht, welche Herrschaftsstrukturen widerspiegeln (vgl. Engels/Dietz 2011: 415).

5.6.1 Kompensation

Auch wenn die betroffenen Haushalte für ihr verlorenes Land kompensiert werden, bleibt zu befürchten, dass sie unfruchtbares bzw. nicht an die Infrastruktur angebundenes Land erhalten. In einem Negativszenario gehört dann das gesamte fruchtbare Land den Investoren und die lokale Bevölkerung muss sich mit dem unfruchtbaren Rest zufrieden geben (vgl. Lay/Nolte 2011: 5).

Die Regierung kann unter Berufung auf öffentliches Interesse Enteignungen veranlassen. Allerdings ist sie dazu angehalten, wie in Artikel 40 (8) der äthiopischen Verfassung festgelegt, dass sie Kompensationszahlungen, die dem Wert des ursprünglichen Besitzes entsprechen, zu leisten (vgl. Äthiopische Verfassung: Artikel 40 (8)).

„A woreda or an urban administration shall, upon payment in advance of compensation in accordance with this Proclamation, have the power to expropriate rural or urban landholdings for public purpose where it believes that it should be used for a better development project to be carried out by public entities, private investors, cooperative societies or other organs, or where such expropriation has been decided by the appropriate higher regional or federal government organ for the same purpose.“ (Proklamation 455/2005: Artikel 3 (1)).

Kommt es zu einer Enteignung der Landfläche, so muss der Nutzer oder die Nutzerin der Fläche bzw. die betroffene Bevölkerungsgruppe schriftlich davon in Kenntnis gesetzt werden, inklusive der Bekanntgabe der Höhe der Kompensationszahlung und dem Zeitpunkt, wann das Land geräumt werden muss (vgl. Proklamation 455/2005: Artikel 4 (1)). Wie soll aber umherziehenden Nomaden, Wanderfeldbau betreibenden Bauern und Bäuerinnen oder Kleinstbauern und -bäuerinnen ohne Postadresse ein Schriftstück zugestellt werden? Die Analphabeten-Rate Äthiopiens liegt am Land bei über 70%, mit großen Disparitäten zwischen

ländlichen und städtischen Gebieten: „*Pastoral and nomadic populations tend to have lower literacy levels than the overall rural populations.*“ (UNESCO 2006: 2).

Die von der Enteignung betroffene Landfläche muss innerhalb von 90 Tagen, nach Erhalt der Kompensation verlassen werden. Der Zeitraum verringert sich auf 30 Tage, wenn zum Zeitpunkt der Enteignung keine Pflanzen auf der entsprechenden Fläche angebaut wurden (vgl. Proklamation 455/2005: Artikel 4 (3)). Die Entschädigung für den Grundbesitzer richtet sich nach dessen festem Eigentum. Dazu sollen auch möglich getätigte Investitionen oder Neuerungen auf der entsprechenden Landfläche entschädigt werden (vgl. Proklamation 455/2005: Artikel 7 (1)). Jene Personen, die im Besitz einer offiziell registrierten Landnutzungserlaubnis sind und deren Land dauerhaft enteignet wird, erhalten zusätzlich zu der Entschädigungszahlung eine Ablösesumme, die dem durchschnittlichen Jahreseinkommen der letzten zehn Jahre entspricht (vgl. Proklamation 455/2005: Artikel 8 (1)).

Trotz der Festlegung der rechtlichen Ansprüche in der äthiopischen Verfassung kommt es bei der praktischen Umsetzung zu Schwierigkeiten. USAID kommt in ihrem jährlichen Report 2010 zur landwirtschaftlichen Entwicklung Äthiopiens zu dem Schluss, dass die festgelegten Leistungen in Bezug auf Kompensation in der Regel hinter den gesteckten Ansprüchen zurück bleiben. Große Probleme gibt es insbesondere bei der Kommunikation. Es herrscht ein Informationsmangel vor für alle betroffenen Akteure vor, dazu kommt eine schwache politische und juristische Legitimation; ein Mangel an finanziellen Mitteln für die Ausgleichszahlungen an die von Enteignung betroffenen Personen und eine mangelnde Koordination zwischen den verschiedenen Regierungsstellen und der involvierten Institutionen auf nationaler und regionaler Ebene (vgl. USAID 2010: 7f.). Tamrat fasst es folgendermaßen zusammen: „[...] *the current practice in regional states with respect to expropriation and compensation of land holders is far from consistent with what is envisaged in the Federal law.*“ (Tamrat 2010: o.S.).

Auch die von der Regierung vergebenen Landtitel bieten keinen endgültigen Schutz vor Enteignung:

„*In almost all cases, there is no prior consultation with the concerned communities, and while peasants have expressed the hope that titling will provide them with tenure security, the primacy being given to large-scale commercial farming suggests that from the perspective of the state, the registration of land is just as much intended to facilitate ‘better’ land use.*“ (Rahmato zit. in. Makki/Geisler 2010: 14).

Auch wenn die Regierung die Verantwortung für die rechtmäßigen Entschädigungen trägt, so ist es in der Regel nicht die Regierung, die Kompensationsleistungen erbringt, sondern, wenn überhaupt, die Investoren. Was die Investitionsverträge betrifft, so ist das „Verbot gegen entschädigungslose Enteignung“ für gewöhnlich ein Element aller Investitionsabkommen. Während die Verträge das Stattfinden von Enteignung nicht ausschließen, so verlangen sie eine angemessene Entschädigung (vgl. United Nations 2010: 4). Die Investoren leisten Kompensation vor allem in Form von finanziellen Mitteln. Die Zuteilung eines Stück Landes, welche die Selbstversorgung der Betroffenen sicher stellen würde, bleibt in der Regel aus (vgl. Deininger et al. 2011: 107f.).

Der Bericht 2012 „*Waiting here for death*“ von Human Rights Watch berichtet im Speziellen über die Enteignung und Vertreibung von ländlichen Bevölkerungsgruppen in der Gambella-Region. 42% der gesamten Landfläche der Gambella-Region werden oder wurden bereits an Investoren vermarktet:

„This land is being awarded to large-scale foreign investors and small-scale Ethiopian or diaspora investors with no meaningful consultation and no compensation to farmers for lost farmland.“ (The Oakland Institute 2011:).

Die betroffenen Bevölkerungsgruppen werden in der Regel nicht im Vorhinein konsultiert, sondern von den Entwicklungen und Vorgängen überrascht. Die ökologischen und sozialen Auswirkungen sind signifikant und führen zu einem rasch sinkenden Niveau der Ernährungssicherheit, wovon die indigene Bevölkerung besonders betroffen ist (vgl. ebd.: 1).

5.6.2 Nahrungsmittelsicherheit

Ein weiterer möglicher negativer Effekt der FDI-Flüsse in Land betrifft die Nahrungsmittelsicherheit, die in Äthiopien ein sehr sensibles Thema ist. Bei über 230 Millionen Menschen, die Hunger leiden, hat die Nahrungsmittelproduktion grundsätzlich Priorität. Grundsätzlich kann eine erhöhte Produktivität der Landwirtschaft zu einer höheren Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln führen in einer von Investitionen betroffenen Region. Das trifft aber nur dann zu, wenn tatsächlich Nahrungsmittel produziert werden und wenn diese Produkte auf den lokalen Märkten verkauft werden (vgl. Lay/Nolte 2011: 5; vgl. GTZ 2009: 22). Werden die an die Investoren vergebenen Landflächen allerdings nicht für die lokale Produktion verwendet, ist die Nahrungsmittelsicherheit bedroht (vgl. Lay/Nolte 2011: 6). Die einseitige bzw. nur geringe Verteilung für die Bevölkerung der von den Anlegern lukrierten

Gewinne trägt nicht zur Linderung der Armut bei, sondern schürt soziale Konflikte. Der Wettbewerb in der Landnutzung für die Lebensmittel-, Futtermittel- und Agrartreibstoffproduktion steht in Konkurrenz zu der ländlichen Bevölkerung. Unter den daraus resultierenden erhöhten Preisen für Land und Wasser leiden vor allem die Armen (vgl. GTZ 2009: 22).

5.6.3 Zusammenfassung

Investitionen in Land können den entscheidenden Impuls für die Beschleunigung des dringend benötigten Entwicklungsprozesses geben (vgl. Lay/Nolte 2011: 6f.). Es gilt jedoch, Rahmenbedingungen zu schaffen, die sicherstellen, dass die Bevölkerung an diesem Entwicklungsprozess teilhaben kann, da ein solcher positiver Nutzen für die Bevölkerung nicht automatisch entsteht (vgl. ebd.: 6f.; vgl. United Nations 2010: 5). Auch wenn FDIs zum Beispiel das BIP-Wachstum stärken, so muss die Investition nicht unbedingt in einer erhöhten sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der Gastgemeinde münden. Auch die umwelttechnische Nachhaltigkeit aus daraus resultierenden Entwicklungen ist nicht garantiert (vgl. United Nations 2010: 5).

5.7 Öffentliches Land Management

Der Investitions-Prozess in Land entwickelt sich ständig weiter und verlangt nach verschiedenen staatlichen Akteuren (vgl. The Oakland Institute 2011: 28).

Laut äthiopischer Verfassung sind die grundlegende Bodenpolitik und Gesetze auf Bundesebene bestimmt. Auf Bundesebene ist das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (Ministry of Agriculture and Rural Development, kurz: MoARD) für Landfragen zuständig. Das Mandat zur Landverwaltung wurde an die jeweiligen Regionen in Übereinstimmung mit den Richtlinien und Gesetzen der Bundesebene übergeben. Dementsprechend können die regionalen Staaten ihre eigene Land-Politik in Einklang mit den Richtlinien der Bundesebene festlegen (vgl. Artikel 52 der äthiopischen Verfassung). Auf regionaler Ebene ist die Zuständigkeit für Landfragen unterschiedlich aufgeteilt. In der Praxis wird in ländlichen Gegenden die Landverwaltung auf *woreda*- (Distrikt) und *kebele*- (Dorf) Ebenen gestaltet (vgl. The Oakland Institute 2011: 11f.).

Die Verwaltung der ländlichen Flächennutzung, genauer gesagt die Landzuteilung und Landtransfers im Rahmen von groß angelegten Agrar-Investitionen, werden von staatlichen

Institutionen unter den herrschenden Besitzverhältnissen abgewickelt. Bis vor kurzem basierte die Verwaltung und Zuteilung von Grundstücken für Investitionen auf regionaler Ebene auf dem gesetzmäßigen Mandat der jeweiligen regionalen Staaten.

5.7.1 Ethiopien Investment Agency

Im Jahre 1992 hat die äthiopische Regierung eine Investitionsagentur eingerichtet, die Ethiopian Investment Agency (EIA). Ihre zentrale Aufgabe ist die Beratung von inländischen und ausländischen Investoren und die Regelungen aller mit den Investitionen einhergehenden formalen Angelegenheiten.

Die Vision von EIA ist *„To be a strong institution, which will make Ethiopia one of the leading investment destinations in Africa.“* (Ethiopian Investment Agency 2010: About Us).

Als Ziel nennt die Agentur auf ihrer Internetseite folgendes:

„To enhance investment, both foreign and local, in the country by promoting its resource potentials and investment opportunities, initiating policy and implementation measures to create conducive investment climate and providing efficient services to investors so as to bring fast and sustainable economic development in the country.“ (ebd.: About Us).

Die äthiopische Agentur spricht in ihrem Internetauftritt von sieben wirtschaftlichen Bereichen, in welchen sie die privaten Investitionen offiziell unterstützen und fördern möchten. An erster Stelle steht dabei der landwirtschaftliche Sektor, dem eine besondere Rolle zugewiesen wird, ausgehend von den ökologischen und wirtschaftlichen Ressourcen des Landes: *„Agriculture is the backbone of the Ethiopian economy“* (Ethiopian Investment Agency 2010: Opportunities Agriculture). So erhofft sich die Agentur eine optimale Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen durch die ausländischen Investitionen (vgl. ETM & EIA 2005: o.S.).

5.7.2 Das Agricultural Investment Support Directorate

Im Jahr 2009 wurde aufgrund der steigenden Nachfrage nach Investitionsmöglichkeiten seitens ausländischer Investoren das „Agricultural Investment Support Directorate“ (AISD) als Abteilung innerhalb des Ministeriums für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung erschaffen (vgl. Reisenberger 2011:15):

„However in 2009, the growing importance of agricultural investment led the federal government to re-centralise control, creating the Agricultural Investment Support

Directorate (AISD) in the Ministry of Agriculture and Rural Development (MoARD) to allocate land to all foreign and large (more than 5,000ha) domestic investors. AISD aimed to speed up land allocation compared to regional processes which, especially in 'emergent' regions, are considered slow, bureaucratic and prone to corruption [...]" (Lavers 2011: 5).

Ihre Gründung ist eine Konsequenz des steigenden Drucks auf Land (vgl. Reisenberger 2011: 15). Seine Hauptaufgaben sind die zentrale Bereitstellung von Landflächen, eine schnellere Abwicklung der Investitionsvorhaben und die Verhinderung von Korruption (vgl. Reisenberger 2011: 15). Über das AISD können Pachtverträge über das Land direkt zwischen dem Investor und der jeweiligen Regierung bzw. über die beauftragte Behörde geschlossen werden und dadurch soll es zu einer Beschleunigung der Arbeitsschritte kommen (vgl. Tamrat 2010: o.S.).

Früher lag das alleinige Mandat der Landvergabe an Investoren bei den betreffenden Regionalstaaten. Aktuell hat das AISD das Mandat, Flächen über 5.000 Hektar zu vergeben (vgl. Reisenberger 2011: 15).

Im Zuge der Gründung von AISD wurden die Verwaltungsstellen der äthiopischen Regionen dazu aufgefordert, ihre Landflächen, welche für die Nutzung durch ausländische Investoren zur Verfügung stehen, zu kennzeichnen und die gesammelten Informationen an das AISD weiterzuleiten (vgl. Tamrat 2010: o.S.)

5.7.3 Zusammenfassung

Über die Einrichtung von staatlichen Investitionsbehörden wurden die Aufgaben und Zuständigkeiten im Rahmen der Landnahmen zunehmend zentralisiert, mit dem Ziel, Investitionen in Land schnell und effektiv abwickeln zu können.

5.8 Kategorisierung von Land

5.8.1 Die Landrechtssysteme Äthiopiens

Es gibt drei Arten von Landrechtssystemen in Äthiopien. Das am weitesten verbreitetste System ist das *Administrative-based System*. Unter diesem System haben berechnete Familien Anspruch auf eine beschränkte Fläche an Land. Mit diesem System steht vermehrt Verpachtungsrecht in Verbindung. Das *Market-based System* tritt in Erscheinung, wenn die Nachfrage nach Land das Angebot übersteigt, was in vielen Gebieten Äthiopiens passiert. Genutzt wird dieses Land üblicherweise in Form von geteilter Pacht oder durch kurze

Verträge in Verbindung mit einem limitierten und spezifischen Verwendungszweck. Diese Rechte sind üblicherweise nicht übertragbar und das Land hat kaum Brachzeiten. Das *Customary-based non-market arrangement* ist das vorherrschende Modell im Tiefland, wo viele der aktuellen Landnahmen stattfinden. Es geht meist um den Anspruch auf angestammtes Land, wobei Erbrechte dieses System dominieren. Es gibt viele Variationen dieses Systems, abhängig von der ethnischen Zugehörigkeit der Bevölkerung und dem Ort (vgl. The Oakland Institute 2011: 12).

Außerdem gibt es noch Rechte auf gemeinschaftlich genutzte Ressourcen, die zum Weiden, Fischen oder für spirituelle Zwecke verwendet werden. Typischerweise werden diese Ressourcen durch Gewohnheitsrecht verwaltet, wobei der Eingriff seitens des Staates in diese Prozesse jedoch minimal ist. Obwohl die Verfassung den Schutz der Viehhalter und Viehhalterinnen garantiert, werden deren Rechte wie der gemeinschaftliche Landzugang von den Regierungspolitiken für gewöhnlich ignoriert. Es häufen sich Berichte über Viehhalter und Viehhalterinnen, die Land verlieren oder keinen sicheren Zugang zu Land haben (vgl. The Oakland Institute 2011: 12).

Die unzureichende Definition von Landrechten führt zur mangelnden Wahrnehmung der Rechte der betroffenen Bevölkerung. Insbesondere in Äthiopien sind die Landbesitzverhältnisse nicht klar definiert und in der Praxis existieren viele Mischformen von staatlich formellen und staatlich anerkannten (informellen) Landrechtssystemen. Das äthiopische Land gehört formell der Regierung und einzelne Bauern und Bäuerinnen haben oft nur traditionelle und gewohnheitsrechtliche Nutzungsrechte und damit keinen formellen Landtitel. Sobald jedoch ein Investor einen Landtitel beantragt, ist er im Recht gegenüber den titellosen Kleinbauern und -bäuerinnen, deren traditionelle Rechte gesetzlich nicht verankert wurden. Damit ist eine Enteignung bzw. Vertreibung der Besitzer, Besitzerinnen, Nutzer und Nutzerinnen zumindest im Sinne formeller Gesetze rechtens (vgl. Lay/Nolte 2011: 2f.).

5.8.2 Land Certification Policy

Die meisten Menschen in Afrika haben keine Zertifikate für ihr Land und es wird geschätzt, dass nur 2 bis 10% des afrikanischen Landes unter formalen Besitz fallen (vgl. Cotula 2011: 33).

Viele Jahre haben die Weltbank und andere internationale Organisationen die Bemühungen der Regierung Äthiopiens zur Verbesserung der Landbesitzverhältnisse unterstützt. „*Land certification is the process by which property rights are formalized through the registration of*

property in order to improve tenure security“ (The Oakland Institute 2011: 13). Die äthiopische Regierung versucht, Landnutzungsrechte durch Titelvergaben zu stärken (Land Certification Policy). Durch die Titelvergabe wird Sicherheit für 99 Jahre garantiert und der Titel kann an Familienmitglieder vererbt werden, bleibt aber unverkäuflich (vgl. Ziegler 2005: 14f.). „*Improving tenure securities is essential to ensure that people can invest in their land, and to enable them to temporarily leave their land without it being redistributed.*“ (ebd.: 20) so Jean Ziegler und betont damit die Wichtigkeit der Sicherheit, Land temporär verlassen zu können. Eine Weltbank-Studie aus dem Jahr 2008 kommt zu dem Ergebnis, dass Land-Zertifizierungen unter anderem Konflikte reduziert und nachhaltige Landnutzung fördert (vgl. World Bank Group 2010: o.S.).

Die Regierung Äthiopiens hat zwischen 2003 und 2010 zahlreiche Programme durchgeführt, um die Landnutzungsrechte von Kleinbauern und –bäuerinnen durch die Vergabe von Landtiteln festzulegen. Sie sollen dazu dienen, die Bauern und Bäuerinnen vor Enteignung zu schützen (vgl. Makki/Geisler 2010: 10). 2010 gab es allerdings erst in vier Regionalstaaten Äthiopiens, nämlich Amhara, Oromia, Tigray und Southern Nations, Nationalities and Peoples (SNNP), Gesetze, welche die Landrechte in Kraft setzten und in denen der Prozess der Vergabe von Landbesitzzertifikaten an Kleinbauern und Kleinbäuerinnen weiterentwickelt und fortgesetzt wurde, um das in der Verfassung festgeschriebene Recht auch in der Praxis anwendbar zu machen (vgl. Tamrat 2010: o.S.; vgl. Reisenberger 2011: 14).

Fakt ist jedoch, dass diese Prozesse der Registrierung keinen Schutz vor Vertreibung bieten. In den fünf anderen Regionalstaaten Äthiopiens – Afar, Somali, Benishangul-Gamuz, Harari und Gambella - fehlen die institutionellen Kapazitäten, um diesen Prozess umsetzen zu können. Es wurden noch keine Durchführungsgesetze verabschiedet (vgl. Reisenberger 2011: 14). Das Oakland Institute (vgl. 2011: 13) konnte keine Hinweise auf Zertifizierungsanstrengungen seitens der Regierung finden: „*OI did not find evidence of any large-scale effort at land certification in the other regions, most of which continue to rely on traditional forms of tenure*“. Das bedeutet, in rechtlicher Hinsicht gesprochen, dass jene Bauern und Bäuerinnen, die bisher noch nicht mit Landzertifikaten ausgestattet wurden, keinen Anspruch auf Entschädigung haben (vgl. Tamrat 2010: o.S.).

Ein weiterer Faktor, der die Umsetzung der Registrierungsprozesse für die Regierung erschwert, ist die Tatsache, dass auf diesen Gebieten vorwiegend Hirten und Nomaden leben (pastorale Gesellschaften), welche das Land nutzen. In Ermangelung detaillierter Landadministrationsrechte in den fünf Regionalstaaten Afar, Somali, Benishangul-Gamuz,

Harari und Gambella, ist nicht klar, wie die im Rahmen der äthiopischen Verfassung an Bauern und Bäuerinnen und Viehhalter und Viehhalterinnen vergebenen Landbesitz-Rechte in die Regionalstaaten implementiert werden sollen (vgl. Lavers 2011: 15; vgl. Tamrat 2010: o.S.). Das Fehlen von regionalen Implementierungs-Gesetzen in vier den neun Regionalstaaten Äthiopiens, stellt für die formale Anerkennung der Landnutzungsrechte eine bedeutende Einschränkung dar. Vor allem pastorale Gemeinden sind davon betroffen, die überwiegend in diesen Regionen zu Hause sind und 15% der ländlichen Bevölkerung Äthiopiens ausmachen (vgl. Tamrat 2010: o.S.).

5.8.3 Mythos leeres Land

Einer der Hauptgründe für Afrikas Attraktivität für Investoren ist die wahrgenommene Fülle an freiem Land: „*The African continent is perceived to neglect its agricultural potential and many investors therefore consider Africa to be well suited for new rural investments.*“ ((Friis/Reenberg 2010: 6). Ein Manager eines privaten Investment Fond erklärte sein Interesse an Afrika folgendermaßen: „*Africa has most of the underutilised fertile land in the world*“ (Jung-a et al. 2008: o.S.).

Obwohl die äthiopische Regierung versichert, dass bereits genutztes Land durch die ländliche Bevölkerung nicht an Investoren verpachtet wird, betont sie gleichzeitig immer wieder die positiven Effekte von Kooperationen mit ausländischen Investoren (vgl. Dritte Welt im Ausverkauf 2011). Ein Sprecher der äthiopischen Regierung äußert sich wie folgt dazu:

„*Ethiopia has fertile land, of which only 15% is currently in use – mainly by subsistence farmers. Of the remaining land, only a small percentage – 3 to 4% - is offered to foreign investors. Investors are never given land that belongs to Ethiopian farmers.*“ (Vidal 2010: o.S.).

Die äthiopische Investitionsagentur hat das gesamte bisher verpachtete Land als „nicht genutztes Land“ kategorisiert: „*In Ethiopia [...] all land allocations recorded at the national investment promotion agency are classified as involving „wastelands“ with no pre-existing users.*“ (Cotula et al. 2009: 62). Hier stellt sich die Frage, was unter „nicht genütztem Land“ zu verstehen ist. Das Global Agro-ecological Assessment, deren Arbeit auf der Grundlage von Satellitenaufnahmen basiert, geht davon aus, dass 80% der globalen Reserven an landwirtschaftlichem Land in Afrika und Südamerika liegen. Schätzungen aus dem Jahr 1995-1996 belaufen sich auf 807 Millionen Hektar kultivierbares Land in Afrika, von denen 197

Millionen Hektar kultiviert werden. Aktuelle Schätzungen belaufen sich auf über 227 Millionen Hektar. Es ist aber nicht klar, inwieweit hier auch Land, das unter Wanderfeldbau und Brachezeit fällt, inkludiert ist. Rechnet man brachliegende Flächen und kultivierte Flächen zusammen, so kommt man auf eine Schätzung von 227 Millionen Hektar bis zu einem Maximum von 1.182 Millionen Hektar – einer Summe, die weiter höher ist, als Land, dass als „verfügbar“ kategorisiert wurde (vgl. Cotula et al. 2009: 59f.).

Lavers kommt zu dem Schluss, dass „ungenutztes Land“

„[...] may include land objectively unused for any human purpose and land used by people for purpose considered insufficiently productive or invisible to the state (e.g. pastoralism and shifting cultivation).“ (Lavers 2011: 2).

Konzepte, wie „marginal¹¹“, „underutilised¹²“, „abandoned¹³“, „available¹⁴“, „idle¹⁵“ or „waste¹⁶“ Land, welche die Nachfrage der Investoren nach Land befriedigen sollen, müssen daher kritisch hinterfragt werden. Das gesamte Landkontingent, das von der äthiopischen *National Investment Promotion Agency* erfasst wurde, wurde als „Ödland“ kategorisiert ohne vorbestehende Besitzer. Diese formale Einschätzung muss jedoch hinterfragt werden, in einem Land, in dem der Großteil der Bevölkerung am Land lebt (vgl. Cotula et al. 2009: 62; vgl. GTZ 2009: 22).

Seyoum Habtemariam vom Äthiopischen Menschenrechtskomitee sagte in einem Interview vom August 2011, dass es in ganz Äthiopien kein ungenutztes Land gibt:

„Das ganze Land wird genutzt. Mal dient es dem Wanderfeldbau, mal der Beweidung durch die Viehzüchter und der Nutzung der Wälder. Es gibt kein freies, ungenutztes Land in Äthiopien“ (Seyoum 2011: o.S).

¹¹ „Marginal land“ bedeutet, dass es sich um Land mit niedriger Produktivität handelt, dass aufgrund seiner natürlichen Beschaffenheit wie Klima, Bodeneigenschaften usw., schwer zu kultivieren ist. Marginalität bedeutet aber nicht, dass das Land nicht benützt oder verbessert werden kann. Dieses Land wird oft als Weideland oder als Anbaufläche für Nahrungspflanzen benützt (vgl. GTZ 2009: 22).

¹² „Underutilised land“ bedeutet soviel, wie „nicht genutztes“ Land. Es ist gekennzeichnet von der Tatsache, dass seine Produktionskapazitäten nicht voll ausgeschöpft werden (vgl. GTZ 2009: 22).

¹³ „Abandoned land“ ist „verlassenes“ Land, dass zuvor verwendet und bewirtschaftet wurde, aber jetzt, aufgrund von politischen und marktbezogenen Entwicklungen, verlassen ist (vgl. GTZ 2009: 22).

¹⁴ „Available land“ bedeutet, dass das Land von der Regierung für die Investoren „verfügbar“ gemacht wird. Der Prozess zur Bestimmung, welches Land verfügbar ist oder nicht, variiert stark je nach Region und Regierung. Die Kriterien sind nicht konsistent (vgl. The Oakland Institute 2011: 3 & 25).

¹⁵ „Idle Land“ bezieht sich wie „marginal land“ auf das Produktivitätsniveau und nicht auf die Nutzung der vorhandenen Ressourcen (vgl. Cotula et al. 2009: 62).

¹⁶ „Waste land“ bedeutet so viel wie Ödland, ohne bereits vorhandene Benutzer und Benutzerinnen (vgl. Cotula et al. 2009: 62).

Zu dieser Einschätzung kommt auch Michael Tylor von der International Land Coalition (ILC):

„If land in Africa hasn't been planted [...] it's used to graze livestock or deliberately left fallow to prevent nutrient depletion and erosion. [...] there is no land in Ethiopia, that has no owners and users.“ (Vidal 2010: o.S).

Gegen die Behauptung, dass Äthiopien eine geringe Bevölkerungsdichte aufweist und das Land daher so attraktiv für Investoren ist, sprechen die demografischen Daten, die einen Einblick über die Entwicklungen an verfügbarem Land geben und einen Wachstumstrend der Bevölkerungszahlen in den letzten Dekaden in vielen Teilen Afrikas aufzeigen. Die durchschnittlichen Bevölkerungswachstumsrate betrug 2,14% im Zeitraum 1950-55 in Afrika südlich der Sahara, von 2000-2005 lag sie bei 2,49%, obwohl andere Hochrechnungen einen Rückgang der Rate in den nächsten Jahrzehnten prophezeien (runter auf 1,68% im Zeitraum von 2030-35). Als Ergebnis des demografischen Wachstums ist die Bevölkerungsdichte wesentlich gestiegen.

Auch in Äthiopien ist die Bevölkerungsdichte deutlich gestiegen, wenn sie im Zusammenhang mit für den Anbau geeigneten Flächen steht (und nicht für die gesamte Fläche eines Landes). Waren es in Äthiopien im Jahr 1950 noch 17 Einwohner pro Quadratkilometer, so waren es 2000 bereits 59 Einwohner pro Quadratkilometer und für 2050 werden 157 Einwohner pro Quadratkilometer prognostiziert. Es gibt ebenfalls einen großen Unterschied zwischen der totalen Landfläche eines Landes und der Netto-Landfläche unter der geeignete Flächen verstanden werden, abzüglich der Summe von kultiviertem und besiedeltem Land, inklusive Wald- und Schutzgebieten(vgl. Cotual et al. 2009: 60f.).

5.8.4 Zusammenfassung

Großflächige Investitionen in Land erhöhen nicht nur die Abhängigkeit vom Weltmarkt, sondern führen auch zur Verschärfung von Landkonflikten und zur Verdrängung und gewaltsamen Vertreibung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, Nomaden und Fischern (vgl. FIAN 2010: 2). Ihre Legitimation erhält diese Jagd nach Land durch Studien, die im Rahmen des Agrartreibstoffbooms gewaltige Flächen mit fragwürdigen Methoden als ungenutzt oder marginale Flächen identifiziert haben (vgl. Deutsche Bank 2009: 1ff.). Ihr übriges dazu beigetragen haben auch lokale Regierungen, die solche Klassifizierungen vorgenommen haben. Wie der Maßstab für die Bewertung von „ungenutztem“ Land auch

angelegt sein mag: Fakt ist, dass viele der „ungenutzten“ Flächen Gemeindeland sind und eine zentrale Aufgabe im lokalen Ernährungssystem haben (vgl. FIAN 2010: 2).

Auch wenn ein Land eine positive Nettoland-Balance aufweist, sollte die Verfügbarkeit von Land nicht als garantiert angesehen werden, gerade nicht in Afrika. Selbst dort, wo Land als unzureichend genutzt wird und reichlich vorhanden zu sein scheint, wird es wahrscheinlich dennoch von jemandem in Anspruch genommen. Aggregierte Zahlen über die Verfügbarkeit von Land erzählen immer nur einen Teil der Geschichte.

Die verwendeten Konzepte von „available“, „idle“ oder „waste“ Land werden dazu verwendet, die Zuweisungen von Land an Investoren zu rechtfertigen. In Äthiopien wurde das gesamte Land, das von der nationalen Investitionsförderungsagentur erfasst wurde, als "Ödland" mit keinem bereits bestehenden Benutzer klassifiziert. Diese formale Klassifizierung lässt Fragen offen, in einem Land, in dem der überwiegende Teil der Bevölkerung von 75 Millionen in ländlichen Gebieten lebt. Gesammelte Beweise von Studien vor Ort lassen darauf schließen, dass Land aus der Benishangul Gumuz und der Afar-Region an Investoren vergeben wurde, die nachweislich für den Wanderfeldbau und für die Beweidung verwendet wurden (vgl. Cotula et al. 2009: 62).

In anderen Worten, zielen die Landkategorisierungskonzepte vielmehr auf die Beurteilung der Eignung hinsichtlich der Produktivität von Land ab, als auf die Existenz der Landnutzung durch die Bevölkerung. Die Begriffe beziehen sich oft nicht auf ungenütztes Land, aber auf Land, dass seitens der Regierung nicht als produktiv gewertet wird (vgl. Cotula et al 2009: 62). Tatsächlich ist es aber so, dass von der Regierung als „Ödland“ eingestuftes Land der ländlichen Bevölkerung als Überlebensquelle dient. Daraus lässt sich schließen, dass es dadurch zur Verletzung der zugesicherten Rechte für die ländliche Bevölkerung kommt.

Auch während der italienischen Besetzung bestätigte Maugini Armando das großartige landwirtschaftliche Potential des Empires: „*The optimistic impressions [...] to the new territory are reinforced more than ever. [...] we have colonies that will guarantee positive results [...]*“ (Larebo 1994: 76). Allerdings betrachtete Maugini den Mangel an ausreichendem leeren Land als das Haupthandikap für Italiens ambitioniertes Kolonialisierungsprogramm (vgl. ebd.: 76). Die Lösung des Landproblems sah Maugini in der Umwandlung von Grundstücken, die dem Ex-Kaiser oder Rebellen gehört hatten, oder solche, die von den Äthiopiern und der Kirche beschlagnahmt wurden, in „domanial land“, also

staatliches Land. Das entsprach den generellen Vorgehensweisen der Italiener in anderen Kolonien. Allerdings befürchtete Maugini Probleme und forderte daher:

„*Domanial lands, in order to be disposable for colonization, should be freed from their life-long sharecroppers, which raises a delicate problem that is not only economic, but above all political and social.*“ (ebd.: 76).

Um die Schaffung von staatlichem Land voran zu treiben, wurde Caroselli, ein Experte für koloniale Angelegenheiten und Gouverneur von Somalia (1938-41), beauftragt, einen Plan für eine Five-Man Land Survey Commission zu erstellen, mit dem Ziel, die notwendigen ökonomischen und rechtlichen Daten über Flächennutzung und äthiopischen Besitz zu sammeln. Allerdings stand die Kommission vor zahlreichen Problemen wie hohe Kosten und fehlendes oder schlecht ausgebildetes Personal. Der Großteil des Plans sollte in Zusammenarbeit mit dem lokalen landwirtschaftlichen Büro umgesetzt werden, dem *Ispettorato dell'Agricoltura*, das 1937 gegründet wurde. Das Büro litt allerdings unter einem Arbeitskräftemangel, sowohl als auch eine Führungskraft fehlte und als es 1938 seine Pforten schloss, war es vor allem mit seinen personellen Problemen beschäftigt. Der Hauptgrund für sein Scheitern lag allerdings in der fehlenden Definition seines Handlungsfeldes und so waren Überschneidungen mit den Aufgabengebieten der *Reclamation and Agricultural Colonization Unit* vorprogrammiert, unter denen deren Aktivitäten litten (vgl. Larebo 1994: 78). So ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Daten der Kommission zum Landbesitz nicht sehr aussagekräftig waren, auch wenn sie sehr aufschlussreich waren. Daher schrieb die Kommission, anstatt eine neue Politik einzuführen, Praktiken fest, die schon zuvor in Kraft getreten waren und die dem äthiopischen Staat einen rechtlichen Rahmen boten, um mit der Politik der Landvergrößerung fortfahren zu können. Diese Art von Politik beruhte auf politischer Zweckdienlichkeit, als auf eine klare und maßgebende Landpolitik (vgl. ebd.: 79). Auch wenn es keine präzisen Informationen in Bezug auf Qualität und Quantität der damals erhobenen Daten gibt, so lassen die Ergebnisse auf mehrere Tausend Hektar Land schließen, die von der Bevölkerung konfisziert wurden. Berichten zufolge waren es in Lake Tana 1.000.000 Hektar, in Achäfar und Wagerat 180.000 Hektar. In Härär waren es Ende 1937 80.000 Hektar und in Däräsa (subdistrict Galla und Sidamo) 49.655 Hektar. Obwohl es eine Menge an Land gab, wie Maugini richtig erkannt hatte, so war es kein leeres Land, aber dünn besiedelt und intensiv kultiviert. Ein Großteil davon konnte nicht profitabel kommerziell genutzt werden. Der Schutz der äthiopischen Interessen und die Entwicklung der Siedler-Landwirtschaft blieben schwer miteinander vereinbar (vgl. Larebo 194: 81).

Obwohl in der Verfassung Äthiopiens die Rechte in Bezug auf den Landbesitz von pastoralen Gemeinschaften und von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen geregelt sind, behält sich die Regierung das Recht vor, die Landnutzungsrechte in ihrem Sinne an private ausländische und regionale Investoren zu transferieren, wenn ein übergeordnetes Entwicklungsziel es als notwendig erscheinen lässt. Aufgrund dieses Staatsmonopols auf Land, gibt es keine gesicherten Landbesitzrechte. Die neun Regionen Äthiopiens agieren weit gehend autonom, wenn es um die (unabhängige) Verwaltung von Land geht, was in der föderalen Staatenstruktur Äthiopiens begründet ist (vgl. Tamrat 2010: o.S.).

In Bezug auf die großflächigen ausländischen Direktinvestitionen in Landflächen heißt das, dass laut Regierung nur „ungenutztes“ Land für ausländische Investoren frei gegeben wird, was aber auf Grund der besonderen Lebensweisen der pastoralen Gemeinschaften nicht überprüft werden kann. Das Potential der Ressource Land stellt eine große Möglichkeit für Äthiopien dar, verstärkt in den globalen Wirtschaftsmarkt einzusteigen, was aber umso leichter auszubeuten ist, da der Staat Eigentümer aller Böden ist (vgl. Dritte Welt im Ausverkauf 2011).

5.9 Schlüsse aus der politisch-ökologischen Perspektive Äthiopiens

Zunächst wird klar, dass sich Annahmen zur kolonialen Verankerung von Landverhältnissen auf Äthiopien, das im engen Sinne keine Kolonie war, nicht einfach 1:1 übertragen lassen. Das Fallbeispiel Äthiopien verdeutlicht, dass eine Analyse nicht ohne einen spezifischen historischen Kontext auskommen kann, denn zu unterschiedlich sind die kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Gegebenheiten und Hintergründe der afrikanischen Länder. Es waren aber nicht nur die Kolonialmächte, welche Äthiopien beeinflusst haben, sondern auch transnationale Unternehmen des Kolonialzeitalters haben ihr übriges getan, wie zum Beispiel die Entwicklungen im Zuckerrohrsektor zeigen.

In der historischen Entwicklung gebührte das Landnutzungsrecht den Individuen und Gemeinden, wenn sie Steuern auf die Erträge dessen zahlten, was sie aus der Landnutzung erwirtschafteten (vgl. Engels/Dietz 2011: 412). Viele lokale äthiopische Landnutzer und Landnutzerinnen sind der Meinung, dass dieses Konzept auch heute noch Bestand hat (vgl. Rahmato 2011: 21). Die sich überlagernden Besitzverhältnisse und Nutzungsrechte, welche regional unterschiedlich und historisch gewachsen sind, bestehen auch heute noch fort (vgl. The Oakland Institute 2011: 10ff.).

Der Anspruch, Land als privates Eigentum zu besitzen, entwickelte sich erst im 20. Jahrhundert mit dem Voranschreiten der kapitalistischen Vergesellschaftung. *Landgrabbing* im Sinne der Umnutzung von großflächigen Landflächen für die kommerzielle Landwirtschaft stellt eine „[...] *Zuspitzung eines historischen Prozesses der Durchsetzung kapitalistischer vergesellschafteter Naturverhältnisse dar.*“ (Engels/Dietz 2011: 412). Dort wo große Landflächen für Investoren frei gegeben werden, gibt es in der Regel keine Mehrfachrechte mehr, wodurch das Recht auf die Natur exklusiv wird. Die politische Argumentationslinie der Regierung folgt der Kommerzialisierung, also der in-Wert-Setzung von Land. Über steigende Exporteinnahmen oder Arbeitsplatzbeschaffung beispielsweise soll Ernährungssicherheit in Äthiopien geschaffen werden, indem der Staat Deviseneinnahmen erhält und die lokale Bevölkerung Arbeitslöhne, mit dem Lebensmittel gekauft werden können, anstatt sie selbst zu produzieren (vgl. ebd.: 412).

Landgrabbing ist also keine neue Erscheinung, wie das Beispiel Äthiopien zeigt. Die Nutzung sowie die Besitzverhältnisse von Land haben sich historisch gesehen, immer an politische und soziale Macht- und Herrschaftsverhältnisse gekoppelt verändert. Die gegenwärtigen Investitionen in äthiopisches Land unterscheiden sich jedoch von früheren Landnahmen in einigen wesentlichen Merkmalen: das Engagement von Schwellenländer aus dem globalen Süden in Äthiopien, wie zum Beispiel Saudi-Arabien und Indien, sowie der Anbau von *cash crops*, welche die Nahrungsmittelsicherheit der investierenden Herkunftsländer absichern sollen (vgl. Engels/Dietz 2011: 413).

Bereits im 19. Jahrhundert waren die Landnutzungsverhältnisse im Norden des heutigen Äthiopiens im *rist*-System ein Spiegel sozialer Verhältnisse, wo die Landverteilung innerhalb eines Dorfes nicht gleich war – es hing davon ab, was der Dorfälteste als fairen Anteil sah (vgl. Pausewang 1977: 19). Als das Konzept des Landbesitzes eingeführt wurde, bestimmten die zu diesem Zeitpunkt gerade vorherrschenden Machtverhältnisse, „[...] *wessen bzw. welches der bestehenden Nutzungsrechte zum Besitz wurde.*“ (Engels/Dietz 2011: 413). Aus dieser Perspektive stellen die Landbesitzverhältnisse die Festschreibung einer spezifischen historischen Konstellation dar. Die Verstaatlichung von Land im Zuge der Landreform 1975 spiegelte die Macht des Derg wieder, sowohl als auch den Einfluss der Studenten und Studentinnen. Obwohl auch heute noch gilt, dass der Staat unter der EPRDF der alleinige Eigentümer von Land ist, kommt es im Zuge der *Landgrabbing*-Prozesse erneut zu einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse, indem Akteuren das Recht auf exklusive Nutzung von großen Landflächen zugesprochen wird. Auch bei Analysen heutiger Veränderungen in Bezug

auf Landnutzung ist danach zu fragen, welche Individuen oder soziale Gruppen von veränderten Landbesitzansprüchen profitieren (vgl. ebd.: 413f.).

Im Falle Äthiopiens diene in allen historischen Phasen die Landpolitik der Absicherung und Etablierung von Herrschaft. Menelik II vergab bei der Eroberung der südlichen Gebiete Land an Soldaten, die ihm gegenüber loyal waren; bei der Landreform 1975 versuchte sich der Derg die Unterstützung der bäuerlichen Bevölkerung und der Studierenden zu sichern; heute versucht die EPRDF, die Landvergabe über die (machtvollen) Parteistrukturen bis auf die lokale Ebene hin abzusichern. Aus der politisch-ökologischen Perspektive stellen die Veränderungen in der Landpolitik Äthiopiens vor allem Folgendes dar: die Fortführung einer laufenden Durchsetzung kapitalistisch vergesellschafteter Naturverhältnisse, sowie die Absicherung politischer Herrschaft (vgl. Engels/Dietz 2011: 414f.).

Das Ziel dieser politisch-ökologischen Analyse war es, die Transformationen der äthiopischen Landnutzung und des Landbesitzes aufzuzeigen, bei der im Mittelpunkt das Verhältnis von Natur und Gesellschaft steht. Im Vordergrund stehen dabei jene Strukturen, Praktiken und Institutionen, die dieses Verhältnis vermitteln. Aus dieser Sicht sind Macht- und Herrschaftsverhältnisse für die Analyse von Landnutzungsfragen von entscheidender Bedeutung.

6 Überproportionales Langrabbing in Oromia

6.1 Einleitung und Überblick

Das Land des oromischen Volkes heißt Oromia und ist flächen- und bevölkerungsmäßig die größte der neun Regionen Äthiopiens. Mit einer Fläche von 600.000 km² erstreckt es sich von den Grenzen mit Sudan und Somalia (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker 2005: o.S.), teilt Äthiopiens südwestliche Staaten vom Rest des Landes und umgibt die Hauptstadt Addis Abeba (vgl. Human Rights Watch 2005: 7).

Die Oromo sind ein Volk des Südens und mit ungefähr 31 Millionen Personen machen sie rund 40% der äthiopischen Bevölkerung aus¹⁷(vgl. ebd.: 3). Oromia ist ein Gebirgsland mit zahlreichen Seen und Flüssen und der Geburtsort des Kaffees, wo auch heute noch 80% des

¹⁷ Es ist ein politisches Tabu in Äthiopien über die Größe des Oromo Volkes zu sprechen. Daher ist es schwierig, die exakte Bevölkerungszahl zu nennen. Viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen stimmen überein, dass die Oromo die größte nationale Bevölkerungsgruppe im Horn von Afrika sind. Die Oromo werden auf mehr als die Hälfte der 54 Millionen Einwohner Äthiopiens geschätzt (vgl. Jalata 1998: 23). Holcomb und Ibssa behaupten, dass die Oromo mehr als 60% der heutigen äthiopischen Bevölkerung ausmachen (vgl. Holcomb/Ibssa 1990: 3). Human Rights Watch (vgl. 2005: 7) spricht von 32% Oromo, d.h. von 23 Millionen Menschen (diese Schätzung basiert auf dem Nationalen Zensus von 1994).

Kaffeeexports produziert wird. Das Land ist außerdem reich an Gold, Eisen, Marmor, Platin und Nickel und produziert Felle, Leder, Hülsenfrüchte und Samen-Öl und besitzt 3/4 des Viehbestandes vom Horn von Afrika. Diese Tatsachen allein erklären bereits die strategische Wichtigkeit des Landes (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker 2005: o.S.).

Die Bevölkerung Oromias ist ethnisch gesehen sehr unterschiedlich, obwohl die Mehrheit der Menschen, die in Oromia leben, Oromo sind. Sie unterscheiden sich in ihrer Geschichte, Religion und Tradition, aber das oromische Volk teilt eine gemeinsame Sprache, nämlich das *Afan Oromo* und darüber hinaus einen starken Sinn für ethnische und nationale Identität (vgl. Human Rights Watch 2005: 7).

Der Oromo-Nationalismus hat sich als Antwort auf die schwierige und oftmals feindliche Beziehung mit dem äthiopischen Staat entwickelt. Vieles von dem, was nun Oromia ist, wurde mit Gewalt in das Amhara-dominierte äthiopische Empire zu Ende des 19. Jahrhundert inkorporiert. Während der Kaiserzeit war das Volk der Oromo umfassenden Repression ausgesetzt (Human Rights Watch 2005: 7).

Seit ihrer Eingliederung in das damalige expandierende äthiopische Reich am Ende des 19. Jahrhunderts werden die Oromo marginalisiert. Oromo-Nationalisten und Nationalistinnen bezeichnen diese Eingliederung als Kolonialisierung und verurteilen die daraus resultierende Unterdrückung der Selbstbestimmung (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker 2005: o.S.). Die Machthaber in Addis Abeba wandten eine Politik der erzwungenen kulturellen Assimilation an und setzten Schritte, um die oromische Kultur zu unterdrücken¹⁸, inklusive der Einschränkung des Gebrauchs und der Entwicklung des *Afan Oromo* (vgl. Human Rights Watch 2005: 7).

Haile Selassie (1892 – 1975), der letzte äthiopische König, wurde 1974 vom Militär zu Fall gebracht. Aber der Derg, jene äthiopische Militärjunta, die die Kontrolle über das Land ausbaute, entwickelte sich schnell zu einer extrem brutalen Diktatur, welche die Unterdrückung der Oromo fortsetzte (vgl. Human Rights Watch 2005: 7f.). Auch nach dem

¹⁸Die imperiale äthiopische Regierung hielt die Kontrolle über die großflächigen Gebiete aufrecht, indem sie ein repressives Regierungssystem einführte, welches einer großen Gruppe von nicht oromischen Siedlern Macht auf lokalem Niveau garantierte, was normalerweise als *neftegna* bezeichnet wurde („neftegna“ kommt aus dem Amharischen und bedeutet „Besitzer und Träger einer Waffe (neft). Der Begriff wurde verwendet, um die bewaffneten abessinischen Siedler zu beschreiben, die in den kolonialisierten Gebieten erschienen, um Land für sich zu beanspruchen und sie spielten eine Rolle bei der Gründung des äthiopischen Staates (vgl. Holcomb/Ibssa 1990: x). Weil die Oromo nach deren Inkorporation in den äthiopischen Staat einen so großen Teil der äthiopischen Bevölkerung ausmachten, behandelten die äthiopischen Autoritäten auch nur den kleinsten Ausdruck von einem oromischen nationalen Bewusstsein als eine potentielle Bedrohung der territorialen Integrität des Empires und der Dominanz der herrschenden amharischen Elite. Viele Oromo betrachten ihre Absorption in den äthiopischen Staat als eine Form der kolonialen Eroberung (vgl. Human Rights Watch 2005: 7).

Kollaps des Dergs 1991, kultivierten regionale Autoritäten in Oromia das Klima der Angst und Unterdrückung, indem sie die staatliche Macht dafür nützen, jene Menschen zu bestrafen, die von der von der Regierung vorgegebenen Linien abwichen (vgl. ebd.: 1).

Diese Unterdrückung der Oromo, welche im späten 19. Jahrhundert begann, findet heute ihre Fortsetzung. Die äthiopische Regierung verpachtet vor allem Land aus dem südlichen Äthiopien und hier vor allem aus Oromia, an ausländische Investoren. Die Oromo sehen darin eine gezielte Maßnahme gegen ihr Volk und andere marginalisierte, südliche Bevölkerungsgruppen. Sie sehen die heutigen Prozesse des *Landgrabbing*s als eine Fortführung der als kolonial wahrgenommenen Ausbeutung der Oromo durch die nördlichen Völker Äthiopiens (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker 2005: o.S.).

In den nachfolgenden Kapiteln möchte ich der Frage nachgehen, inwieweit Oromo heute tatsächlich überproportional von *Landgrabbing* betroffen ist und ob die Ursache dafür tatsächlich in der historischen Vergangenheit, ab dem 19. Jahrhundert, die im Zusammenhang mit Marginalisierung und Ausbeutung der Oromo steht, zu suchen ist.

Zunächst werde ich den historischen Kontext beleuchten, der das Verhältnis zwischen dem Volk der Oromo und der äthiopischen Regierung seit dem späten 19. Jahrhundert geprägt hat. Dies soll die Plausibilität der Vorwürfe der Oromo-Nationalisten und –Nationalistinnen betreffend der Unterdrückung ihrer Identität und des *Landgrabbing*s nachvollziehbar machen. Anschließend werde ich die aktuelle Situation in Bezug auf *Landgrabbing* näher beleuchten, um heraus zu finden, ob Oromia tatsächlich überproportional von *Landgrabbing* betroffen ist.

Ich verfolge in den folgenden Kapiteln die These, dass Oromia tatsächlich überproportional von *Landgrabbing* betroffen ist und dass dieser Umstand seine Wurzeln in der Marginalisierung und Ausbeutung der Oromo seit dem späten 19. Jahrhundert hat. *Landgrabbing* kann also im Falle der Oromo primär als Kontinuität des kolonialen Machtungleichgewichts zwischen den hegemonialen Bevölkerungsgruppen aus dem Norden und den kolonialisierten Bevölkerungsgruppen aus dem Süden gesehen werden, wobei auch der Einfluss der europäischen Kolonialmächte eine Rolle spielte.

Die Oromo Liberation Front, die Speerspitze der Oromo-Nationalisten und Nationalistinnen bezeichnet *Landgrabbing* in Oromia als „[...] *a crime against humanity*.“ (Jimma Times 2009: o.S.). Die Sichtweise der Oromo-Nationalisten und –Nationalistinnen, als eine fremdbeherrschte, aber eigenständige Nation, lässt das *Landgrabbing* in Äthiopien in einem ganz besonderen Licht erscheinen, da demnach Äthiopien selbst gar nicht von *Landgrabbing*

betroffen ist, sondern dass der Staat nur als eine Art Vermittler zwischen ausländischen Investoren und der „Kolonie“ Oromia fungiert.

6.2 Die Geschichte der Oromo ab dem 16. Jahrhundert und der Einfluss der amharischen Kultur

Die frühe Geschichte der Oromo, vor deren Eingliederung in das äthiopische Reich im 19. Jahrhundert, ist quellentekhnisch nur wenig belegt. Edward Ullendorf (vgl. 1998: 39f) meint, dass der ursprüngliche Lebensraum der Oromo vermutlich das Gebiet und das heutige Somalia war. Aufgrund der Expansion der somalischen Gesellschaft wurden die Oromo jedoch immer weiter ins Landesinnere getrieben und erreichten demnach die äthiopische Hochebene zwischen dem 15. und 16. Jahrhundert, bis sie in jenen Kern des Landes vorgedrungen waren, der unter Abessinien bekannt war:

„It was only in the fifteenth and sixteenth centuries that they began to penetrate into the Abyssinian highlands, and once they had ascended the fertile plateau they abandoned their way of life as nomadic herdsmen and became sedentary cultivators.“
(ebd.: 41).

Obwohl sie sich einen großen Teil ihrer traditionellen Kultur beibehielten, übernahmen und adaptierten sie selektiv große Teile der abessinischen Kultur in Abstimmung auf ihre Bedürfnisse. Solange die Oromo in ihrer Enklave blieben, waren sie imstande, einige Elemente ihrer traditionellen Kultur und daher ihre Besonderheit zu erhalten. In ausgenommenen Fällen jedoch, wo das oromische Volk in abessinische Hochburgen wie Gojjam und Begemder vordrangen, waren sie vollständiger in die amharische Gesellschaft integriert – oftmals durch Heirat mit Amharen und durch die Akzeptanz der christlichen Religion. Vor allem im späten 17. Jahrhundert und dem frühen 18. Jahrhundert nahm der politische Einfluss der Oromo im Amhara-Kern signifikant zu. Als der Staat in der Mitte des 18. Jahrhunderts letztendlich fähig war, sich zu rekonstruieren, gewannen die Amharen die Oberhand. Die aufeinanderfolgenden Kaiser – angefangen mit Tewodros 1855 bis zu Haile Selassie (1930–1936; 1941–1974) und mit der Unterstützung der europäischen und amerikanischen Kollaborateuren – unterdrückten die nationale Identität der Oromo für mehr als ein Jahrhundert (vgl. Keller 1998: 117) und setzten „amharisch“ gleich mit „äthiopisch“. Die amharische Identität wurde zur äthiopischen Identität.

6.2.1 Die Herrschaft der Amharen

„Amhara“ ist der Name jener Bevölkerungsgruppe aus der nordwestlichen Ecke Äthiopiens, der deckungsgleich mit dem alten Kaiserreich Abessinien ist. Während des *Scramble for Africa* eroberten die Amharen jenes Gebiet, welches schließlich zum Territorium des äthiopischen Empires von Menelik und Haile Selassies wurde (vgl. Baxter 1978: 283). Bis zum Sturz Haile Selassies 1974 bildeten die Amharen die traditionell regierende Elite. Die Amharen stellten nahezu den gesamten Anteil aller Inhaber politischer Ämtern dar und dominierten ebenfalls den Derg. Diese absolute politische und kulturelle Dominanz der Amharen führte dazu, dass in der öffentlichen Präsentation, Äthiopien als Staat mit einer mehr oder weniger einheitlichen Kultur dargestellt wurde, der er in Wahrheit aber nie war. Amharisch wurde und wird daher fälschlicherweise oft mit „äthiopisch“ gleichgesetzt (vgl. ebd.: 283f.).

1991 führte die sozialistische National-Demokratische Bewegung der Amharen den Sturz der kommunistischen Regierung der Demokratischen Volksrepublik Äthiopiens in Amhara herbei. Seitdem ist sie die einflussreichste Partei und zugleich auch Koalitionspartner der TPLF in der EPRDF. Die Oromo waren politisch gesehen zwar nie vereint, haben in ihrer Vergangenheit aber Widerstand gegen die amharische Herrschaft geleistet und viele Oromo haben in ihren Werten und rituellen Bräuchen Elemente ihres berühmten *gada*-Systems gepflegt und aufrecht erhalten (vgl. ebd.: 284).

6.2.2 Die Aufrechterhaltung der oromischen Werte – das Gada-System

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts lebten die Oromo frei und waren im *gada*-System organisiert, einem komplexen demokratischen und administrativen System, welches einen Rahmen für alle Bereiche des oromischen „way of live“ bot (vgl. The Advocates for Human Rights 2009: 4) und das letztendlich den Assimilierungsprozess der Oromo erleichterte. Obwohl es historisch gesehen keinen einheitlichen Oromo-Nationalstaat gab, war die nationale, oromische Identität eng mit dem *gada*-System verflochten. Die Oromo behaupten, dass *gada* ein klassisches Beispiel für die traditionelle, afrikanische Form von Demokratie sei. Legislative, Exekutive und richterliche Aufgaben waren voneinander getrennt, waren aber integrale Bestandteile eines "bundesweiten" Regierungssystems (vgl. Keller 1998: 116). Das *gada*-System basierte auf einem Generationen-System von acht-Jahres-Perioden. Zu jeder Zeit bestanden fünf *gada*-„Parteien“ oder Generationen-Gruppen. War man einmal im System, so dauerte es für jedes Individuum 40 Jahre, um den Zyklus abzuschließen. Die „Parteimitglieder“ wechselten alle acht Jahre von einem *gada*-Level zum nächsten. In jeder

gada-Phase wurden die „Mitglieder“ in Bereichen wie Oromo-Geschichte, militärische Strategie, Recht und Regierungsführung fortgebildet. Alle acht Jahre wurde ein neunköpfiges Präsidium, welches gerade das fünfte Level erreicht hatte, von den erwachsenen, männlichen Mitgliedern gewählt. Nachdem sie als Vorsitzende gedient hatten, wurden sie pensioniert, standen aber weiterhin als Berater den herrschenden Führer zur Verfügung (vgl. ebd.: 116). Bahrey, ein abessinischer Geistlicher, ortet in seinem Buch „A history of the Galla“ aus dem 16. Jahrhundert „[...] *luuba or gada as the organization which harnessed Oromo valour into an undefeatable force.*“ (Baxter 1978:284). Manche Oromo-Nationalisten und -Nationalistinnen versuchen, eine neue Form des *gada*-Modells weiter zu entwickeln, als Basis für die Gründung des gewünschten unabhängigen Oromo-Staates. Keller zufolge ist es zwar unwahrscheinlich, dass *gada* ein praktisches Modell darstellt, dass es mit der Komplexität eines modernen Nationalstaates aufnehmen kann, aber „[...] *it is an ideal mythical charter in which to enshrine Oromo values.*“ (ebd.: 285).

6.2.3 Die amharische Sprache

Auch wenn es unterschiedliche religiöse Überzeugungen und Traditionen innerhalb des oromischen Volkes gibt, so dient die Sprache der Oromo – *Afan Oromo* oder auch *Oromiffa* genannt - als gemeinsames und einigendes Band (vgl. The Advocates for Human Rights 2009: 60f.). Während der gesamten Geschichte Äthiopiens, forcierten die Machthaber in Addis Abeba eine Politik der erzwungenen kulturellen Assimilation und unternahmen die verschiedensten Schritte, um die oromische Kultur zu unterdrücken. Dazu gehörte auch die Einschränkung des Gebrauchs und der Entwicklung des *Afan Oromo* (vgl. ebd.: 60f.). Schon in der früheren Geschichte Äthiopiens galt flüssig Amharisch zu sprechen und einen amharischen Lebensstil zu haben, nahezu als Voraussetzung für einen Job in der Regierung. Für viele Beamte und Beamtinnen war zivilisieren gleichzusetzen mit „amharisieren“. Die amharische Sprache, vor allem dann, wenn sie in amharischer Schrift geschrieben wird, war und ist ein Symbol von nationaler Identität, sowie die Sprache der politischen Macht (vgl. Baxter 1978: 288).

Auch heute noch stellt die Verwendung des *Afan Oromo* ein Problem dar, auch wenn Oromo sehr weit verbreitet war und ist, denn es ist die „[...] *most widely-spoken language in the Horn of Africa* [...]“ (The Advocates for Human Rights 2009: 61). Trotz ihres weiten Gebrauchs-Raumes, dient sie als Unterscheidungsmerkmal zwischen Oromo und Amharen.

1994 stellte die EPRDF die Rechte der Oromo-Sprache wieder her, was allerdings auch gewisse Ungerechtigkeiten mit sich brachte: spricht eine Person *Afan Oromo*, so wird das dafür benutzt, Mitglieder der OLF-Partei zu identifizieren. Ironischerweise wird man als *Oromiffa*-Sprecher von Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten ausgeschlossen, die dann jenen Personen vorbehalten sind, die fließend Amharisch oder Englisch sprechen können (vgl. The Advocates for Human Rights 2009: 60f.). Auch wenn die Regierung mit der Adaption der äthiopischen Verfassung der oromischen Sprache einen gewissen Entwicklungsraum zugesprochen hat, indem es in Schulen, öffentlichen Verhandlungen und privater Kommunikation Verwendung findet, so bestätigten viele Oromo, dass sie ihre Sprache nicht uneingeschränkt verwenden können und in gewissen Situationen darauf verzichten, *Afan Oromo* zu sprechen (vgl. ebd.: 61). „*The major Oromo problem is loss of our culture, language, and country.*“ fasst ein männlicher Oromo die Problematik zusammen (ebd.: 60).

6.3 Die Ausdehnung des oromischen Einflussgebietes ab dem 16. Jahrhundert

Das äthiopische Reich wurde im 16. Jahrhundert von dem von *Ahmed B. Ibrahim al-Ghazi*, auch Mohammed Gran genannt (*granye* – „Linkshänder“), einem muslimisch-äthiopischen Herrscher der vorkolonialen Zeit, geführten Jihad erschüttert und verwüstet. Der von ihm geführte Eroberungsfeldzug gegen Äthiopien konnte zwar gestoppt werden, doch der Jihad ließ sowohl Muslime als auch Christen in einem geschwächten Zustand zurück. Diese Situation nutzten die Oromo um ihr Einfluss- und Siedlungsgebiet in den Norden und Nordosten auszudehnen und übernahmen wichtige Rollen innerhalb der äthiopischen Königtümer (vgl. Gnamo 2002: 107).

Äthiopien war seit jeher ein Zusammenschluss einzelner Königtümer die von einem König, dem sogenannten *negus*¹⁹ regiert wurden. Diese unterstanden wiederum der Zentralregierung des *Neguse Negest*, dem König der Könige, was oftmals mit Kaiser oder *emperor* übersetzt wird. Dementsprechend war das politische Leben im Reich geprägt von einem Machtkampf zwischen dem Kaiser und den ihm untergebenen Königen. War die Zentralregierung stark, so konnte sie ihren Einfluss in allen Königtümern geltend machen, war sie jedoch geschwächt, bestanden die Könige auf ihre Macht, was zu Emanzipationsbestrebungen der einzelnen Königtümer und zum fast vollständigen Kontrollverlust der Zentralregierung führte. Die

¹⁹ Negus bedeutet in amharischer Sprache König und ist einer der ältesten Feudaltitel des Kaiserreiches Äthiopien. Die Geschichte des Titels reicht bis in die Zeit des Reiches von Aksum (1. bis 7. Jhdt. nach Christus) zurück. Der Negus war ein selbstständiger Herrscher und unterstand lediglich dem Kaiser von Äthiopien, und das auch nur formal. Der äthiopische Kaiser selbst führte den Titel *Neguse Negest/Negusa Nagast*, was König der Könige bedeutet (vgl. Bahru 1991: 233).

Oromo-Expansion aus dem Süden des heutigen Äthiopien reichte schließlich so weit, dass im 17. Jahrhundert sogar Gondar im Nordwesten des heutigen Äthiopien von einer Oromo-Dynastie regiert wurde. Durch diese starke Vermischung der Bevölkerungsgruppen weit über die politischen Grenzen hinaus, war die Oromo-Bevölkerung ab dieser Zeit nicht mehr nur auf ihre eigenen Königtümer beschränkt, sodass viele wichtige Persönlichkeiten der äthiopischen Geschichte seither Oromo unter ihren Vorfahren hatten (vgl. Ullendorff 1998: 66ff; vgl. Gnamo 2002: 107f.).

Als Kaiser Menelik II Ende des 19. Jahrhunderts das äthiopische Reich regierte, versuchte er die Macht der Zentralregierung wieder zu stärken. Er versuchte sämtliche Königtümer unter seinen Einfluss zu bringen und zu einem politisch stabilen Reich zu einen (vgl. Ullendorff 1998: 40). Die wenigen Oromo Königreiche, die sich unter die traditionellen äthiopischen Königreiche gemischt hatten, fielen der äthiopischen Konsolidierungspolitik zum Opfer, da sie aus Sicht der äthiopischen Zentralregierung in das Reich eingegliedert werden mussten, wenn das Reich eine geographische und kulturelle Einheit bilden sollte. Die Bestrebungen Meneliks II fanden auch bei den europäischen Großmächten Anklang. Sie sahen in Menelik II den einzigen schwarzen Partner für die Eroberung Afrikas und forderten ihn dazu auf, die südlichen Völker zu zivilisieren (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker 2005: o.S.). Das kam dem Kaiser nicht ungelegen, denn Menelik II nutzte die europäischen Imperialismus-Bestrebungen zu seinem eigenen Nutzen und führte die Kolonialisierung der Oromo mit Hilfe von europäischer Beratung fort (vgl. Jalata 1993: 50f.). Er baute diplomatische Beziehungen zu Frankreich, Italien und England auf, welche ihn mit Waffen, Munition und technischem Fachwissen für moderne Administration versorgten (vgl. ebd.: 51f.). Vor allem mit der Hilfe Frankreichs gelang es Menelik II, die Oromo zu erobern:

„Menelik operated with the help of „French technicians, French map makers, French advice [...] and more French advice. The French also armed his troops with firearms and did much else to organize his campaigns.... The Galla²⁰ were thus conquered by the Habash²¹.“ (Lytton 1967: 160)

Diese diplomatischen und militärischen Strategien führten letztendlich dazu, dass *„During the reign of Menelik, at the end of the nineteenth century, the Galla were finally brought under the effective authority of the Ethiopian Empire.“* (Ullendorff 1998: 41). Diese Eroberung und Eingliederung der Oromo in das äthiopische Empire 1886 wird – vor allem von den Oromo

²⁰ Anmerkung der Verfasserin (A.T.): „Galla“ ist eine veraltete, abwertende Bezeichnung für Oromo.

²¹ Anmerkung der Verfasserin (A.T.): „Habash“ ist ein altes Wort für Äthiopier und Äthiopierinnen.

selbst - auch als Kolonisation bezeichnet, auch wenn sie von Afrikanern auf Afrikaner ausgeübt wurde. Sie hatte die Einschränkung und Unterdrückung der Selbstbestimmung der Oromo zur Folge (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker 2005: o.S.; vgl. Berisso 2002: 118). Der Prozess zur Erlangung der europäischen Unterstützung und der Ausbau des Gebietes durch die Kolonialisierung waren integrale Bestandteile der Eingliederung Äthiopiens in die kapitalistische Weltwirtschaft. Diese Eingliederung basierte ursprünglich auf der Basis von kommerziellen Beziehungen. Die äthiopischen Kolonialisten mussten für die empfangenen Waffen und Dienstleistungen, die sie erhielten, bezahlen, daher benötigten sie Ressourcen, um die europäischen Kapitalisten zu bezahlen. Sie begannen die Oromo zu kolonialisieren um Zugang zu Gütern und Rohstoffen zu erhalten, die auf den internationalen Märkten geschätzt wurden, wie Gold, Kaffee, Leder und Häute, Elfenbein, Moschus und Sklaven (vgl. Jalata 1993: 52). Mit den Ressourcen der Oromo bezahlte Menelik seine Soldaten, Generäle und kaufte einmal von Frankreich und dann von Italien große Mengen an Waffen und Munition. Anfangs wurden diese Güter durch Enteignung, Versklavung, Kontrolle von Handelsrouten und Marktplätzen usw. finanziert – Menelik kontrollierte den größten Teil des Handels seines Staates. In einem Brief an die europäischen Mächte schrieb er folgendes:

„I have no intention on being an indifferent spectator if far-distant Powers make their appearance with the idea of dividing Africa.“ (ebd.: 52)

6.4 Oromo Nationalismus und Widerstand

Der organisierte Widerstand der Oromo in organisierter Form gegen die abessinische Kolonialherrschaft begann erst nach dem Militärputsch von 1974 gegen die Regierung Haile Selassies: *„[...] it was during the post revolutionary period that Oromo nationalism took on a new dimension and the Oromo Liberation Front and many other nationalist movements were created.“* (Gnamo 2002: 112). Während Haile Selassie an der Macht war, gab es laut Lockot keinen aktiven Widerstand, was daran lag, dass die Oromo in allen Institutionen der Regierung vertreten waren: *„[...] there was no government institution which did not have a Galla heading one of its subdivisions, which educated people from all social levels among the staff.“* (Lockot 1989: 92).

Obwohl die Oromo in allen staatlichen Institutionen vertreten waren, führte Haile Sellassie die Amharisierung und Diskriminierung der Ethnien und hier vor allem der Oromo fort (vgl. Thibaut/Krennerich 2002: 76). Er institutionalisierte die Beschlagnahmung des Landes, die amharische Sprache wurde zur Sprache aller Völker Äthiopiens. Er verfestigte ein Feudal- und

Sklavensystem, in dem hauptsächlich die Oromo die niedrigste soziale Schicht bildeten. Die Gewinner dieses Systems waren vor allem die Großgrundbesitzer, an welche nahezu alle Reichtümer und Land über ging, sowie die abessinischen Kirchen. Währenddessen bereicherte sich die englische Gesellschaft an der Baumwolle der Oromo (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker 2005: o.S.).

Haile Selassie hatte keine speziellen Maßnahmen für eine nationale politische Integration entwickelt, außer seiner Tendenz gewisse Mitglieder von bestimmten nicht-amharischen ethnischen Gruppen in die herrschende Klasse zu integrieren. Seine Regierung vermied bewusst jeglichen Bezug zu ethnischer, linguistischer und religiöser Diversität und erwähnte solche Belange in offiziellen Dokumenten nicht. Haile Selassie verfolgte vielmehr eine Politik der graduellen „Amharisierung“ der ethnischen Gruppen ohne sie aber als Gleichgestellte zu integrieren oder ihnen zu erlauben, Macht auf bedeutungsvolle Art zu teilen. Die amharische Kultur wurde implizit als das bestimmende „Merkmal“ der „äthiopischen“ Nationalität präsentiert. Die neu geschaffene äthiopische Identität basierte grundlegend auf der amharischen Sprache und der äthiopischen orthodoxen Religion. Bis zu einem gewissen Grad war Haile Selassie erfolgreich mit seiner Strategie. Da der äthiopische Staat aber hauptsächlich durch die amharische Hegemonie und andere ethnische Eliten, die in die „äthiopische“ Kultur assimiliert wurden, zusammen gehalten wurde, wurde der Mythos eines vereinten äthiopischen Nationalstaates, der auf Übereinstimmung basiert, unter jenen Bevölkerungsgruppen, welche zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert in das Empire inkorporiert wurden, nie zur Realität: „[...] *a significant number of these groups continued to feel that they had been colonized by northerners, and they yearned for the right to self-determination.*“ (Keller 1998: 111).

Die Oromo betrachten die letztere Phase abessinischen Hegemonie als Kolonialisierung. Als Ergebnis der abessinischen kolonialistischen Vorgehensweisen, wurden die oromischen Viehhalter, Viehhalterinnen, Bauern und Bäuerinnen zu äthiopischen Subjekten. Anstatt sich ihren Produktionsüberschuss für ihre eigene Gemeinschaft behalten zu dürfen, mussten die Oromo den Großteil ihrer erwirtschafteten Erzeugnisse mit fremden Landlords und lokalen Kollaborateuren des Kaiserstaates teilen (vgl. Keller 1998: 117). Die Mehrheit der Oromo sah die Amharen und den Staat, den sie repräsentierten, als Kolonialisten, die darauf versessen waren, sie auszunützen und sie ihrer Kultur zu berauben (vgl. ebd.: 117).

Während seiner Herrschaft hielt Kaiser Haile Selassie eine Politik aufrecht, die versuchte, die Gefolgschaft der Oromo durch den Aufbau von Verbindungen mit gewissen Oromo-Leadern

zu entwickeln. Die beliebtesten Oromo dafür waren jene, die sich für eine totale Assimilierung oder Amharisierung entschieden und die oftmals christliche Namen übernahmen. Die Mehrheit der Oromo wurde als bloße Subjekte betrachtet (vgl. Keller 1998: 117). Sie waren regelmäßig Opfer korrupter Bürokraten und Richter, die ausnahmslos nördliche Christen waren (vgl. Baxter 1978: 285ff.). In der Verteilung der knappen Ressourcen wurden die Bedürfnisse der Oromo im Vergleich zu den Bedürfnissen der Amhara, die als selbstverständlich galten, als zweitrangig betrachtet. Der mindere Status, der dem oromischen Volk und ihrer Kultur zukam, muss gemeinsam mit der Tatsache betrachtet werden, dass die Oromo-Gebiete das Rückgrat der äthiopischen Regierung darstellten. Diese Bereiche waren die Hauptquellen des Herrschers des Königsreiches für Produkte, die für den Export bestimmt waren (Kaffee, Ölsamen, Felle und Häute). Gleichzeitig boten die Oromo-Gebiete dem Kaiser gleichzeitig die wertvollste und verfügbare Quelle, nämlich Land. Das gesamte Oromo-Land wurde als Folge der imperialen Eroberung zu Land der kaiserlichen Krone und wurde vom Kaiser dafür genützt, seine Bediensteten zu belohnen oder zu bezahlen. Die Oromo selbst wurden noch dazu mit einer hohen Steuer belastet (vgl. Keller 1998: 117 f.).

6.4.1 Die Italiener als Unterdrücker

Im Zuge der Herrschaft der Italiener in Äthiopien von 1935 bis 1941 - Haile Selassie war 1936 nach Großbritannien geflohen – nutzen sie die Unterdrückung der Oromo zu ihrem eigenen Vorteil (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker 2005: o.S.). Außerdem legten die Italiener die Grundsteine jener ökonomischen Infrastruktur, die später die Entwicklung des kolonialen Kapitalismus erleichterten, nicht nur in der Güterzirkulation, sondern auch im Produktionssystem (vgl. Jalata 1993: 83).

Dank der Arbeit von Missionaren und Forschern wussten die Italiener über die Unterdrückung der Oromo Bescheid und versuchten sich als Befreier darzustellen. Sie setzten dem abessinischen Kaisertum ein Ende, schufen das Amharische ab und setzten an diese Stelle das Italienische und die Sprache der Oromo. Es kam zu Enteignungen amharischer Großgrundbesitzer, deren Land in einigen Regionen an die oromischen Bauern verteilt wurde. Die Oromo, wie andere marginalisierte Völker auch, hofften auf den Schutz der Italiener und sagten ursprünglich ihre Mitarbeit zu. Doch schon bald erkannten sie, dass die italienische Kolonialisierung allen Völkern Äthiopiens Schaden zufügte. An die Stelle der amharischen Unterdrückung war jetzt die italienische Kolonialisierung gerückt. Die italienischen

Kolonialmächte versuchten einerseits die Unterdrückung der Oromo zu ihrem Vorteil auszunützen, andererseits nutzten sie die amharischen Strukturen, um dem oromischen Volk die eigene Herrschaft aufzuzwingen. In vielen Regionen Oromias wuchs der Widerstand gegen die italienischen Machthaber. Haile Salassie übernahm mit der Ankunft der Engländer wieder die Macht – die Oromo, die sich für den Widerstand gegen die Italiener mit anderen marginalisierten Völkern vereinigt hatten, wurden wieder zu Unterdrückten. Ihre Aufstände gegen die kaiserliche und feudale Unterdrückung wurden blutig niedergeschlagen (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker 2005: o.S.).

6.4.2 Die Gründung der OLF

Gegründet wurde die OLF, wie sie auf ihrer Website beschreibt, 1973:

„The Oromo Liberation Front (OLF) is a political organization established in 1973 by Oromo nationalists to lead the national liberation struggle of the Oromo people against the Abyssinian colonial rule.“ (OLF 2005: o.S.).

Die OLF entstand also als Reaktion auf die abessinische Kolonialisierung und wie die OLF weiter schreibt auf ihrer Homepage, gelang ihnen das nur mit Hilfe der europäischen Kolonialmacht:

“The Oromo were colonised during the last quarter of the nineteenth century by a black African nation - Abyssinia - with the help of the European colonial powers of the day. [...] The fact that the Oromo were colonised by black African nation makes their case quite special.“ (ebd.: o.S.)

Ihren Ursprung hatte die OLF jedoch bereits früher und zwar in einem bewaffneten Kampf gegen Haile Selassies Regierung in den 1960er Jahren: *„The Oromo Liberation Front (OLF) had its origins in a protracted armed struggle in Oromia against the Haile Selassie government in the 1960s“*. (Human Rights Watch 2005: 9). Obwohl sie bereits 1973²² gegründet wurde, begann sie ihren militärischen Befreiungskampf erst nach dem Militärputsch von 1974. Bereits 1973 lehnten sich Teile des äthiopischen Militärs gegen die Regierung Haile Selassies in Addis Abeba auf. Es kam zu zahlreichen Streiks, Protesten und Bauernaufständen (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker 2005: o.S.). Für die OLF schien es

²² Der exakte Ursprung der OLF sorgt immer wieder für Kontroversen, aber manche führen die Wurzeln der Organisation auf einen bewaffneten Kampf gegen die imperialistische Herrschaft in der Bale-Region von Oromia zwischen 1963-68 zurück (vgl. Human Rights Watch 2005: 9).

absehbar zu sein, dass es bald einen Machtwechsel geben würde, von dem sich die Oromo-Nationalisten und –Nationalistinnen erhofften. Als der Derg den Kaiser stürzte und begann, eine Militärdiktatur unter Oberst Mengistu Haile Mariam aufzubauen, wurde schnell klar, dass es kein Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerungsgruppen geben würde. Erst jetzt erhob sich die OLF zum bewaffneten Widerstand (vgl. Plaut 2006: 593).

Die Oromo bekämpften Mengistu und forderten ihre nationale Unabhängigkeit. Die oromische Front kämpfte gemeinsam mit der eritreischen und tigrinischen Front gegen eine Kolonialmacht, die sich von Selassie bis zu Mengistu nicht verändert hatte, denn auch Mengistu war der Stellvertreter der amharischen Elite und auch sein Staat war ein Kolonialstaat (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker 2005: o.S.).

In den späteren Jahren des Kampfes gegen den Derg, ging die OLF eine lose Bindung mit der TPLF ein, jedoch waren die zwei Organisationen formal nie miteinander verbunden. 1989 traf der TPLF die Entscheidung, die OPDO zu erschaffen – die Demokratische Organisation des Oromovolkes (engl.: *Oromo Peoples' Democratic Organization*). Die OPDO wurde außerhalb von Oromia gegründet, ohne politische Partizipation an den „grassroots“. Sie wurde zur regionalen Verbündeten der TPLF und verschärfte die Spannung zwischen OLF und TPLF noch mehr (vgl. Human Rights Watch 2005: 8f.).

1991, nach dem Sturz der Derg-Militärregierung, genoss die OLF weitreichende Unterstützung in vielen Regionen und die Führer und Führerinnen der Partei hatten weit zurück reichende Beziehungen zur oromischen Zivilgesellschaft. Denn schon lange bevor die OPDO in Tigray geschaffen wurde, hatte sich die OLF als „leading voice“ des Oromo Nationalismus etabliert (vgl. ebd.: 9). Die OLF trat der TPLF-geführten Übergangsregierung bei und behielt die Kontrolle über ein Gebiet rund um Dembi Dollo. Die Selbstbestimmung der Oromo wuchs, bis sie Anfang der 90er Jahre den wirtschaftlichen und den geostrategischen höheren Interessen der Regierung ein Dorn im Auge wurde. In Folge wurden zahlreiche oromische Politiker und Vertreter öffentlich hingerichtet. In Oromia war der Wahlkampf ein Kräfte messen zwischen der OPDO und der OLF. Die Tage vor den Wahlen waren von Gewalt und Schikane gekennzeichnet (vgl. ebd.: 10). Nachdem sich die OLF bewusst wurde, dass es keinen fairen Wahlwettkampf geben würde, boykottierten sie die Wahlen, wodurch sich die Beziehung zwischen den beiden Parteien rapide verschlechterte und rasch in einen offenen Konflikt überging. 1992 trat die OLF aus der Regierung und dem Übergangsparlament und viele OLF-Minister verließen das Land. Das Ergebnis war ein komplettes Desaster für die OLF. OLF-Kämpfer wurden von militärischen Kräften der EPRDF gefangen genommen und die OLF-Administration in Dembi Dollo (die Hauptstadt

der oromischen Kelem-Welega-Zone) im wurde des Landes verwiesen. Praktisch über Nacht wurde die OLF zur militärischen Kraft neutralisiert, von politischen Prozessen ausgeschlossen und zurück in den Untergrund gedrängt (vgl. ebd.: 10).

Nachdem der größte Rivale beseitigt war, konnte sich die EPRDF als Regierungspartei etablieren und verfolgte von nun an die OLF und Ihrer Unterstützer und Unterstützerinnen:

„Since 1992, the OLF has waged what it calls an „armed struggle“ against the EPRDF government. The OLF identifies the protracted armed resistance under its leadership as an act of self-defense exercised by the Oromo people against successive Ethiopian governments, including the current one, who forcibly deny their right to selfdetermination.“ (The Advocates for Human Rights 2009: 12).

Obwohl die derzeitige äthiopische Regierung die OLF seither als terroristische Organisation zu diffamieren versucht, besteht die OLF darauf, dass es sich bei ihrem bewaffneten Widerstand um einen Akt der Selbstverteidigung handelt, der sich gegen die Regierung wendet und nicht gegen die Zivilbevölkerung (vgl. Plaut 2006: 592). Die OLF bezeichnet sich selbst als anti-terroristisch und sieht *„anti terrorism [as] a core policy of organization.“* (OLF 2005: o.S.). Seit 1992 haben Sicherheitskräfte Tausende von Oromo verhaftet, die für bewaffnete Übergriffe im Rahmen der OLF verantwortlich gemacht wurden. Der Vorwand von bewaffneten Übergriffen wurden dafür benützt, um Menschen ins Gefängnis zu bringen, die öffentlich die Maßnahmen der Regierung in Frage gestellt haben (vgl. Human Rights Watch 2005: 1). Die USA stufen die OLF zwar nicht als terroristische Organisation ein, erschweren ihren Mitgliedern und Unterstützer und Unterstützerinnen aber immer wieder die Einreise und den Aufenthalt in den USA.

Heute wird Oromia von der OPDO regiert, welche wie bereits erwähnt von der TPLF 1990 geformt und in die TPLF-kontrollierte EPRDF-Koalition integriert wurde und heute noch immer an der Macht ist. Die OLF steht in Opposition zur regierenden Partei in Oromia, der Demokratischen Organisation des Oromo-Volkes, kurz OPDO. Nach dem Ausschluss der OLF, stieg keine neue Partei auf in Oromia, welche die OPDO heraus fordern hätte können. 2005 hat die OPDP 172 der 179 oromischen Sitze im House of People's Representatives kontrolliert. Die OPDO hat ein nahezu totales Monopol über die politische Macht in Oromia seit 1992. Trotzdem konnte die OLF ihren Status als das am meisten potente Symbol des Oromo Nationalismus aufrecht erhalten (vgl. Human Rights Watch 2005: 10).

6.4.3 Die Stärkung des oromischen Widerstandes

Das Oromo-Thema ist paradox: die Oromo sind eine politische Minderheit, jedoch die zahlenmäßige Mehrheit in Äthiopien. Mit Hilfe der europäischen, imperialistischen Mächte inkorporierte Äthiopien die Oromo in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Seit damals hat der äthiopische Kolonialstaat die Oromo dominiert, ihre Ressourcen ausgebeutet, ihre Kultur unterdrückt und ihre Geschichte negiert (vgl. Jalata 1993: 67ff.).

Der oromische Widerstand, der sich aufgrund dieser jahrzehntelangen Unterdrückung formiert hat und sie zu Objekten der Geschichte reduziert hat, indem Oromo als Menschen ohne Geschichte und Kultur betrachtet und behandelt worden waren, hat den äthiopischen, nationalistischen Diskurs herausgefordert (vgl. Jalata 1998: 1). Die Äthiopier und Äthiopierinnen waren von Anfang an bemüht, gegen das Aufkommen des Oromo-Nationalismus anzukämpfen, da die Oromo die zahlenmäßige Mehrheit der Bevölkerung darstellen und Äthiopien hauptsächlich von der oromischen Wirtschaftsleistung, deren Ressourcen und Arbeitskraft abhängt.

Deshalb, anstatt sich mit den demokratisch auseinander zu setzen, strebte Äthiopien danach, den nationalen Widerstand der Oromo zu zerstören (vgl. Jalata 1998: 1). Die Äthiopier und Äthiopierinnen befürchten, dass, wenn die Oromo erst einmal Zugang zur politischen Macht bekommen würden, sie eine entscheidende Rolle einnehmen würden. Ihre unterschiedlichen Religionen, Lebensstile und geografische Verbreitung hat die Entwicklung des oromischen Nationalismus nicht aufgehalten. Seitdem die äthiopische Regierung erkannt hat, dass sie das Streben der Oromo nach einer nationalen Selbstbestimmung nicht aufhalten kann, ist die äthiopische koloniale Oberschicht damit beschäftigt, die Oromo-Bewegung entsprechend ihrer Interessen zu formen (vgl. ebd.: 2).

Die 1960er Jahre waren die Dekade des nationalen Erwachens und des Aufkommens des nationalen Oromo Kampfes. Die aufkommenden nationalistischen Oromo-Gruppen erkannten, dass der äthiopische Kolonialstaat von der machthabenden äthiopischen herrschenden Klasse kontrolliert wurde, welche wiederum die Oromo unterdrückten und ausbeuteten, indem sie ihnen den Zugang zur Staatsmacht und ökonomischen und kulturellen Möglichkeiten verwehrten. Die Arbeitsteilung wurde ethnisiert und fast allen Oromo und anderen kolonialisierten Völker wurden in ihren (landwirtschaftlichen) Aktivitäten beschränkt. Die Entwicklung des kolonialen Kapitalismus in Oromia in der post-zweiten-Weltkrieg-Phase schaffte neue soziale Kräfte welche die Entwicklung des Oromo-

Nationalismus intensivierten und forderte die äthiopische koloniale Dominanz in den 1960ern heraus (vgl. Jalata 1998: 5).

Der Derg, das militärische Regime welches die Regierung Haile Selassies 1974 ersetzte, nutzte anfänglich die Klagen der Oromo für sich, indem sie radikale Maßnahmen umsetzten, wie zum Beispiel die Landreform und sich Unterstützung und Konsolidierung seitens der Oromo holte (vgl. Jalata 1998: 10f). Ausgehend von der Annahme, dass die Oromo von diesen Maßnahmen profitieren würden, partizipierten einige oromische Intellektuelle mit der Derg-Regierung und nahmen Einfluss auf manche Strategien, bis sich das Regime gegen sie drehte und einige der Mitglieder ermordete. Die meisten Oromo waren davon ausgegangen, dass die Revolution von 1974 zur Dekolonialisierung führen würde und - weiter noch – zur Gleichheit aller äthiopischen Völker (vgl. Lefort 1981: 110), bis sie später die wahre Natur des Regimes durch ihre Praktiken erkannten. Das Militärregime demonstrierte, dass es nicht daran interessiert war, das Schicksal der kolonisierten Nationen zu ändern (vgl. Jalata 1998: 11). Ganz im Gegenteil, der Derg intensivierte die Reorganisation der kolonialen Institutionen, um das auseinanderfallende Empire durch politische Beschwichtigung, ökonomische Konzentration durch Enteignung von Oromo-Besitz, durch das Praktizieren von *villagization* und *settlement*, durch kooperative und staatliche Farm-Programme, aufrecht zu erhalten. Es blieb den Oromo-Revolutionären keine andere Möglichkeit, als dem Oromo Liberation Movement und dem Guerilla-Kampf, welcher 1991 zum Zerfall des Militärregimes führte, beizutreten (vgl. Jalata 1998: 11). Eine tiefgreifende Auswirkung dieser kolonialen Erfahrungen auf die Oromo war die Schärfung ihrer Sinne für eine nationale Identität (vgl. Keller 1998: 118).

6.4.4 Schärfung der nationalen Identität

Obwohl die Oromo ihre Geschichte bis in Urzeiten zurück verfolgen können, haben sie erst vor noch nicht allzu langer Zeit den Sinn des nationalen Bewusstseins entwickelt, als ein Produkt der kolonialen Erfahrungen (vgl. Keller 1998: 119). Seit dem 16. Jahrhundert waren die Hauptfaktoren der oromischen Identität die gemeinsame Sprache und die gemeinsame Abstammung. Historisch gesehen waren die Oromo geteilt in Clans und Monarchien. Zu keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte waren alle Oromo Staatsbürger eines gemeinsamen Oromo-Staates (vgl. ebd.: 119). Bevor der Sinn für die oromische nationale Identität geschärft wurde, gab es, wenn auch nur selten, eine Interaktion zwischen Oromo und Amhara, bei dem

die Omoro aber nie Mitglieder eines Amhara-dominierten Nationalstaates waren (vgl. ebd.: 118).

Ein klares Zeichen für die oromischen, nationalistischen Bestrebungen war die Gründung des *Macha-Tulama-Verbandes* (benannt nach den zwei größten Oromo-Gruppen) im Jahr 1963. Bis dahin waren die Bestrebungen nicht an die Oberfläche gedrungen. Bei ihrer Zusammenführung hatte die Organisation 300.000 Mitglieder, die auch eine politische Rolle übernahmen. Der wohl prominenteste Leader war Taddasa Biru, ein früherer General der äthiopischen Polizei. In seinen Reden äußerte er sich kritisch über die Politiken der Regierung und über die Tatsache, dass die oromische Kultur von den Amharen zerstört wird. Die steigende Popularität der Bewegung versetzte 1966 Haile Selassies Regime in Alarmbereitschaft. Die Organisation wurde verboten, Taddasa Biru verhaftet und zum Tode verurteilt. Aus der Perspektive der Regierung war die *Macha-Tulama-Bewegung* ein klarer Indikator dafür, dass das Bekenntnis zur Assimilation ethnischer Eliten nicht gesichert war. Die ethnische Affinität für eine Oromo-Nation mit dem Recht auf Selbstbestimmung schien stärker zu sein, als ihre Loyalität zum äthiopischen Nationalstaat (vgl. Keller 1998: 118f.)

6.4.5 Politische Situation in den vergangenen Jahren

Mit der Adaption der äthiopischen Verfassung von 1994, welche Äthiopien entlang seiner ethnischen Linien in Regionen teilte, respektierte man erstmalig in der Geschichte Äthiopiens die kulturelle Diversität des Landes und übertrug den ethnischen Gruppen bedeutende Autonomie. Unter der neuen Aufteilung war Oromia die größte Region, die nie zuvor als eine Einheit regiert wurde. Ein Drittel der Sitze im Parlament gehören Oromia. Im Kontrast dazu stehen die nur 7% der TPLF Heimatregion, Tigray. Daher muss die TPLF, um ihre Macht in Addis Abeba aufrecht erhalten zu können, ihre regionale politische Kontrolle in anderen Regionen, vor allem in Oromia, fortsetzen (vgl. Human Rights Watch 2005: 8).

Zwischen 2000 und 2004 gingen zahlreiche oromische Studenten und Studentinnen auf die Straße, um gegen die politischen Maßnahmen zu protestieren. Sie wurden jedoch von der Regierung brutal niedergeschlagen. Studenten und Studentinnen wurden von der Schule fern gehalten, Lehrer und Lehrerinnen wurden gezwungen, Informationen über ihre Schüler und Schülerinnen zu sammeln, um diese an Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Regierung weiterzugeben. Studenten und Studentinnen wurden inhaftiert, gefoltert und von den Schulen verwiesen (vgl. ebd.: 2).

Am Land, wo mehr als 85% der oromischen Bevölkerung lebt, hat die Regierung das ihr zugrunde liegende Kontrollsystem, dessen Ursprung in der Herrschaft der Derg Militärregierung liegt, noch weiter ausgebaut. Mit dem *gott* und *garee*²³ System wurden neue staatsähnliche Institutionen auf lokaler Ebene eingeführt, mit dem Ziel, die Aktivitäten der Bevölkerung bis hinunter auf das Niveau von individuellen Haushalten beobachten und kontrollieren zu können (vgl. ebd.: 2). Regionale Autoritäten behaupten, dass die *gott* und *garee*²⁴ Institutionen, freiwillige Vereinigungen von Farmern sind, die sich über den Fortschritt in ihren Gemeinden austauschen wollen. Allerdings erzählten Bauern und Bäuerinnen aus ganz Oromia Human Rights Watch einhellig, dass die Autoritäten des jeweiligen Bezirks (dem so genannten *woreda*), diese neuen Strukturen dafür nützen, um die Bauern und Bäuerinnen zur Arbeit zu zwingen. Die regionalen Behörden nutzen das *gott* and *garee* System auch dafür, die Redefreiheit und das persönliche Leben der ländlichen Bevölkerung zu überwachen und zu kontrollieren. Die Verletzung jener fundamentalen Werte, die in der äthiopischen Verfassung fest gehalten sind, stellen die Behauptungen der äthiopischen Regierung über deren demokratischen Fortschritt sehr in Frage (vgl. ebd.: 2).

6.5 Landgrabbing und erzwungene Umsiedlungsprozesse in Oromia

Die äthiopische Regierung lässt zehntausende Menschen der indigen Bevölkerung von ihren angestammten Gebieten in neue Dörfer umsiedeln. Dieser Transfer der Bevölkerung wird ohne vorherige Konsultation und Kompensation der Bauern und Bäuerinnen durchgeführt. Trotz der Versprechungen seitens der Regierung, grundlegende Dienstleistungen und Ressourcen in den neuen Dörfern zur Verfügung zu stellen, sind die Dörfer unzureichend mit Nahrungsmitteln, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen und landwirtschaftlichen Dienstleistungen ausgestattet.

Obwohl die Regierung jeglichen Zusammenhang zwischen den Umsiedlungsprozessen und *Landgrabbing* verneint, findet *villagization* dort statt, wo große Investitionen in Land geplant

²³ Das oromische *gott* und *garee* System ist keine völlig neue Innovation. Berichten zu Folge ist *gott* auf ländliche Verwaltungsstrukturen zurück zu führen, welche im ländlichen Tigray von der TPLF in Kraft gesetzt wurden, während des Krieges gegen den Derg. In dem meisten Teilen Oromias, ist das *gott* und *garee* System sehr neu (vgl. Human Rights Watch 2005: 30).

²⁴ Die oromische Landesregierung hat eine ganze Reihe neuer, staatsähnlicher Strukturen unterhalb der *kebele*-Ebene in ländlichen Gemeinden in ganz Oromia eingeführt. Jede ländliche *kebele* wird nun in Haushalts-Gruppen unterteilt, den sogenannten *gott*. *Gott* variieren in Größe, umfassen aber normalerweise zwischen 60 und neunzig Haushalte. Jede *gott* wird in kleinere Gruppen von rund 30 Haushalten, genannt *garee*, geteilt, was in *Afan Oromo* soviel wie „Gruppe“ bedeutet. Die *gott*-Gruppe überwacht die Tätigkeiten der einzelnen Haushalte, der *garee*, und berichtet darüber an die *kebele* Behörden (vgl. Human Rights Watch 2005: 30).

sind. Auch in Oromia kommt es zu erzwungenen Umsiedlungen im Rahmen von Investitionsvorhaben.

6.5.1 Resettlement und villagization in Oromia

Eines der umstrittensten Ereignisse in Äthiopiens jüngerer Geschichte ist das *resettlement*-Konzept, ein Umsiedlungsprogramm im Rahmen dessen Menschen aus dem „überfüllten“, nahrungsmittelunsicheren Hochland in weniger dicht besiedelte, nahrungsmittelsicherere Plätze, wo fruchtbares Land vorhanden ist, übersiedelt werden (vgl. The Oakland Institute 2011: 13f.).

Villagization ist eine Variante von unfreiwilligen, ländlichen *resettlement*-Prozessen, oftmals organisiert von der Regierung. Es ist charakterisiert durch ein Planungs- und Kontrollelement: „[...] *it takes the form of a spatial regrouping of populations in areas where they are already living.*“ (Berisso 2002: 116). Diese erzwungenen Umsiedlungsprozesse und die damit verbundene Vertreibung der oromischen Bauern und Bäuerinnen sind ein Ausdruck der direkten Kolonialisierung und Unterdrückung ebendieser durch die äthiopische Regierung (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker 2005: o.S.).

Die großflächigen Umsiedlungsprozesse in Äthiopien fanden erstmals zwischen 1975 und 1976 unter der Herrschaft des Derg statt, mit 38.000 umgesiedelten Haushalten (vgl. The Oakland Institute 2011: 13f.).

1984 kündigte die Regierung weitere großangelegte Umsiedlungspläne an. Unter Mengistu's Militärregierung kam es bis Ende 1989 zu einer Verlagerung von 14 Millionen Bauern und Bäuerinnen (das waren nahezu 40% der ländlichen Bevölkerung) (vgl. Berisso 2002: 117). Entsprechend der Vorstellung der damaligen Militärregierung war *villagization* „[...] *a multi-purpose scheme whose central objective was to introduce a systematic land-use and/or recovery programme [...].*“ (ebd.: 118). Das erklärte Ziel war, Bauern und Bäuerinnen in permanenten Dörfern anzusiedeln, um ihnen dadurch leichteren Zugang zu grundlegenden sozialen und infrastrukturellen Dienstleistungen wie Schulen, Kliniken und Straßen, bieten zu können. Ein weiteres Ziel des Programms war der Ausbau von Dienstleistungen für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, um die landwirtschaftliche Produktion und Produktivität zu steigern. Außerdem sollten durch das Programm ländlich-urbane Disparitäten beseitigt werden. Generell betrachtete die Regierung die Umsiedlungsprozesse als ein Allheilmittel,

um die ländlichen sozio-ökonomischen, politischen und umwelttechnische Probleme zu lösen (vgl. ebd.: 118).

Trotzdem war internationale Kritik an den Umsiedlungsprozessen der 80iger Jahre weit verbreitet: Kritiker und Kritikerinnen äußerten ihre Besorgnis über die finanzielle Leistungsfähigkeit der Regierung zur Durchführung dieser ehrgeizigen Pläne. Andere sahen politische Motive hinter den Umsiedlungsprozessen. Viele waren besorgt über Menschenrechtsverletzungen und die erzwungenen Trennungen von Familien. Es wurde keine Zustimmung der betroffenen Bevölkerung eingeholt. Insgesamt waren die Umsiedlungsprogramme weitgehend erfolglos. Viele der umgesiedelten Menschen starben an Malaria und anderen Krankheiten. Viele flohen in ihre alte Heimat, während die anderen in ihrer neuen Position blieben. Konflikte zwischen den ansässigen Siedlern und Siedlerinnen und den neu angesiedelten Gemeinschaften vor Ort waren ein ständiger Effekt der Umsiedlungsprogramme (vgl. The Oakland Institute 2011: 13f.).

Mitte der 80iger Jahre etablierte die äthiopische Regierung ein neues *resettlement*-Programm, das sogenannte *villagization programme*, welches die verstreut lebenden landwirtschaftlichen Gemeinden in größere, permanente Dörfer zusammen führte. Die daraus angeblich resultierenden Vorteile waren vorgeblich wieder ein verbesserter Zugang zu Dienstleistungen (wie Schulen und Krankenhäuser), verbesserte Landnutzung und Schonung der Ressourcen. Bis März 1986 wurden 4,6 Millionen Menschen in mehr als 4.500 Dörfer verlegt. Kritiker und Kritikerinnen brachten abermals ihre Bedenken zum Ausdruck vor allem in Bezug auf das Timing der Umsiedlungen. Viele Bauern und Bäuerinnen wurden kurz vor oder während der Erntezeit umgesiedelt, was eine Zerstörung der Ernte zur Folge hatte. Dazu kam die Ausbreitung von Krankheiten und Schädlingen, die fehlende Kapazität der Regierung, die Umsiedlungen im Sinne der Bevölkerung umzusetzen (durch das Vorhandensein von ausreichend Lebensmitteln zum Beispiel) und die sich verschlechternde Sicherheitslage (vgl. The Oakland Institute 2011: 13f.). 1990 wurden das Programm plötzlich und überraschen gestoppt (vgl. Berisso 2002: 117).

Das *villagization programme* wurde aktuell wieder aufgenommen. Gegenwärtig gib es wieder ein großangelegtes Um- und Ansiedlungsprogramm der äthiopischen Regierung, das zur gleichen Zeit und an denselben Standorten stattfindet, wo groß angelegte Landinvestitionen geplant sind (vgl. The Oakland Institute 2011: 13f.).

6.5.2 Landinvestitionen und die Wiederaufnahme der Umsiedlungskonzepte

Nach Angaben der Regierung, soll das erneuerte *villagization programme* die sozio-ökonomische Infrastruktur verbessern. Die lokale Bevölkerung hat jedoch Angst, ihr Land zu Gunsten der kommerziellen Landnutzung zu verlieren, denn wie die Vergangenheit gezeigt hat, betreffen politische Änderungen oft das Überleben von Hunderttausend Menschen. Die Erfahrungen der vergangenen Umsiedlungsprozesse haben gezeigt, dass ohne angemessene und einwandfreier Planung, ausreichend Kapazität, politischer Motive und Implementierungsmaßnahmen, *resettlement-* und *villagization-*Bemühungen negative Langzeit Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung haben können (vgl. Reisenberger 2011: 21f.).

Tatsache ist, dass Massenumsiedlungen, die zum Zweck der kommerziellen landwirtschaftlichen Nutzung erfolgen und ohne ordnungsgemäße rechtliche Verfahren durchgeführt werden, in erster Linie gegen die äthiopische Verfassung und gegen die im Völkerrecht verankerten Rechte indigener Völker verstoßen. Von 2008 bis Januar 2011 hat Äthiopien mindestens 3,6 Millionen Hektar Land an in- und ausländische Investoren verpachtet, eine Fläche, die der Größe der Niederlande entspricht. Weitere 2,1 Millionen Hektar Land stehen über die staatliche *Land Bank for Agricultural Investment* zur Verfügung. Angaben des Oakland Institutes zufolge wurden in Oromia bereits 1.300.000 Hektar an Landfläche an Investoren vergeben (vgl. The Oakland Institute 2011: 20). Viele Gegenden, aus denen die Menschen umgesiedelt wurden, sind für kommerzielle Agrarinvestitionen vorgesehen.

„Das Villagization-Programm wird genau in den Gegenden Äthiopiens durchgeführt, die von der Regierung an ausländische Investoren für große kommerzielle Landwirtschaftsbetriebe verpachtet werden“, so Jan Egeland, Direktor von Human Rights Watch. „Das lässt auf die eigentlichen Motive des *villagization*-Programms schließen.“ (Human Rights Watch 2012a: o.S.).

Die äthiopische Regierung weist jedoch Anschuldigungen, wonach Umsiedlungen mit der Verpachtung großer Landflächen für eine kommerzielle Landwirtschaft in Zusammenhang stünden, kategorisch zurück. Von lokalen Regierungsvertretern und –vertreterinnen wurde den Dorfbewohnern und Dorfbewohnerinnen jedoch mitgeteilt, dass dies der eigentliche Grund für die Vertreibungen sei. Ehemalige lokale Regierungsvertreter und –vertreterinnen haben diese Vorwürfe gegenüber Human Rights Watch bestätigt (vgl. Human Rights Watch

2012a: o.S.). Ein ehemaliger regionaler Beamter erzählte Human Rights Watch, dass die Verbindung zwischen den Umsiedlungsprozessen und dem Transfer von Land für landwirtschaftliche Investitionen innerhalb der Regierung sehr wohl bekannt ist, das es aber nie Pläne oder Dokumente diesbezüglich gegeben hätte, aus Angst, das sich diese Informationen verbreiten könnten. Da es nur wenig Transparenz über Landinvestitionen zwischen Regierungen und äthiopischen Unternehmen gibt, gibt es demnach auch keine präzisen Informationen darüber, wo Investitionen in Land getätigt wurden. Aber es gibt eine Korrelation zwischen der Vergabe von Land an Investoren und den Umsiedlungen (vgl. Human Rights Watch 2012: 54f.).

6.6 Soziale und politische Auswirkungen der Umsiedlungen

Eines der Hauptziele des *villagization programmes* war eine grundlegende Entwicklung infrastruktureller Einrichtungen und Dienstleistungen sicherzustellen, um die Lebensbedingungen und den sozio-ökonomischen Auftrieb der ländlichen Bevölkerung zu verbessern (vgl. Berisso 2002: 125). Lokale Administratoren und Administratorinnen versprachen den Bauern und den Bäuerinnen, dass die Regierung sie mit grundlegenden sozialen Dienstleistungen versorgen würde, wenn sie sich in den neuen Dörfern niederlassen würden. Diese Versprechen wurden jedoch nicht eingehalten und die Menschen müssen auch in den neu entstandenen Dörfern ohne die entsprechenden Einrichtungen auskommen. Wie Berisso aufzeigt, kam es zu keinen signifikanten Veränderungen in der Bereitstellung von Sozialleistungen für die Bauern und Bäuerinnen im Rahmen der *villagization programme*.

In der ersten Phase des Projektes, von Anfang Jänner 1986 bis Ende 1991, wurden in den 33 Dörfern nur zwei Grundschulen und eine Klinik errichtet, und sieben Wasserleitungen gelegt. Außerdem kam es zu zahlreichen Konflikten zwischen den Bewohnern und Bewohnerinnen, ausgelöst durch von Wildtieren zerstörte Ernten, durch leicht verfügbaren Alkohol in den Dörfern und von der Situation, dass mehrere Ehefrauen von ein und demselben Mann nebeneinander leben mussten (manche Oromo leben in polygamen Gesellschaften) (vgl. ebd.: 125f.).

Außerdem fanden und finden Zwangsumsiedlungen zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt des Jahres statt – nämlich zu Erntebeginn. (vgl. Human Rights Watch 2012a: o.S.). Die Umsiedlungsprozesse während der Erntezeit riefen auch schon während der Derg-Ära internationale Kritik hervor, aber es scheint so, als hätte die Regierung ihre Lektion nicht gelernt (vgl. Human Rights Watch 2012: 40).

Das größte Problem für die Dorfbewohner und Dorfbewohnerinnen ist der Mangel an Nahrung, Ein Bewohner eines neu errichteten Dorfes sagte gegenüber Human Rights Watch:

„Wir rechnen mit einer großen Hungersnot im kommenden Jahr, weil sie nicht rechtzeitig gerodet haben. Wenn sie [die Regierung] [das Land] gerodet hätte, hätten wir nächstes Jahr etwas zu essen, aber im Moment fehlen uns die Mittel für Nahrung.“
(Human Rights Watch 2012a: o.S).

Die Umsiedlungen während der Erntezeit, das Fehlen jeglicher Vorräte, das Fehlen von Nahrungsmittelhilfe, die mangelnde oder gänzlich fehlende Bepflanzung für die kommende Saison verschlechtern die ohnehin schon prekäre Situation der Nahrungsmittelsicherheit (vgl. Human Rights Watch 2012: 46). Scheinbar völlig fern von der Realität in den Dörfern, erzählte der Bundesminister Human Rights Watch 2011 folgendes:

„The villagers for the first time in their history started to produce excess product – maize, sorghum, rice, potatoes, beans, vegetables, fruits, etc. – beyond and above their family consumption.“ (Human Rights Watch 2012: 46).

6.6.1 Zusammenfassung

Das *villagization programme* wurde eingeführt, um die Homogenisierung der Bauern und Bäuerinnen in einem politischen und wirtschaftlichen System zu erhöhen. Ein weitere Problematik liegt in der Regierung eines „Bauernstaates“²⁵, der die Regierung vor eine große Herausforderung stellt, wie auch schon Gerd Spittler (vgl. 1983: 131) beobachtet hat: *„There is nothing more difficult than to build up an administration covering millions of partly self-sufficient peasant households“*²⁶. Aufgrund der weiten, räumlichen Verteilung der Bauern und Bäuerinnen und deren „unproduktiven“ Produktionsweisen, wie die Regierung betont, stellen sie für die ökonomisch-motivierten (Entwicklungs-) Pläne Äthiopiens ein wenig zu kontrollierendes „Hindernis“ dar.

²⁵ Als „Bauern“ werden selbstständige Agrarproduzenten definiert, deren ökonomische Einheit die „Familien- od. Hauswirtschaft“ bildet (vgl. Spittler 1981: 13). Als „Staat“ definiert Spittler einen territorialen politischen Verband mit einer Zentralgewalt und Bürokratie, die eine direkte Herrschaftsausübung über die Untertanen des Staatsverbandes beanspruchen und zumindest partiell realisieren. Als „Bauernstaat“ bezeichnet Spittler einen Staat, dessen Existenz vor allem durch Bauern gesichert ist. Er basiert primär auf ihren Dienstverpflichtungen (militärisch und zivil) und Steuerzahlungen (vgl. ebd.: 13).

²⁶ Eine Eigenschaft des Bodens ist seine Immobilität, d.h. er kann nicht bewegt werden. Diese Immobilität ist ungünstig für die Ausübung staatlicher Herrschaft, da der Boden nicht an einer Stelle konzentriert werden kann, sondern sich unveränderbar über eine große Fläche erstreckt und dadurch die Kontrolle durch die Zentralinstanz erschwert. Dazu kommt, dass für die landwirtschaftliche Produktion große Flächen notwendig sind, die schwer kontrollierbar sind, da sich die Arbeitskräfte weniger konzentrieren. Außerdem ist die Bevölkerungsdichte geringe, die Siedlungen sind kleiner und liegen auseinander, was ebenfalls die Kontrolle erschwert (vgl. Spittler 1981: 14f.).

Villagization stellte und stellt für die äthiopische Regierung eine attraktive Möglichkeit dar, die Bauern und Bäuerinnen und ihre Erzeugnisse zu kontrollieren. Es ermöglicht der Regierung, ihre politisch restriktive und ökonomisch ausbeutende Herrschaft auch im Landesinneren auszubauen. Hinter der „Wir helfen den Bauern“-Rhetorik versteckte sich der Versuch Äthiopiens, gegen die nationalen Liberalisierungs-Fronten anzukämpfen und die politische Macht auszubauen (vgl. Berisso 2002: 131).

Auch wenn die Regierung behauptet, dass das *villagization programme* eingeführt wurde, um die sozio-ökonomische Entwicklung der ländlichen Bevölkerung zu fördern, so zeigt sich im Hinblick auf die Wirtschaft, dass die Umsiedlungsprozesse zur Hauptursache des wirtschaftlichen Niederganges wurden, anstatt Produktivität und Produktion zu steigern. Die Inanspruchnahme der Arbeitskraft der Bauern und Bäuerinnen für den Aufbau der neuen Dörfer während der landwirtschaftlichen Hochsaison, die großen Distanzen zwischen den Farmen und den Siedlungen, die Begrenzung des Raumes für den persönlichen Anbau von Nahrungsmitteln usw. vermindern Produktion und Produktivität (vgl. Berisso 2002: 131 f.). Viele Gebiete, in welche die Leute umgesiedelt wurden, sind Trockengebiete mit kargen Böden, die erst ausgeholzt werden müssen. Landwirtschaftliche Hilfestellung in Form von Samen und Düngemittel wurden nicht angeboten. Das Versäumnis der Regierung, Nahrungsmittelhilfe für die umgesiedelten Menschen zu leisten, führte zu einer Hungerkrise (vgl. Human Rights Watch 2012a: o.S.).

Fakt ist, dass die Politik der Zwangsumsiedlung für viele Menschen die Voraussetzungen für ihr Überleben empfindlich aus dem Gleichgewicht gebracht hat, sowie deren Existenzgrundlage und Ernährungssicherheit gefährdet. Viehzüchter sind gezwungen, Ackerbau zu betreiben; Wanderfeldbauern müssen ihre Felder jetzt an einem einzigen Ort bestellen. Der Wanderfeldbau ist die Lebensgrundlage und Existenz vieler Menschen. Ihre Identität ist eng geknüpft an das Land auf dem sie leben und bis vor kurzem nutzen sie dieses Land auf traditionelle Weise (vgl. Human Rights Watch 2012a: o.S.; vgl. Human Rights Watch 2012: 16). Ohne eine vernünftige infrastrukturelle Erschließung und die regelmäßige Versorgung mit Nahrungsmitteln können diese Veränderungen für die beiden Bevölkerungsgruppen lebensbedrohliche Folgen haben, so Human Rights Watch (vgl. 2012: o.S.).

Das *villagization programme* erzielt mehr Erfolg auf der politischen Ebene, als im ökonomischen oder sozialen Bereich. Der Nutzen, der aus dem Programm gezogen wurde befriedigte nur die Regierung und nicht die Farmer. Für die Bauern und Bäuerinnen war der „Erfolg“ des Programms negativ – egal ob in Hinblick auf den Ausbau der

landwirtschaftlichen Produktion gemessen oder der Verbesserung der sozialen und infrastrukturellen Leistungen oder der ökologischen Entwicklung. *Villagization* in Äthiopien ist ein gutes Beispiel dafür, wie das Zentrum die Peripherie manipuliert und benutzt für die eigenen politischen Interessen (vgl. Berisso 2002: 132).

6.7 Landgrabbing in Oromia

In Äthiopiens marginalisierten regionalen Staaten wie Oromia, Gambella, Afar, südlichen Nationen und Nationalitäten ist *Landgrabbing* überwiegend eine Praxis der ethnisch-basierten diskriminierenden Politik durch die herrschenden Eliten. Ein einfacher Beweis für diese Behauptung ist, dass große Landflächen in diesen marginalisierten Regionen verpachtet und ausverkauft werden, während in Meles Zenawi's ethnischer Region Tigray nur wenig bis gar kein Land vermietet bzw. verkauft wird und wurde (vgl. Oromedia 2011: o.S.).

Die Datenlage über das Ausmaß der tatsächlich verpachteten und freigegebenen Landflächen ist schwierig: mehrere Informationsquellen beschreiben das Ausmaß der Landinvestitionen in Äthiopien, variieren aber in unterschiedlichem Maße in Präzision, Genauigkeit und der Gründlichkeit der Statistik. Viele der Berichte fokussieren sich lediglich auf einige bestimmte Gebiete oder übernehmen Daten, die unvollständig sind. Die Informationen werden von den verschiedensten Stellen zusammen getragen, wie etwa durch Gespräche mit Regierungsbeamten oder durch Medienberichte (vgl. The Oakland Institute 2011: 18). Durch diesen Informationsmangel entsteht die obskure Situation, in der sich die Aussagen in den verschiedenen Quellen oft stark unterscheiden und klar widersprechen. So behauptet Lucie Weissleder (vgl. 2009: 9) zum Beispiel, dass jene Daten, auf die sie sich in ihrer Studie bezieht, vom Investitionsbüro in Äthiopien generiert wurden, „[...] *where all investments need to be registered before they get licensed to operate in Ethiopia.*“ (ebd.: 9), während eben andere Quellen der Meinung sind, dass die Regierung Äthiopiens solche Informationen unter Verschluss hält.

Auf staatlicher Ebene gibt es wenig Kommunikation zwischen den verschiedenen Regierungsebenen und Abteilungen, es gibt kein einheitliches Land-Registrierungsmodell und einen Mangel an Transparenz (vgl. The Oakland Institute 2011: 18). Das Oakland Institute resümiert, dass die publizierten Zahlen oft eine Unterschätzung der Menge an freigegeben Land für Investoren darstellen – die Zahlen müssten höher sein. Die Forschungen des Oakland Institute ergaben, dass bis Jänner 2011 3.619.509 Hektar Land vergeben wurden. Laut der Oromo Investment Kommission wurden 2007 188.540 Hektar Land an 889

Investoren vergeben, von denen 45 aus dem Ausland kamen. Drei der ausländischen Leasingverträge wurden für Land über 10.000 Hektar abgeschlossen (vgl. ebd.: 18 ff.).

„Table 4 – Land Investment Statistics“ gibt Auskunft über Landinvestitionen in der jeweiligen äthiopischen Region. Sie ist eine Zusammenfassung der präzisesten Zahlen, welche das Forschungsteam des Oakland Institutes für die jeweilige Region erwerben konnte, auch wenn es deutliche Schwächen gibt. Auch hier beziehen sich die Zahlen auf Besuche vor Ort, Medienberichte, auf Kommunikation mit den zuständigen Behörden usw.. Diese Zahlen unterschätzen wahrscheinlich das tatsächliche Ausmaß der Investitionen in Land, da nur die zuverlässigsten Daten in diese Tabelle aufgenommen wurden. Deswegen enthält sie auch eine Spalte mit der Beurteilung der Gründlichkeit und Genauigkeit der Informationen (vgl. The Oakland Institute 2011: 20). Den vom Oakland Institute recherchierten Daten zufolge, ist Oromia überproportional von *Landgrabbing* betroffen.

Auch Lucie Weissleder (vgl. 2009: 17) ist davon überzeugt, dass gewisse Regionen, wie Oromia, bei der Verteilung der Investitionen bevorzugt werden im Vergleich zu anderen Regionen. Sie bezeichnet Oromia, gemeinsam mit Amhara und der Region der südlichen Nationen, Nationalitäten und Völker (kurz: SNNPR; engl.: Southern Nations, Nationalities, and Peoples' Region) als *“main regions of investment”* (ebd.: ii).

TABLE 4: LAND INVESTMENT STATISTICS									
	Ha available	Area of region (ha)	% offered	% given out	Total	Land given out (ha)	Number of investors	Up to date	Thoroughness
Gambella	829,199	2,580,200	32%	10%	42%	265,000	202	Med.High	Medium
SNNPR	180,625	11,093,100	2%	4%	6%	470,287	8	Medium	Medium
Benishangul	691,984	4,928,900	14%	13%	27%	635,831	220	High	High
Afar	409,678	9,670,700	4%	0%	4%	11,000	1	Unknown	Low
Oromiya	Yes	35,300,700	N/A	4%	N/A	1,319,214	899	Medium	Medium
Tigray	Unknown	8,000,000	N/A	1%		46,105		Unknown	Low
Somali	Unknown	27,925,200	N/A	0%		6,052		Unknown	Low
Amhara	Yes	15,917,400	N/A	1%		175,000	3	Unknown	Low
Multiregional	N/A	N/A	N/A			500,020		Unknown	Low
Federal	N/A	N/A	N/A			200,000	16	High	Medium
Total	2,111,486					3619,509	1349		

Source: Author's own elaboration

Quelle: The Oakland Institute (2011: 20) 1

Exkurs: Landinvestitionen in Tigray

Ein wichtiger Aspekt in der Diskussion um *Landgrabbing* in Äthiopien, ist die bevorzugte Behandlung, welche den Tigray scheinbar zukommt, wenn es zu Landinvestitionen kommt. Die Vertreter der regierenden Partei, der EPRDF, stammen vorwiegend aus der Tigray-Region. Nach dem Sturz der Derg im Jahr 1991 übernahm die TPLF die Kontrolle, formte die EPRDF und stellte die Weichen für die bevorzugte Behandlung des TPLF-Kaders und für andere Tigray-Eliten (vgl. The Oakland Institute 2011: 23). Es wird allgemein empfunden, dass die Tigray Bevölkerung bevorzugt behandelt wird in Bezug auf Investitionen, Zugang zu Land und zu Krediten. Der Großteil der einheimischen Investoren in Oromia zum Beispiel kommt aus der Tigray-Region, von denen jedoch viele nur wenig bis keine Ahnung von der Landwirtschaft haben. Es gibt ebenfalls die Empfindung, dass den Tigray, Land im Tiefland gegeben wird, um die indigene Bevölkerung zu verdrängen, um die Unterstützung der EPRDF in den ländlichen Gebieten auszubauen und um letztendlich die regionalen Behörden zu dominieren. In vielen regionalen Büros in den Tiefländern haben die Tigray die höheren Positionen über (vgl. ebd.: 23).

Es zeigt sich, dass der Wunsch der EPRDF nach Landinvestitionen in bestimmten Regionen verknüpft ist mit der weiteren Marginalisierung und Entmachtung der indigenen Völker. Die Gewährung von Vorteilen für die tigrinische Bevölkerung und andere urbane Eliten, welche die EPRDF unterstützen, transportiert die Nachricht weiter, dass die Unterstützung der Regierung eine bevorzugte Behandlung zur Folge hat (vgl. ebd.: 20).

6.7.1 In welchen Sektor wird investiert?

In den Jahren 2000 bis 2005 wurde vor allem in den Blumensektor investiert. Indien, Israel und die EU ließen mehr als 60% ihrer FDIs in diesen Sektor fließen. In der Blumenproduktion lag also eindeutig der Schwerpunkt und lediglich die USA und Saudi Arabien haben damals schon neben der Blumenproduktion auch in den Nahrungsmittelsektor investiert. Ab 2005 änderte sich das von Grund auf, denn im Vergleich zu vorher, als alle fünf Hauptinvestoren in den Blumensektor investierten, taten dies nach 2005 nur mehr drei (vgl. Weissleder 2009: 13f). Aber alle fünf investierten nun in verschiedene Nahrungsmittel, und drei der fünf auch in Agrartreibstoffe:

„Since 2006 new agricultural sub-sectors for the foreign investors can be identified. Investment in food and meat production as well as in Biofuel production increase highly.“ (ebd.: 14).

Nach den Aufzeichnungen des Federal Investment Bureau of Ethiopia ist Oromia die einzige der neun Regionen Äthiopiens, in die alle der fünf Hauptinvestoren investieren (vgl. Weissleder 2009: 25). Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Blumen- und der Gemüseerzeugung. Drei der fünf Investoren investieren außerdem in die Southern Nations, Nationalities and People's Region (SNNPR). Einzig Israel hat eine Blumen-Produktionsstätte in der Amhara-Region und Saudi Arabien besitzt eine Fleisch-Produktionsstätte in der Tigray-Region. Das sind jene beiden Regionen, die den Kern des historischen Äthiopiens bilden und aus der die überwiegende Mehrheit der Regierungsmitglieder kommt, wie zum Beispiel auch Premierminister Meles Zenawi. Den von Weissleder recherchierten Unterlagen zufolge ist also Oromia eindeutig überproportional von *Landgrabbing* betroffen, während die Regionen im Norden nur wenig bis gar nicht davon betroffen sind. Das bedeutet natürlich auch, dass Oromia übermäßig unter den negativen Auswirkungen der großflächigen Investitionen in Land leidet. Vor allem die Produktion von Blumen, die vorwiegend in Oromia statt findet (aufgrund der positiven klimatischen Gegebenheiten), trägt zur Umweltverschmutzung und zur Verschlechterung der Lebenssituation vieler Menschen bei. Ein Grund dafür ist der Einsatz von chemischen Düngern (vgl. ebd.: 25).

„The chemicals from the large scale flower farms have flooded and contaminated the surrounding farmlands and rivers that led to the loss of farmlands by the inhabitants of the areas and reduction in crop yields.“ (Oromo Liberation Front o.D.: 9).

Durch die Überschwemmung des Bodens mit Chemikalien ist das Land nicht mehr so produktiv wie zuvor. Das gesamte Gebiet rund um die Flüsse bzw. die Flüsse selbst sind vergiftet, Fische und Pflanzen sind ungenießbar für Mensch und Tier. Tiere, die das kontaminierte Wasser aus den Flüssen trinken, werden krank und sterben. Sollte das Land je an ihre ursprünglichen Besitzer zurück gegeben werden, so wird es für die Bauern und Bäuerinnen nahezu unmöglich sein, dort ihre Pflanzen zu kultivieren und ihre Tiere weiden zu lassen, denn die Produktivität des Bodens ist eingeschränkt (vgl. Oromo Liberation Front (o.D.): 13ff.). Eine weitere Gefahr droht durch die in den Blumenproduktionsstätten eingesetzten Chemikalien, die von den Arbeitern und Arbeiterinnen direkt auf die Pflanzen gesprüht werden und die ebenfalls zu schweren Verletzungen bis zum Verlust von Gliedmaßen führen können (vgl. ebd.: 11).

6.8 Großflächige Landnahmen am Beispiel Karuturi Global Limited

Bisher hat die Bako Tibee *woreda* in Oromia drei Großinvestoren angezogen, einen inländischen und zwei ausländische, aber in Zukunft werden mehr erwartet. Der größte ausländische Investor ist *Karuturi Global Limited*, eine 1994 in Indien gegründete Firma, die aktuell eine der weltweit führenden Produzenten von Schnittrosen ist. UNCTAD zählt sie zu den Top25 multinationalen Konzernen im Agrobusiness (vgl. Ray/Vilasini 2010: o.S.). Karuturis massives Engagement in Äthiopien, macht die Firma zu einem der Hauptinvestoren in der Gambella-Region – sie hat sich Ländereien in den *woredas* Jikawo, Itang und Lare gesichert. Das Projekt beinhaltet den Anbau von Ölpalmen, Reis, Zuckerrohr, sowie die Errichtung einer Zuckermühle (vgl. Reisenberger 2011: 22). *Karuturi Global Limited* ist in Äthiopien durch *Karuturi Agro Products* vertreten und hat nun neben ihrem Engagement in Gambella auch 10.700 Hektar im Bako Tibee *woreda*/Oromia gepachtet sowie weitere 240 Hektar für die Entwicklung einer Rosen Farm (vgl. ebd.: 22).

Keine Landinvestition in Äthiopien hat so viel (Medien-) Aufmerksamkeit erregt wie jene von Karuturi in Gambella. Bereits 2008 kamen erste Bericht an die Öffentlichkeit, wonach sich *Karuturi Global Limited* 300.000 Hektar Land für die Nahrungsmittelproduktion für eine Dauer von 99 Jahren gesichert habe. Die Pachtgebühren für diese riesige Landfläche wurden auf 15 bis 20 äthiopische Birr pro Hektar geschätzt (das sind 0,64 bis 0,85 Euro), was extrem niedrig ist. Bei den Verhandlungen war die Bundesregierung nicht eingebunden und die Investition wurde direkt zwischen Karuturi und dem Gambella Regional Council verhandelt. Es kommt zu dem, worauf Nyikaw Ochalla, ein Anuak²⁷, der im Exil in Großbritannien lebt, im Interview mit GRAIN hinweist, nämlich zur Marginalisierung der Bevölkerung der Region. Selbst die regionale Regierungen ist nur teilweise über die verschiedenen Entwicklungen informiert (vgl. GRAIN 2010: o.S.).

Angaben des Agricultural Investment Support Directorate (AISD) zufolge, war der Fall Karuturi ausschlaggebend dafür, dass die Bundesregierung 2009 die Entscheidung über Landdeals von mehr als 5.000 Hektar für sich beanspruchte (vgl. Reisenberger 2011: 22ff.). Ein Sprecher der AISD erwähnte dem Oakland Institute gegenüber, dass es „[...] *Bedenken wegen der Größe, der Dauer des Pachtvertrages und dem niedrigen Pachtzins gebe und seither der Pachtvertrag mit Karuturi neu verhandelt werde.*“ (ebd.: 23). Esayas Kebede, der Vorsitzende des AISD, betonte, dass die Landfläche nicht 300.000 Hektar betrage, sondern

²⁷Die Anuak sind ein Volk, welches im Sudan und in Äthiopien beheimatet ist und das seit jeher in enger Beziehung mit seiner Umwelt lebt. Als indigenes Volk werden sie von der Regierung seit Jahrzehnten marginalisiert. Sie erhalten sich vor allem durch Landwirtschaft, Jagd und Fischerei am Leben, während einige Anuak auch Hirten und Hirtinnen sind (vgl. GRAIN 2010: o.S.).

nur 100.000 Hektar und das sie nur für eine Dauer von 30 Jahren für 111 Birr pro Hektar (rund fünf Euro) verpachtet werde (vgl. The Oakland Institute 2011: 19). Karuturi spricht gegenüber den Medien noch immer von 300.000 Hektar. Es gibt Spekulationen, dass 100.000 Hektar bereits abgesteckt seien und zusätzliche Flächen (bis 300.000 Hektar) vielleicht für zukünftige Projekte Karaturis bereit gehalten werden – abhängig von seiner Performance auf den ersten 100.000 Hektar (vgl. Reisenberger 2011: 23).

Wie allen landwirtschaftlichen Investoren in Äthiopien steht auch Karuturi frei, so viel seiner Produkte zu exportieren, wie er möchte. Sai Ramakrishna, Geschäftsführer von *Karuturi Global Limited*, behauptete gegenüber *The Guardian*, dass er den Großteil seiner Erzeugnisse innerhalb Äthiopiens verkaufen wolle, da die hohen Transportkosten über die Region hinaus, den Export wenig sinnvoll machen würden (vgl. Rice 2010: o.S.). 2010 gab *Karuturi Global* allerdings an, die erwirtschafteten Ernten innerhalb des gemeinsamen Marktes von COMESA, dem Common Market for Eastern and Southern Africa, der 19 Mitglieder des östlichen und südlichen Afrikas umfasst, verkaufen zu wollen. Diese Länder sind die größten Importeure äthiopischer Agrarprodukte wie Access Capital feststellte. Der Sudan und Somalia stellen größere Exportmärkte für Afrika dar, als vergleichsweise die USA oder Italien. Außerdem gibt es ein Abkommen zwischen Karuturi und Dschibuti, in dem Lieferungen von 40.000 Tonnen Reis, der in Äthiopien produziert wurde, festgehalten werden (vgl. Reisenberger 2011: 24).

6.8.1 Bechera Agricultural Development Project

Das Investitionsprojekt *Bechera Agricultural Development Project* (BADP) gehört *Karuturi Agro Products*, einem Tochterunternehmen von *Karuturi Global Limited* (vgl. Reisenberger 2011: 26). Das Land, welches von der Regierung verpachtet wurde, liegt im westlichen Teil des Oromia Regional State, in der Western Shoa Zone, ca. 250 Kilometer westlich von Addis Abeba (vgl. Rahmato 2011: 23; vgl. Reisenberger 2011: 26). Es ist eine Oromia-Region und wird vorwiegend von Oromo bewohnt. Die überwiegende Mehrheit der Menschen die hier leben, sind Bauern und Bäuerinnen deren Überleben von Familiengrundstücken abhängig ist, sowie von Ressourcen aus gemeinsamen Ländereien in der Umgebung. Die bäuerlichen Gemeinschaften unterscheiden zwischen zwei Arten von Land auf der Grundlage ihrer Bodeneigenschaften: eines wird schwarzes Land oder *koticha* genannt und das andere rotes Land. Das *koticha* Land in der Bechera Oda Gibe *kebelle*, welches in der Studie von Dessalegn Rahmato untersucht wurde, werden für die Beweidung, Viehzucht und Ackerbau

genutzt (vgl. Rahmato 2011: 23), also für den Lebensunterhalt der lokalen Gemeinschaften (vgl. Reisenberger 2011: 26). *Karuturi Global Limited* plant dort Mais, Reis und Bananen anzubauen.

Der ursprüngliche Plan von *Karaturi Agro Products* war, auf der gesamten Fläche von 10.700 Hektar Aussaat anzusäen. Laut einer Studie der *International Land Coalition* (ILC) vom Jänner 2011, wurde aber erst auf weniger als der Hälfte der Fläche Mais angebaut, Versuchsfelder und eine Ölpalmenbaumschule angelegt (vgl. ILC 2011: 28). Die ILC hat durch die Equatorial Development Consultancy (EDC), die Auswirkungen dieses Projektes auf die lokale Gemeinschaft untersucht, wie im Folgenden erläutert wird (vgl. ebd.: 1).

6.8.2 Nur wenige Arbeitsplätze und gedämpfter Widerstand

Das Projekt hat einige wenige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen für die Menschen in Bechera Oda. Bei Fragen nach den Vorteilen der kommerziellen Landwirtschaft, wie z.B. nach der Schaffung von Arbeitsplätzen, gaben nur elf Prozent der im Rahmen der ILC-Studie befragten Personen in drei *kebeles* an, dass ein Familienmitglied bei BADP angestellt sei (vgl. ILC 2011:20). Der Großteil der Angestellten sind Gelegenheitsarbeiter und Gelegenheitsarbeiterinnen mit wenig bis gar keiner Beschäftigungssicherheit. Sie erhalten keine zusätzlichen Leistungen, außer ihren Tageslohn (vgl. Rahmato 2011: 25). Bei der Frage nach den gehaltenen Versprechen des Investors, gaben die Befragten der lokalen Bevölkerung an, dass der Investor den Bau von Straßen, Kliniken, Schulen usw. versprochen hat, aber noch nichts davon gehalten habe (vgl. Reisenberger 2011: 27). Karuturi hat bisher keine signifikanten infrastrukturellen oder sozialen Investitionen in diesem Gebiet unternommen. Lediglich der Ausbau einer alten, bereits bestehenden Straße, die von der Hauptstraße zum Projektstandort führt und der Bereitstellung von Planen für eine Schule der Gemeinde, ist nichts passiert. Und selbst hier kam es zu Problemen: im Zuge des Straßenausbaus verloren viele Bauern und Bäuerinnen ihre Obstbäume. Als sie sich darüber bei den zuständigen *woreda* Behörden beschwerten wurden sie in Haft genommen und nach zehn Tagen wieder entlassen mit der Warnung „[...] *not to „cause trouble“*“ (Rahmato 2011: 25). Durch diese Strafandrohungen seitens der Regierung können die Menschen ihren Ärger nicht offen ausdrücken. Das Ausbleiben von öffentlichen Protesten darf aber nicht als „Einwilligung“ zu den Landnahmen verstanden werden. Obwohl das Leben der lokalen Bevölkerung am stärksten von den Auswirkungen betroffen ist, hat sie fast keine Information darüber, was passiert (vgl. SMNE 2010: 1ff).

Viele Menschen sind dem Projekt gegenüber feindlich eingestellt, weil sie fühlen, dass sie unfair behandelt worden sind und nicht vom BADP profitieren, ausgenommen von ein paar Arbeitsplätzen, vorwiegend als Wachpersonal (vgl. Reisenberger 2011: 27). In Äthiopien beträgt der Mindestlohn in etwa acht Birr²⁸ am Tag. Das Projekt bezahlt an seine Arbeiter und Arbeiterinnen einen Tageslohn von 10 bis 12 Birr und versorgt sie mit Mahlzeiten, was weniger ist, als das, was Bauern und Bäuerinnen im „Productive Savety Net Program (PSNP) verdienen²⁹ (vgl. Rahmato 2011: 25; vgl. Rice 2010: o.S.). Der Karaturi-Konzern hofft, 20.000 Personen auf seinen beiden Farmen beschäftigen zu können (vgl. Reisenberger 2011: 27).

6.8.3 Zugang zu Weide- und Ackerland

Über 40 Prozent der im Rahmen der ILC-Studie befragten Personen, haben Landwirtschaft durch Share-Cropping, also Naturalpacht, betrieben (vgl. Reisenberger 2011: 27). Dieses Land, welches an Karaturi transferiert wurde, liegt vorwiegend auf *koticha* Land, welches in der fernen Vergangenheit im Besitz des Adels war und - besonders unter den Reformen des Derg – als gemeinsames Eigentum galt. Es wurde von der Gemeinschaft als Weideland benutzt, sowohl als auch von Haushalten, die weiter weg von fruchtbarem Land lagen. Dieser Brauch wurde beibehalten bis das Land an Karuturi übergeben wurde. Alle befragten Personen der ILC Studie (vgl. 2011: 20) gaben an, das *koticha* Land als gemeinschaftlich genutztes Weideland zur Fütterung des Viehs verwendet zu haben. Außerdem erfüllte es andere, wichtige Zwecke für die Gemeinde, wie dem Zugang zu Brennholz, zu wertvollen Pflanzen und Wasserquellen für Menschen und Tiere und es diente als Raum für gesellschaftliche und religiöse Veranstaltungen(vgl. Rahmato 2011: 24).

Es war also keineswegs „ungenütztes“ Land, wie die regionalen Behörden behaupteten, sondern es gab in der Tat ein starkes Gefühl von Gemeinschaftsrechten auf dieses Land unter den lokalen Bauern und Bäuerinnen. Trotzdem erhielt niemand für das verlorene Land eine Entschädigung (vgl. ebd.: 2011 24; vgl. ILC 2011: 20) und die betroffenen Bauern und Bäuerinnen gaben an, dass das Land als „Brachland“ an Karuturi vergeben worden sei. Die Gemeinschaft wurde über den Deal erst dann informiert, als der Investor das Land schon in Besitz nahm und zwar vor den *woreda*-Beamten und Beamtinnen, die ihnen mitteilten, dass das Land für Investitionszwecke vergeben worden wäre (vgl. Reisenberger 2011: 27).

²⁸ Zehn äthiopische Birr entsprechen in etwa 0.45 Euro (vgl. CoinMill 2012)

²⁹ Das PSNP Programm ist ein Multi-Geber unterstütztes Programm, welches Arbeitsplätze schafft für jene Haushalte, die unter endemischer Ernährungsunsicherheit leiden. Es zahlt zwischen 16 und 18 Birr pro Tag für die tägliche Arbeit (vgl. Rahmato 2011: 25).

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu erwähnen, dass weder die als Weideland genutzten Landflächen, noch die gemeinschaftlichen Grundstücke zur landwirtschaftlichen Nutzung, während der Landregistrierungsprozesse 2008 zertifiziert wurden. Das deutet darauf hin, dass die äthiopischen Behörden in der Oromo-Region schon viel früher entschieden hatten, das Land als „idle“ Land, also als Land, das den Investoren zur Verfügung steht, zu kennzeichnen. Bauern und Bäuerinnen, welche bewirtschaftete Parzellen dort hatten, wurde die Zertifizierung ihrer Landflächen verwehrt und daher hatten sie keinen Anspruch auf Entschädigung, als das Land von Karaturi übernommen wurde (vgl. Rahmato 2011: 24). Der Direktor von AISD, Esayes Kebede, meinte gegenüber dem Oakland Institute bezüglich der „Gerüchte“ von vertriebenen Bauern und Bäuerinnen, dass „[...] *anybody who has land title receives compensation; anybody else is there illegally*“ (The Oakland Institute 2011: 47). Fakt ist, dass die Systeme der traditionellen Landnutzungsrechte von den staatlichen Behörden in verschiedenen Regionen, wie zum Beispiel Oromia, nicht anerkannt werden (vgl. ebd.: 47).

Das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (MoARD) ist jenes Bundesorgan in Äthiopien, dass für die Entwicklung der Landwirtschaft normalerweise zuständig ist, jedoch räumt das Bundesrecht den Regionen das Recht ein, Land innerhalb ihrer eigenen territorialen Zuständigkeit verwalten zu dürfen. Auf regionaler Ebene hat der oromische Regionalstaat seine eigenen Bestimmungen, welche von der *Protection and Land Administration and Use Authority* (EPLAUA) umgesetzt werden (vgl. ILC 2011: Executive summary).

6.8.4 Umsiedlungen im Zuge des Karaturi Projektes

Das Solidary Movement for a New Ethiopia (SMNE) hat 2010 eine Stellungnahme veröffentlicht, in der sie Menschen im Projektgebiet von Karaturi bereits darüber informierte, dass sie mit einer Umsiedlung rechnen sollten. Sie wurden darüber informiert, dass sie entweder freiwillig umsiedeln könnten oder zu einem späteren Zeitpunkt in ein Umsiedlungsdorf gebracht werden würden. Lokale Distrikts- und Dorfführer aus den Gebieten rund um den Baro Fluss, aber auch in anderen Distrikten wie Jor, Dimma, Abobo, wurden von Beamten auf Regional- und Bundesebene darüber informiert, dass sie umgesiedelt werden (vgl. Reisenberger 2011: 25; vgl. SMNE 2010: 1ff.).

Im Rahmen des Umsiedlungsprogrammes werden bereits Dörfer näher zu Straßen und öffentlichen Dienstleistungen gesiedelt, aber viele Menschen geben an, dass sie nicht entschädigt worden seien (vgl. Reisenberger 2011: 26). Karuturi weist Vorwürfe in Bezug auf gezielte Umsiedlungen zurück: „*Wir haben keine Viehhirten von ihrem Land vertrieben oder sie am Zugang zum Fluss gehindert*“, sagt der Marketing- und Logistikleiter von *Karuturi Agro Products*, Birr in der Singh, gegenüber IRIN (IRIN 2011: 26). Im Rahmen des Umsiedlungsprogramms in Gambella werden bereits einige Dörfer näher zu Straßen und öffentlichen Dienstleistungen übersiedelt, aber die meisten Menschen wurden dafür nicht entschädigt und die versprochenen Serviceleistungen, wie frisches Wasser, wurden nicht umgesetzt (vgl. Reisenberger 2011: 26).

6.8.5 Zusammenfassung

Die Erkenntnisse aus Bako/Oromia decken sich im Großen und Ganzen mit jenen aus Gambella. Bauern, Bäuerinnen, lokale Beamte und Beamtinnen wurden nicht konsultiert, als die Entscheidung getroffen wurde, Land an Karuturi oder andere Investoren zu übertragen. Vorteile haben sich wenn dann nur über die wenigen Arbeitsplätze, die entstanden sind, ergeben (vgl. Rahmato 2011: 23f.).

Die Projekte von *Karuturi Global* nehmen nicht nur Einfluss auf die Lebenssituation der Menschen vor Ort in den betroffenen Gebieten, sondern zerstören auch deren Existenzgrundlagen. Die Zwangsumsiedlungen der lokalen Bevölkerung, schlecht bezahlte Arbeit in den neuen Farmen, Umweltzerstörung und das Ausbleiben der versprochenen Dienstleistungen tun ihr übriges. Die verfolgte Wachstumspolitik der äthiopischen Regierung hat dazu geführt, dass Tausende Hektar an Land verleast werden, da es laut Regierung „available“ ist bzw. unzureichend genutzt wird. Kritische Stimmen sind jedoch der Meinung, dass die Menge an Land, die frei gegeben wird, ausschließlich vom Interesse der Investoren abhängt und nicht vom tatsächlichen Ausmaß des frei verfügbaren Landes (vgl. Oromo Liberation Front (o.D.): 5).

Das Leid der Bauern und Bäuerinnen in Äthiopien, vor allem in Oromia, verschlechtert sich zusehends als Folge dieser ungleichen Landverteilung. Die Bauern und Bäuerinnen verlieren innerhalb von Monaten ihre Landwirtschaft und den Zugang zu Weideland, das seit Jahrhunderten in ihrem Besitz ist und das sie gemeinschaftlich auf traditionelle Weise nützen. Das verschlechtert die ohnehin bereits prekäre Ernährungssicherheit. Dahinter steht die Politik der Regierung, die auf Wachstum und Profit ausgerichtet ist. Diese neue Form des

agrarischen Neokolonialismus wird unter dem Vorwand der Verwendung von Brachland durchgeführt, während die Realität ganz anders aussieht und die ländliche Bevölkerung ihrer Existenzgrundlage beraubt wird.

Die Regierung hat Tausende von Hektar Ackerland von Oromia genommen, und es unter den Investoren, wie Karuturi, verteilt. Laut seiner Rede vom 1. Dezember 2009 auf dem World Economic Forum ist Meles Zenawi davon überzeugt, dass die von Äthiopien verfolgte Politik dem Land neue „Technologien“ und „Entwicklung“ bringen würde. Jedoch, wie in Oromia und in vielen anderen Regionen wie Gambella beobachtet, verwenden die Mega-Farmen rudimentäre Methoden in der Landwirtschaft, ähnlich der typischen äthiopischen Landwirtschaft. Das neue daran ist, dass die selbstständigen Bauern und Bäuerinnen zu Tagelöhnern wurden, ihre Würde und ihre Eigentumsrechte verloren haben und zu Sklaven im eigenen Land wurden. Noch dazu ist der nördliche Teil des Landes von der Frage nach Landinvestitionen ausgenommen, da wie Meles Zenawi verdeutlicht, die verfolgte Politik nur im Süden des Landes funktioniert.

6.9 Warum ist Oromia überproportional von Landgrabbing betroffen?

Die Frage, warum Oromia überproportional von *Landgrabbing* betroffen ist, muss einerseits aus historischer und andererseits aus gegenwärtiger Perspektive beantwortet werden.

Das produktivste Ackerland Äthiopiens liegt im Süden des Landes und ein Großteil davon wird von Oromo bewirtschaftet. Aufgrund seiner fruchtbaren Böden und Ressourcen ist Oromia die Kornkammer Äthiopiens und wichtiger Lieferant für Exportprodukte und Arbeitskraft. Daher ist die Oromo-Region von besonderer strategischer Bedeutung für ganz Äthiopien. Da die Oromo zahlenmäßig die größte Bevölkerungsgruppe sind und in jenem Teil des Landes leben, das von besonderer ökonomischer und ökologischer Bedeutung ist, hat die jeweils herrschende Elite schon seit jeher versucht, ihre Selbstbestimmung zu unterdrücken, um einen Kontrollverlust zu vermeiden (vgl. Baxter 1978: 296; vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker: o.S.; vgl. Holcomb/Ibssa 1990: 387f.)

Aus historischer Perspektive müssen vor allem die großen politischen Veränderungen, die Äthiopien hat in den letzten Dekaden durchlebt und die von großen Landreformen begleitet waren, betrachtet werden. Zusammengefasst gesagt, bewegte sich Äthiopien von einem vorwiegend feudalen System, indem verwandtschaftliche und private Formen des Landbesitzes, sowie Pacht anerkannt waren, hin zu einem sozialistischen Regime, das den allgemeinen Besitz von Land durch Verstaatlichung und Umverteilung an bäuerliche Haushalte institutionalisierte, um dann letztendlich den Weg zur aktuellen marktorientierten

Wirtschaft einzuschlagen, unter der Land nach wie vor staatliches Eigentum und verfassungsrechtlich verankert ist (vgl. Tamrat 2010: o.S.). Vor allem die Oromo (und andere marginalisierte Bevölkerungsgruppen Äthiopiens) waren von den negativen Auswirkungen dieser Transformationsprozesse der politischen Regime betroffen, denn die jeweils vorherrschenden Machtverhältnisse bestimmten, wie die Landbesitzverhältnisse bestimmt und verteilt wurden (vgl. Engels/Dietz 412f.)

Ende des 19. Jahrhundert begann der abessinische Kaiser Menelik II die Völker des Südens und demnach auch die Oromo zu „zivilisieren“ und kolonialisieren (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker: o.S.). Er zentralisierte die Macht, im Zuge dessen viele Bauern und Bäuerinnen und Hirten und Hirtinnen ihr Land verloren und sich die amharische Dominanz verfestigte (vgl. The Advocates for Human Rights 2009: 5f.).

Nach dem Tod von Menelik II ging die Macht an Haile Selassie über, der die Beschlagnahme des Lands institutionalisierte und die amharische Sprache als Sprache aller Völker des Lands anordnete. Er verfestigte ein Feudal- und Sklavensystem, in dem die niedrigste soziale Schicht hauptsächlich von Oromo gebildet wurde. Reichtümer und Land gingen beinahe vollständig in die Hände der Großgrundbesitzer und der abessinischen Kirche über (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker: o.S.).

Die kurze italienische Kolonialisierung (1935 – 1941) versuchte sich die Unterdrückung der Oromo zu Nutze zu machen und sich als Befreier darzustellen, indem sie das Amharische abschafften und das Afan Oromo anordneten. Amharische Großgrundbesitzer wurden enteignet und der Boden teilweise an die Oromo vergeben. Doch schon bald bemerkten die Oromo, dass die Italiener ihre Unterdrückung zum eigenen Vorteil nutzen wollten. Es kam zu Widerständen gegen die Italiener und als Haile Selassie wieder an die Macht kam, wurden die Aufstände niedergeschlagen (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker: o.S.).

Nach der Absetzung Selassies 1974 kam der Derg unter Oberst Mengistu an die Macht, der zwar die Landwirtschaftsreform einleitete, der sich aber der Massendeportation von Millionen von Oromo schuldig machte. Menghistu stand stellvertretend für die amharischen Elite und sein Staat war ein Kolonialstaat (vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker: o.S.)

Dieser kurze Abriss der Machtverhältnisse ab dem 19. Jahrhundert zeigt, dass die vom Staat verfolgte Politik der „kulturellen Assimilation“ dazu diente, die ethnische Gemeinschaften wie die der Oromo zu isolieren und deren politische Macht zu erodieren (vgl. The Advocates for Human Rights 2009: ii). Mitglieder ethnischer Gruppen, wie die Oromo, begegnen Repressionen und systematischer Marginalisierung, damit die äthiopische Regierung

ungestört fortfahren kann, ihre Macht zu festigen. Das oromische Beispiel zeigt, dass *Landgrabbing* keine neue Erscheinung ist. Die Oromo-Region war und ist stark von dem Machtverhältnis zum Zentrum betroffen – der Grundstein für die Kontrolle wurde bereits im 19. Jahrhundert gelegt. Am erläuterten Beispiel der Oromo hat sich gezeigt, dass Land- und Machtverhältnisse schon immer stark miteinander verbunden waren und die Vorgänge in Oromo *Landgrabbing* somit in seiner historischen Kontinuität darstellen.

Im aktuellen *Landgrabbing*-Diskurs werden vor allem die Vor- und Nachteile der großflächigen Landinvestitionen kritisch analysiert und das Für und Wider einer „win-win“-Situation für beide Seiten abgewogen. Aus Sicht der Oromo-Nationalisten und Nationalistinnen stehen jedoch die negativen Konsequenzen des *Landgrabblings* im Vordergrund, wodurch ihre Ablehnung gegenüber diesen Investitionen nachvollziehbar wird. Die Oromo sehen in der Vermittlung von Land an in- und ausländische Investoren vor allem eine Fortsetzung der im 19. Jahrhundert begonnen Unterdrückung ihrer Identität, da *Landgrabbing* vorwiegend in der Oromo-Region statt findet.

Was sind aus Sicht der Zentralregierung die Gründe, weshalb die Oromo-Region besonders stark von *Landgrabbing* betroffen ist? Eine der offiziellen Erklärungen lautet, dass Oromia besonders für Produktionen in den Hauptinvestitionssektoren, der Blumenerzeugung und der Agrartreibstoffproduktion, geeignet ist. Weissleder übernimmt diese Erklärung in ihrem Bericht für ECOFAIR:

„The main sector was the flori/horticulture sector seated mainly in Oromia. Oromia was thereby chosen because of the climatic conditions necessary for the flori/horitculture production.“ (Weissleder: 2009: 25).

Die klimatischen Bedingungen mögen durchaus ein Grund sein– soziopolitische Gründe werden jedoch nicht erwähnt. Im Bericht des äthiopischen Ministry of Mines and Energy zum Thema Agrartreibstoffe (jenem Sektor, der mittlerweile die Blumenproduktion als Hauptsektor abgelöst hat) verdeutlicht sich die Situation (Ministry of Mines and Engery; 2007: 3f.).

Der Agrartreibstoffsektor hat seinen Schwerpunkt ebenfalls in Oromia und auch hier werden die guten klimatischen Bedingungen erwähnt. Wenn man sich den Bericht aber genauer anschaut, scheint diese Logik nicht nachvollziehbar zu sein. Drei Pflanzen werden in Äthiopien für die Agrartreibstoffproduktion angebaut: *Jatropha Curcas*, Castor und Palmen. Dem Bericht zu folge wachsen alle drei Pflanzen in fast allen Gebieten und Höhenlagen

Äthiopiens. Zuerst werden also die multiregionalen Produktionsmöglichkeiten von Agrartreibstoff betont, ab Seite acht des Berichtes wird dann aber festgestellt, dass 17,2 der 23,3 Millionen Hektar Land für die Produktion von Agrartreibstoffen in Oromia liegen (Ministry of Mines and Engery; 2007: 3f.). Eine mögliche Erklärung, warum nicht mehr die regionale Diversität betont wird, sondern der Schwerpunkt auf einer Region liegt, liegt meiner Meinung nach darin, dass nicht mehr von „suitable“ Land für die Agrartreibstoffproduktion gesprochen wird, sondern von „available“ Land. Geeignetes Land bezieht sich auf die natürliche Beschaffenheit einer Region, während die Entscheidung, ob Land zur Verfügung steht oder nicht vor allem von soziopolitischen Gründen abhängt. Der Bericht geht nicht darauf ein, was „suitable“ Land „available“ macht oder nicht. Die Entscheidung darüber liegt aber ausschließlich bei der Zentralregierung in Addis Abeba, denn „[...] *it is the Federal State that decides how the land and other natural resources of Regional States should be administered and used.*“ (Dhugaasaa 2011: o.S.)

Der Regimewechsel 1991 und die anschließende Ratifizierung der Verfassung 1995 konnten die Landbesitzrechte wiederherstellen. Die Artikel der neuen Verfassung verkomplizieren jedoch die Probleme der Ohnmacht, welche das Volk so lange erlebt hatte. Oromia selbst hat ein Gesetz erlassen, demnach jeder Farmer nur die Hälfte seines Besitzes für maximal drei Jahre verleasen darf, aber die Proklamation 455/2005 erlaubt den *woreda* Autoritäten und der städtischen Verwaltung „[...] *not to defend and protect, but to confiscate and expropriate land for any purpose the higher authorities believes are for „public purpose and/or investment.*“ (Dhugaasaa 2011: o.S.). Auf diese Weise wird Land von der Regierung „available“ gemacht – wird das Land dann für Investitionen ausgewählt, müssen die Besitzer und Besitzerinnen es innerhalb von 30 Tagen verlassen (vgl. ebd.: 11).

Auch im offiziellen Diskurs spricht die äthiopische Regierung von „unused land“, das für Investoren bereit steht:

„*Our policy is that in the low land areas, where we have abundant land, we would lease it out to private sector investors. In the highlands where land is shortage we would allow the farmers to retain indefinite use rights. So you have one extreme in the highlands where land is not sold and bought and it's permanently owned by the farmers, and the other extreme [...] where the government is leasing out hundreds of thousands of hectares to Saudi investors.*“ (Zenawi 2010: o.S.).

Dhugaasaa (2010: o.S.) nennt diesen Zugang, eine „*racist policy of governance*“. Wenn es sich tatsächlich um „unused“ Land handelt, wie die Regierung betont, stellt sich die Frage,

warum immer mehr Stimmen gegen erzwungene Umsiedlungen und Enteignungen laut werden. Und selbst wenn es sich um „unused“ oder „uncultivated“ Land handelt und *Landgrabbing* nur mit gewaltsamer Macht passieren kann, stellt sich die Frage, warum die Regierung nicht auch im Norden des Landes, Land mit den gleichen Methoden „available“ macht.

Für die Oromo Human Rights and Relief Organization (OMRHO e.V.) ist die Lage klar. Für sie ist Tigray die Heimatregion der führenden Partei, der TPLF, und daher ist diese Region von *Landgrabbing*-Prozessen ausgenommen:

„Alone this fact confirms that TPLF’s land grab policy is ethno centrically motivated. The Oromia region, by contrast, is the largest and main target of the land grab policy at it has been the case with human right violations in general.“ (OMRHO e.V. o.D: o.S.).

Die Betroffenen lehnen *Landgrabbing* deshalb ab, weil sie der Regierung nicht glauben bzw. es selbst erlebt haben, dass durch die Millionen von Dollar, die durch ausländische Investitionen ins Land fließen, Jobs geschaffen werden, dass es zur Verbesserung des inländischen landwirtschaftlichen Know-hows kommt, oder das Armut und die chronische Ernährungsunsicherheit eingedämmt werden und beschwerten sich deshalb über die *„[.../ forcible relocation of local pastoralist populations, poorly paid work on the new farms, environmental degradation and a failure to deliver on promises of better infrastructure“* (Oduu Oromoo 2011: o.S.). Auch Dhugaasaa steht den Behauptungen der Regierung, dass durch die Investitionen Entwicklung und Technologie nach Äthiopien gebracht werden, kritisch gegenüber: *„The new thing is that, the farmers-turned-labourers have lost their dignity, ownership right and become slaves in their own country and land.“* (Dhugaasaa 2011: o.S.). Er ist sich sicher, dass weder die Gewinne, noch die Mehrheit der Erzeugnisse mit den Gemeinden geteilt werden und das in fast allen Fällen bisher, weder Farmer noch indigene Völker wenig bis gar keine Entschädigung für ihr Land erhalten haben (vgl. ebd.: o.S.). Auch Pambazuka News (vgl. 2010: o.S.) kommt zu einem ähnlichen Urteil:

„Rice and other cereals produced, by investors, in Oromia, are being shipped out of the country for lucrative international markets and consumption by investors as the local farmers and their family suffer from chronic malnutrition and millions survive on food handout from donor countries“. (ebd.: o.S.).

Die Oromo Human Rights and Relief Organization vertritt die Meinung, dass „[...] *the current government campaign for land grabbing by foreigners is not less than what one might be tempted to call „global agrarian colonialism“.*“ Auch der London International Oromo Workshop lehnt *Landgrabbing* in Oromia als „*leading to „neo-colonialism“*“ ab und versteht dadurch *Landgrabbing* als Kontinuität der als kolonial wahrgenommenen Ausbeutungsverhältnisse (Gadaa.com 2010: o.S.). Auch für die OLF ist *Landgrabbing* ein zentrales Thema. Obwohl sie sich nur in wenigen ihrer Schriften direkt mit dem Thema befasst, wird trotzdem der zentrale Stellenwert dieses Themas verdeutlicht. Die OLF verurteilt in einer Aussendung an die Jimma Times (2009: o.S.) *Landgrabbing* und „[...] *TPLF’s policies of dispossession and marginalization of the Oromo nation*“ as „*the root of today’s underdevelopment*“. Die OLF richtet eine Warnung auch direkt an ausländische Investoren, indem sie deren Verträge für null und nichtig erklärt, soweit diese die Oromo-Nation betreffen:

„*We stress that they are entering into these contracts with a government that is not accountable to the people, a government that has continued to trample on the human and political rights of the voiceless Oromo people. Indeed, we consider them accomplices to the TPLF’s crime against humanity perpetrated against the Oromo nation*“. (Jimma Times 2009: o.S.).

Trotz der Warnung, dass sich ausländische Investoren zu Komplizen der äthiopischen Regierung machen und Menschenrechtsverletzungen begehen, hat das OLF noch keinen aktiven Widerstand gegen das *Landgrabbing* geleistet. Da die OLF aber die äthiopische Regierung für dieses „*crime against humanity*“ (Jimma Times 2009: o.S.) verantwortlich macht, ist davon auszugehen, dass in Zukunft sich möglicher Widerstand gegen die äthiopische Regierung richten wird und nicht gegen Zivilisten und Zivilistinnen.

6.9.1 Zusammenfassung

Oromia ist das Herzstück Äthiopiens und inkludiert die Hauptstadt Addis Abeba. Das dort liegende, südliche Land ist das fruchtbarste Land Äthiopiens und wird von Oromo bewirtschaftet. Die Hauptstadt und das umliegende Gebiet könnten ohne die Versorgung von Nahrungsmitteln, angebaut auf oromischen Land und umgesetzt mit oromischer Arbeitskraft, nicht versorgt werden. Außerdem liefert der Süden die wichtigsten Exportprodukte.

Würde die (amharische) Regierung den Bestrebungen der Oromo nach mehr Selbstständigkeit, Freiheit und Partizipation nachgeben, würden sie einen möglichen Kontrollverlust über wichtige Ressourcen hin nehmen müssen. Dann würde das äthiopische Empire, dass Menelik zusammen gewürfelt und Haile Selassie zusammen gehalten hat und das nun von der amharischen Eliten regiert wird, auseinander fallen und die Amharen würden in den kargen Norden verdrängt werden. Aus Sicht der Regierung ist es daher nicht verwunderlich, dass sie die Unterdrückung der oromischen Selbstbestimmung, die ihren Anfang im 19. Jahrhundert nahm, fortführen.

6.10 Auswirkungen des überproportionalen Landgrabblings in Oromia

Das landwirtschaftliche Investment-Programm, welches von der Regierung eifrig beworben wird und wurde, hat weitreichende sozio-ökonomische und politische Auswirkungen. 2009 hatte die äthiopische Regierung bereits 3.5 Millionen Hektar Land an Investoren transferiert und in den kommenden Jahren wird eine ähnliche Menge frei gegeben werden. Bis Ende 2015 wird sich die äthiopische Landwirtschaftsstruktur signifikant verändert haben und der Wechsel von kleinbäuerlicher hin zur großbäuerlichen Landwirtschaft, die von Fremdkapital bestimmt ist, wird eine ernsthafte Bedrohung für die langfristige Nachhaltigkeit der ländlichen Wirtschaft, der Existenzgrundlage der Bauern und Bäuerinnen und Hirten und Hirtinnen und für die Erreichung der gesetzten Ziele in Bezug auf Nahrungsmittelsicherheit, darstellen (vgl. Rahmato 2011: 25f.). Kapitalistische Investoren, insbesondere ausländische, werden von Profitmotiven getrieben und von der Notwendigkeit, den Exportmarkt zu beliefern. Das bedeutet, dass Land-Management-Systeme adaptiert werden (wie zum Beispiel industrielle Formen der Monokultur), welche nicht umweltfreundlich sind und die langfristig gesehen das Land und das Ökosystem auslaugen und unbrauchbar für zukünftige Generationen hinterlassen werden (vgl. ebd.: 26).

Der äthiopische Staat nützt seine hegemoniale Autorität um Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ihre Gemeinschaften ohne vorherige Rücksprache und ohne deren Zustimmung zu enteignen. In den meisten Fällen der Landdeals gibt es einen Mangel an Transparenz und Verantwortlichkeit und sie haben daher eine vertrauensuntergrabende Wirkung unter den Menschen. Der Verlust von Eigentum bringt nicht nur sozialen und ökonomischen Mangel mit sich, sondern auch ein Gefühl der Unsicherheit und einen Verlust der Stimme. Die ökonomische und soziale Marginalisierung wird von einer „bürgerlichen Marginalisierung“ begleitet. Darunter fällt auch die fehlende Möglichkeit einer aktiven Beteiligung an Prozessen, von denen Menschen direkt betroffen sind, wie eben die ländliche Bevölkerung

von den Auswirkungen des *Landgrabbing*s. Es gibt auch keinerlei Verpflichtungen seitens der Investoren, um zu den Ernährungssicherheits-Bedürfnissen des Landes beizutragen. Die Verträge, welche die Investoren unterschreiben, enthalten keine Regelungen, welche die Versorgung der lokalen Märkte betreffen.

Die Ursachen für die aktuellen Geschehnisse rund um *Landgrabbing* liegen in der Vergangenheit Äthiopiens begraben, worauf meine bisherigen Erkenntnisse schließen lassen. Der Blick auf die äthiopische Geschichte zeigt, dass damals wie heute, die Machtbestrebungen der herrschenden Klassen über den Interessen der Bevölkerung standen. Das zentrale Element dieser Machtbestrebungen war das der Kontrolle, deren Grundstein bereits im 19. Jahrhundert gelegt wurde. Es begann mit der Inkorporation der Oromo und anderer marginalisierter Völker in das Amhara-dominierte äthiopische Empire zu Ende des 19. Jahrhunderts. Dazu kamen die Monopolisierungsbestrebungen der imperialen europäischen Mächte, die Ende des 19. Jahrhunderts die strategisch wichtige Nord-Ost Region Äthiopiens für sich entdeckten.

Die Partizipation der europäischen Mächte in Äthiopien hatte weit-reichende Folgen. Sie formten den äthiopischen Staat, auch auf Regierungs-Ebene, und implementierten ihre (kapitalistischen) Ideologien, die nicht nur aktivem Einfluss auf die Form des Staates nahmen, sondern auch auf die Entwicklung Äthiopiens. Diese ideologische Untermauerung wurde durch zentrale Bürokratie gesichert, von der gewisse Werte extrahiert wurden, während die Einhaltung anderer Werte innerhalb dieser Domäne gewährleistet wurden (vgl. Holcomb/Ibssa 1990: 388). Somit gelang es den herrschenden Klasse, marginalisierte Gruppen, wie die Oromo, unter abessinische Kontrolle zu bringen. Unter diesen Voraussetzungen wurden die eroberten Regionen zu Kolonien unter Kontrolle jener Institutionen gebracht, welche die abessinisch-europäische Allianz unterbringen sollten. Dadurch wurden Bevölkerungsgruppen, die es verabsäumt hatten, mit den herrschenden Eliten zu kooperieren, zu Subjekten gemacht (vgl. ebd.: 388).

Es war die Kooperation zwischen Abessinien und Europa, die den äthiopischen Staat formten und der die Bedürfnisse und Interessen beider Kolonialmächte verkörperte. Ohne diese Kooperation, wäre die Okkupation der eroberten Regionen und die Konstruktion neuer Institutionen, welche die Regionen, die Abessinien umgaben, in Kolonien transformierten, nicht möglich gewesen. Die Unterdrückung der Oromo und anderer marginalisierter Völker war eine Strategie, um Konflikte zu vermeiden und um die Region frei zu halten von der Kontrolle einer Macht. Die Landenteignungen und Umsiedlungsprozesse der Regierung waren und sind nur ein Ausdruck davon.

Galt es damals, die Interessen der Kaiser, Regime und der imperialen Mächte zu ihren Gunsten durchzusetzen, so sind es heute die Investoren, die Bevorzugung erfahren. Die unterste Schicht des Landes, die oromischen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen sind die schwächste Gruppe der Bevölkerung ohne Bildung und ohne Zugang zu Ressourcen und daher leicht zu enteignen bzw. von ihrem Land zu vertreiben. Die unklaren Landbesitzverhältnisse schaffen eine Grauzone mit Verteilungsungerechtigkeiten, die zur weiteren Machtkonzentration seitens der Eliten führen.

Wie in der gesamten Arbeit bereits betont, gibt es ein starkes Nahrungsmittelsicherheits-Element in der aktuellen *Landgrabbing*-Debatte, vor allem in Afrika. Die Idee einer win-win Situation ohne Verlierer klingt zwar sehr gut, ist aber angesichts der Ausklammerung der zentralen Frage nach Nahrungssicherheit und den tatsächlichen Lebensbedingungen und Lebensrealitäten vor Ort nicht realisierbar.

Die Ziele der Regierung bei der Förderung von Großinvestitionen haben sich zu einem großen Teil nicht erfüllt. Bisher gibt es zum Beispiel kaum Technologietransfer, denn die Investoren arbeiten mit Hochtechnologie, die auf kleinbäuerliche Betriebe nicht übertragbar ist. Zwischen den landwirtschaftlichen Familienbetrieben der Kleinbauern und –bäuerinnen und den modernen, großflächigen landwirtschaftlichen Betrieben gibt es keinen Treffpunkt unter dem gegenwärtigen politischen Umfeld. Letztendlich hat die Regierung zu wenig Aufmerksamkeit auf die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten von Land gelegt. Stattdessen hat sie blind auf Landwirtschaft im großen Maßstab gesetzt (vgl. Rahmato 2011: 26f.), deren ungerechte Geschäfte Tausende von oromischen Bauern und Bäuerinnen und deren Familien bitterer Armut und Hilflosigkeit ausgesetzt. Die Kommerzialisierung der Landwirtschaft gefährdet ernsthaft das ökologische Gleichgewicht Oromias und wird einen langfristigen Einfluss auf das Leben und das Wohlbefinden der Oromo und anderer Nationen und Nationalitäten in Äthiopien haben.

6.11 Abschließendes Resümee zum Fall der Oromo

Die Analyse der gegenwärtigen Änderungen im Bereich der Landnutzung und Landbesitz am Beispiel der Oromo haben aufgezeigt, dass diese beiden Bereiche ein gesellschaftlich-politisches Phänomen sind, das seit jeher umkämpft wird.

Die kritische Auseinandersetzung mit den von mir verwendeten Quellen in Bezug auf Oromia hat klar gezeigt, dass Oromia, im Vergleich zu den anderen äthiopischen Regionen, überproportional von *Landgrabbing* betroffen ist.

Im historischen Kontext machen die Vorwürfe der Oromo in Bezug auf deren Marginalisierung durchaus Sinn. Schon seit dem 19. Jahrhundert wurde das oromische Volk marginalisiert und eine soziale autonome Entwicklung durch das Zusammenspiel von (äthiopischen) Kolonialismus und einem weltweiten Imperialismus unterdrückt (vgl. Jalata 1998: 33). Die aktuellen Landnutzungsrechte, Verteilungsproblematiken und Konflikte wurden von der Geschichte geformt, wobei das Recht auf Land in Äthiopien schon immer in den Händen weniger konzentriert war und der Absicherung von Macht diente.

Waren es früher die Kaiser, der Derg und europäische Kolonialmächte, welche die Ressourcen Äthiopiens für sich nutzen, so ist es aktuell die herrschende Kraft der TPLF in Koalition mit der EPRDF, welche die Oromo zu Subjekten ohne Stimme macht. Es ist offensichtlich, dass das Gewinninteresse der Eliten über den Interessen der eigenen Bevölkerung steht. Die Regierung trägt durch ihr Verhalten, indem sie das fruchtbare oromische Ackerland über langfristige Mietverträge an Investoren durch die gewaltsame Vertreibung der oromischen Bauern und Bäuerinnen ohne deren Zustimmung vergibt, zur systematischen Verletzung der Menschenrechte bei, die zu Instabilität, zivilen Unruhen und regionalen Konflikten führen. Die Herrschaft der TPLF ist repressiv und ausbeuterisch für alle Völker Äthiopiens. Dennoch wird die politische Unterdrückung und Marginalisierung, die wirtschaftliche Ausbeutung und Enteignung im speziellen für die Oromo von Jahr zu Jahr schlimmer, denn die Oromo sind überproportional von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und von *Landgrabbing* betroffen.

Aus aktueller Sicht, scheinen die Argumente der Regierung nicht stichhaltig und logisch zu sein, wenn es darum geht, die aktuelle Situation des oromischen Volkes zu beschreiben. Die Oromo-Region reicht vom äußeren Süden über einen schmalen Streifen bis hinauf in den Norden. Damit teilt sie sich dieselben geografischen und klimatischen Gegebenheiten, wie die angrenzenden Regionen. Im offiziellen äthiopischen Diskurs wird *Landgrabbing* ausschließlich als geografischer und klimabedingter Prozess dargestellt. In Wirklichkeit ist *Landgrabbing* jedoch eine soziopolitische Angelegenheit, deren Ursprung weit in die Geschichte Äthiopiens zurück reicht. Die Konstruktion von Land als ungenutzt ist im äthiopischen und oromischen Kontext mit unterschiedlichen politischen und ökonomischen Zielen verbunden und spiegelt die bestehenden Herrschaftsverhältnisse wieder. Natürliche Ressourcen werden kommodifiziert, lokale Lebensgrundlagen werden zerstört und Bevölkerungsgruppen werden vertrieben. Von den Veränderungen der Landnutzung profitieren vor allem die herrschenden Eliten. Entscheidungen über die Verwendung und

Verteilung von Land können daher nicht aus dem sozio-politischen Kontext, aus denen sie hervor gegangen sind, heraus gelöst werden. Landtransformation muss in Äthiopien als eingebettet in eine „*imperiale Globalität*“ (Escobar 2008: o.S.) begriffen werden, in welcher eurozentristische Vorstellungen von Modernität und Entwicklung zunehmend globale Gültigkeit erlangen (vgl. Engels/Dietz 2011: 9).

7 Conclusio

Um meine eingangs gestellte Forschungsfrage beantworten zu können, möchte ich zuerst eine Zusammenfassung meiner gewonnenen Erkenntnisse wiedergeben:

Äthiopien ist ein besonders augenfälliges Beispiel für die Problematik von großflächigen Investitionen durch ausländische Investoren in Land, die in den letzten drei, vier Jahren in Afrika verstärkt statt finden und deren Auslöser unter anderem die Nahrungsmittelkrise 2007/2008 war.

Wie die vorangegangenen Ausführungen verdeutlicht haben, geht Land in Afrika nicht nur aufgrund von ökologischen Bedingungen, wie dem Klimawandel, verloren, sondern aufgrund von politischen und ökonomischen Maßnahmen, die sich unter dem Begriff *Landgrabbing* zusammen fassen lassen und aufgrund derer Hunger in den letzten fünf Jahren massiv zugenommen hat.

Große Teile der Bevölkerung Äthiopiens, die derzeit noch in der Lage sind, sich selbst auf Grundlage subsistenzwirtschaftlicher Produktionswiesen zu ernähren, könnten diese Fähigkeit verlieren, wenn den großflächigen Verpachtungen ihrer Lebensräume nicht Einhalt geboten wird. Da die überwiegende Mehrheit der äthiopischen Bevölkerung am Land lebt und deren Überleben von den dort vorhandenen natürlichen Ressourcen und ihrem Zugang davon abhängt, um sich auf subsistenzwirtschaftlicher Ebene ernähren zu können, wirken sich Veränderungen im landwirtschaftlichen Sektor unmittelbar auf einen Großteil der Menschen aus. So ist zu befürchten, dass Landinvestitionen Armut und Ernährungsunsicherheit verschärfen, indem Subsistenzbauern und Subsistenzbäuerinnen und andere „unproduktive“ Landwirtschaftsformen verdrängt werden.

Das wirtschaftliche Rückgrat Äthiopiens ist die Landwirtschaft, wobei der kleinbäuerlichen Subsistenzwirtschaft besondere Bedeutung zukommt. Der Agrarsektor ist nicht nur eine bedeutende Basis für das volkswirtschaftliche Einkommen, sondern dort werden auch jene

Güter produziert, die für die Versorgung der Bevölkerung wichtig sind. Trotzdem schenkt die Regierung dieser Tatsachen nur wenig Beachtung und führt die geringe Produktivität des landwirtschaftlichen Sektors auf die begrenzte Kapazität der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen zurück.

In der Annahme, dass Investitionen in Land eine win-win Situation für alle bringen würden, die zur Reduktion von Hunger und Armut beitragen soll, stellt die Regierung die Profitinteressen der Investoren über jene ihrer eigenen Bevölkerung und signalisiert starke Unterstützung für ausländische Investoren, nicht zuletzt mit eigens dafür eingerichteten Institutionen. Die Regierung geht dabei von der falschen Annahme aus, dass Direktinvestitionen in Land die Lösung für fehlende Entwicklung, Technologie und Know-How seien, um Äthiopiens eingeschlagenen Weg der Modernisierung fort beschreiten zu können. Sie übersehen dabei, dass es aber bei den getätigten Investitionen in Form von *Landgrabbing* um Profit- und nicht um Entwicklungsinteressen geht. Die ökonomische Integration Äthiopiens in den Weltmarkt wird durch die Übertragung von nördlichen Technologien, Rechtssystemen und Verarbeitungssystemen eindimensional verlaufen und den Aufbau eigener, nationaler Systeme verhindern.

Eine andere Problematik, die sich am Beispiel Äthiopiens offenbart, ist der Umgang mit den Pastoralisten, also jener Bevölkerungsgruppe, die seit jeher von den herrschenden Eliten marginalisiert wurde und aktuell besonders von den Folgen der *Landgrabbing*-Prozesse betroffen ist. Durch die politische Entscheidung „ungenutztes“ Land für Investoren freizugeben, verlieren die Pastoralisten ihren Zugang und die Kontrolle über lebensnotwendige Ressourcen. Es ist kein Zufall, dass Flächen als „ungenutzt“ beschrieben werden, wenn dort andere Nutzungsformen (wie das temporäre Weiden von Vieh), die nicht marktorientiert sind und nicht der kommerziellen gewinnorientierten Landwirtschaft dienen, umgesetzt werden.

Vor Vorteil für das gesamte Land wäre, wenn sich die Regierung auf ihre bereits vorhandenen Ressourcen – nämlich die bäuerliche Landwirtschaft – konzentrieren und diese als Ausgangspunkt für weitere Maßnahmen nehmen würde. Investitionen sollten vor allem in den kleinbäuerlichen Sektor fließen und nicht nur vor allem in Richtung Industrialisierung.

Die gegenwärtige Form der Landwirtschaft, die als „sozial schädlich“ beschrieben werden kann, die Menschen und vor allem Arme und marginalisierte Gruppen von ihrem Land vertreibt und die ihre eigenen Grundlagen verschwendet bzw. ausverkauft, ist ineffizient und wird auch in Zukunft die Hungerproblematik Äthiopiens verschärfen und nicht lindern.

Zentral in der gesamten aktuellen und historischen *Landgrabbing*-Debatte ist – und das umschließt auch meine generierten und im Conclusio zusammen gefassten Erkenntnisse - die Eigentumsfrage der Ressourcen, wie beispielsweise nach Land im Falle meines Länderbeispiels. Die Frage ist, wer die Kontrolle über die verfügbaren Ressourcen hat und zu welchem Zweck?

Diese Frage stellt sich aber nicht erst seit der Gegenwart – vielmehr sind die aktuellen *Landgrabbing*-Prozesse in Äthiopien die Fortsetzung der Geschichte, denn bestimmte Landverhältnisse haben schon immer der Durchsetzung von Herrschaftsverhältnissen gedient.

Bis zur Revolution 1974 hatte Äthiopien ein komplexes Landnutzungssystem, indem viele verschiedene Systeme nebeneinander existieren. Allerdings kann das Landbesitzsystem im Kontext der ungleichen Verteilung zwischen dem Norden des Landes (der den Kern des alten Reich bildet), wo Land relativ gleichmäßig verteilt war, und dem Süden (der unter imperialer Herrschaft und durch Eroberung ins äthiopische Reich inkorporiert wurde), wo die Ungleichheit größer war, betrachtet werden. Diese Nord-Süd Unterschiede spiegelten die Unterschiede im Landbesitzsystem wieder, die von politischen Veränderungen und großen Landreformen begleitet waren. Landbesitzverhältnisse und Landnutzung haben sich historisch immer in Verbindung mit sozialen und politischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verändert und seit dem 20. Jahrhundert auch zugunsten von Landwirtschaft im kommerziellen Rahmen. Bei den aktuell laufenden Investitionen in äthiopisches Land müssen aber auch jene Charakteristika beachtet werden, welche sie von früheren Landnahmen unterscheiden. Dazu zählt unter anderem die Beteiligung von Ländern des Südens (im Falle Äthiopiens sind das beispielsweise Unternehmen aus Indien) und der Aspekt des Grundnahrungsmittelanbaus aus Gründen der Nahrungsmittelsicherheit für die investierenden Staaten.

Bereits im *rist*-System im Norden des heutigen Äthiopiens im 19. Jahrhundert spiegelten die Landnutzungsverhältnisse die sozialen Kräfteverhältnisse wieder:

„Die Verteilung innerhalb eines Dorfes war nicht gleich [...] Was einer pflügte hing davon ab, was die Dorfältesten als seinen ‘fairen‘ Anteil ansahen. Das Rist-System erlaubte einem Mann mit großem Einfluß, erheblichen Landbesitz zu beanspruchen.“ (Pausewang 1977: 19f.)

Als das Landbesitz-Konzept implementiert wurde, bestimmten die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Machtverhältnisse, wessen bzw. welches der bereits bestehenden Nutzungsrechte zum Besitz wurde. Damit wurden spezifische historische Konstellationen festgeschrieben.

Die Verstaatlichung von Land im Zuge der Landreform 1975 unter der Herrschaft der Derg, spiegelt nicht nur die Macht des Regimes wieder, sondern auch den Einfluss der Opposition seitens der Studenten und Studentinnen. Obwohl unter der Herrschaft der EPRDF der Staat als alleiniger Eigentümer von Land bestehen bleibt, verdeutlicht das gegenwärtige Recht auf Landnutzung durch verschiedene Akteure, wie beispielsweise ausländische Investoren, erneut eine Verschiebung der sozialen Kräfteverhältnisse (auch wenn Investitionsflächen ausschließlich verpachtet und nicht verkauft werden) (vgl. Engels/Dietz 2011: 414f.).

Für die Bevölkerung Äthiopiens besteht in der gegenwärtigen Realität eine Dualität zwischen formellen Landrecht und dem gewohnheitsrechtlichen System, die es einfach macht, Menschen für Investitionen von ihrem Land zu vertreiben. Die Bevölkerung hat das Recht, das Land zu nützen, aber dieses Recht ist nicht geregelt, da sich die Regierung vorbehält, im Rahmen der Modernisierungsstrategien, Land an Investoren zu vergeben, auch wenn dieses Land genutzt wird. Das nicht funktionierende Landregistrierungssystem schafft Grauzonen und keine klaren Zuständigkeiten, das ein Hinwegsetzen über die Rechte der Bauern und Bäuerinnen durch die herrschenden Eliten möglich macht.

Die Landbesitzverhältnisse spiegeln nicht nur soziale Kräfteverhältnisse von individuellen und kollektiven Akteuren wieder, sondern auch soziale Kategorien. Es war kein Zufall, dass bestimmte Personen (in bestimmten Positionen) im *rist*-System Anspruch auf Landbesitz erheben konnten. Auch bei den gegenwärtigen Landnutzungsverhältnissen, muss nach dem Profit von Individuen und sozialen Gruppen gefragt werden (vgl. Engels/Dietz 2011: 413ff.). Vor allem an dem von mir untersuchten Beispiel der Oromo, verdeutlicht sich, dass entlang von sozialen Kategorien ungleich verteilt wird. Als Volk des Südens, das im 19. Jahrhundert mit Gewalt in das äthiopische Reich inkorporiert wurde und dessen Selbstbestimmung seit jeher unterdrückt wird, zeigt sich, dass Ethnizität und regionale Herkunft eine relevante Kategorie im Landnutzungssystem darstellen. Indem den Oromo und anderen marginalisierten Bevölkerungsgruppen der Zugang zu bestimmten Tätigkeiten, Positionen und Ressourcen verwehrt wird, verfestigen sich bestehende Ungleichheiten und sichern bestehende Herrschaftsstrukturen ab.

Im äthiopischen Kontext bedeutet das, dass die Diskriminierung von gewissen Bevölkerungsgruppen häufig in Verbindung mit Herrschaftsstrukturen steht, die entlang von Ethnizität, Klasse und Geschlecht gezogen werden. Diese Kategorisierung entlang von sozialen Klassen betrifft auch die Pastoralisten, die zur Lebenssicherung eine bestimmte Strategie verfolgen. Indem die Regierung diese pastoralen Formen der Landnutzung als

„unproduktiv“ und „rückständig“ bewertet, definiert sie nicht nur eine soziale Gruppe, sondern die Vorteile aus der großflächigen Landverpachtung, von dem als „ungenutzt“ kategorisierten Land, werden entlang dieser sozialen Kategorien gezogen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Landpolitik im Fall Äthiopien im historischen und aktuellen Kontext der Etablierung und der Absicherung von Macht gedient hat:

Menelik II, der bei der Eroberung der südlichen Gebiete, Land an ihm gegenüber loyale Soldaten vergab; der Derg, der im Zuge der Landreform 1975 sich die Unterstützung der Bauernschaft und Studierenden sichern wollte und gleichzeitig, mit der Verteilung der Studierenden in den ländlichen Regionen, die oppositionelle Struktur zu schwächen versuchte; und gegenwärtig die EPRDF, die durch die Vergabe von Land ihre Position abzusichern versucht.

Meinen Erkenntnissen zu Folge, handelt es sich bei der aktuellen Form des Landgrabblings in Äthiopien um eine neoliberale Form des Landgrabblings. Wie die Analyse der historischen Vergangenheit gezeigt hat, können ernsthafte Änderungen in den Landbesitzverhältnissen zu Gunsten der Bevölkerung nur dann statt finden, wenn sie mit einer Neubestimmung von Politik und Demokratie einher gehen, die neue politische Vorgehensweisen mit sich bringen, die nicht primär der Absicherung von Herrschaft dienen.

Hungernde schauen dabei zu, wie Ernten an ihnen vorbei in reiche Länder exportiert werden. Dieses Bild entspricht nicht nur vorkolonialen Zeiten, sondern der gelebten Realität Äthiopiens. Dabei sind die Auswirkungen, die eine auf den Export von Grundnahrungsmitteln ausgerichtete Wirtschaft haben kann, spätestens seit den Untersuchungen von Mike Davis zu den großen Hungerkatastrophen in der spätviktorianischen Zeit, bekannt (vgl. Davis 2005).

In Zukunft wird es einen steigenden Bedarf an Investitionen in Landwirtschaft geben. Die Frage ist, wie großflächig, vor allem ausländische, Investitionen in Land einen positiven Beitrag zur Nahrungsmittelsicherheit der ländlichen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen leisten können und letztendlich auch einen Beitrag zu Entwicklung.

Die Staaten bzw. die Regierung Äthiopiens muss ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen und die Förderung von großflächigen Agrarinvestitionen und den damit einhergehenden Landnahmen im Sinne ihrer Bevölkerung und dem Recht auf Nahrung nachkommen. Sonst werden auch in Zukunft Investitionsdeals inklusive Exportklauseln und die Kaufkraft wohlhabender Länder darüber entscheiden, wo in Zukunft gehungert wird.

8 Literaturverzeichnis

- Anseeuw, Ward et al. (2011):** The end of the African peasant? From investment funds and finance valuchains to peasant related questions. Paper presented at the International Conference on Global Land Grabbing. 6-8 April 2011. http://www.future-agricultures.org/papers-and-presentations/cat_view/1551-global-land-grab/1552-conference-papers [Zugriff am 23.05.2012]
- Äthiopische Verfassung:** Artikel 40 (4), Artikel 40 (5)
<http://www.salamat.net/Downloads/Ethiopian%20Constitution.htm>[Zugriff am 22.12.2011]
- Bahru, Zewde (1991):** A History of Modern Ethiopia 1855 – 1974. Eastern African Studies. Oxford: James Currey.
- Bartnicki, Andrzej/Mantel-Niecko, Joanna (1978):** Geschichte Äthiopiens. Von den Anfängen bis zur Gegenwart in 2 Teilen. Teil 2. Vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Berlin: Akademie-Verlag.
- Baxter, P.T.W. (1978):** Ethiopia´s Unacknowledged Problem: The Oromo. In: African Affairs, Vol. 77.No. 308. S. 283 – 296.
- Benzing, Brigitta/Wolde-Giorgis, Kahsai (1980):** Das neue Äthiopien. Vom Kaiserreich zur Revolution. Darstellung und Dokumente. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag.
- Berisso, Taddesse (2002):** Modernist Dreams & Human Suffering: Villagization among the Guji Oromo. In: James, Wendy at al. (2002): Remapping Ethiopia. Socialism & After. Eastern African Studies. UK: Long House Publishing Services. S. 116-132.
- Bley, Helmut (1984):** Problematisches Erbe. Kolonialismus und Landwirtschaft. In: Der Überblick 20/1. 1984. S. 32-34.
- Brand, Ulrich (2011):** Die wissenschaftliche Perspektive der Politischen Ökologie. Für das Plenum der Enquete-Kommission und insbesondere für die PG 3. 4. Juli 2011. Berlin/Wien.
https://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/oeffentlich/8_sitzung/brand.pdf [Zugriff am 17. 01. 2012]
- Branford, Sue (2009):** Die globale Jagd nach Land für Nahrung. In: Food First. FIAN-Magazin für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. 1/09. S. 6.
- Brooks, Jonathan (2009):** Land for grabs: Win-win or Neo-Colonialism? (12.39 Minute). Good France 24 Video on Benin farmers, followed by detailes explanatory interview with Jonathan Brooks, OECD. 25 December 2009
<http://www.france24.com/en/20091225-landgrab-Benin-Grain-multinationals>[Zugriff am 17.01.2012]
- Butler, Ed (2010):** „Land grab fears for Ethiopan rural communities“ BBC News. 16.12.2010. London. <http://www.bbc.co.uk/news/business-11991926> [Zugriff am 08. 05. 2012]

- Club2** (2012): Hunger in der Welt – wie lange schauen wir noch zu? Club2 TV-Diskussionsrunde am 30.5.2012 mit Franz Fischler (ehemaliger EU-Kommissar für Landwirtschaft); Anita Sackl (Ärzte ohne Grenzen); Birgit Englert (Afrika Wissenschaftlerin), Abbé Ambroise Tine (Generalsekretär der nationalen Caritas Senegal); Thomas Stelzer (Beigeordneter Generalsekretär UNO); Sabine Leidig (Kapitalismuskritikerin „Die Linke“).
- CoinMill** (2012): Der Währung Konverter. Äthiopische Birr und Euro Umrechner. http://de.coinmill.com/ETB_EUR.html#ETB=10 [Zugriff am 25.12.2012]
- Coker, Margaret** (2008): UN food chief warns on bunying farms“. In: Wall Street Journal online. 10. September 2008. http://online.wsj.com/article/SB122098802643115897.html?mod=todays_us_page_on_e [Zugriff am 17. Jänner 2012]
- Cotula, Lorenzo** (2011): Land deals in Africa: What is in the contracts? International Institute for Environment and Development (IIED). London <http://pubs.iied.org/pdfs/12568IIED.pdf> [Zugriff am 24.04. 2012]
- Cotula, Lorenzo et al.** (2009): Land grab or development opportunity? Agricultural investment and international land deals in Africa. IIED, FAO und IFAD Report. London/Rom.
- Cotula, Lorenzo/Vermeulen, Sonja** (2009): ‚Land grabs‘ in Africa: can the deals work for development? International Institute for Environment and Development (IIED) Briefing. September 2009. <http://pubs.iied.org/pdfs/17069IIED.pdf> [Zugriff am 01.05.2012]
- Davis, Mike** (2004): Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophe und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter. Berlin [u.a.]: Assoziation A.
- De Jode, Helen** (2010): Modern and mobile. The future of livestock production in Africa’s drylands. International Institute for Environment and Development (IIED) and SOS Sahel International UK. <http://www.iied.org/pubs/display.php?o=12565IIED> [Zugriff am 01.05.2012]
- Deininger, Klaus et al.** (2011): Rising Global Interest in Farmland. Can it Yield Sustainable and Equitable benefits? The World Bank. Washington D.C. http://siteresources.worldbank.org/INTARD/Resources/ESW_Sept7_final_final.pdf [Zugriff am 24.04.2012]
- Deutsche Bank** (2009): Investing in Agriculture. Far-Reaching Challenge, Significant Opportunity. An Asset Management Perspective. June 2009. http://www.db.com/us/docs/Ag_whitepaper_062409.pdf [Zugriff am 28.04.2012]
- Dhugaasaa, Hundee** (2011): Oromia/Ethiopia: Land Grabbing and Its Dire Consequences. 11. Februar 2011. <http://gadaa.com/oduu/8020/2011/02/11/oromiaethiopia-land-grabbing-and-its-dire-consequences/> [Zugriff am 08.04.2012]

- Dhugaasaa, Hundee** (o.D.): Land Grabbing in Ethiopia.
<http://ecadforum.com/News/2011/02/08/land-grabbing-in-ethiopia/> [Zugriff am 05.05.2012]
- Dritte Welt im Ausverkauf** (2011): Video auf Arte France (1 Stunde 29:37Minuten). 20. April 2011. <http://www.youtube.com/watch?v=ff8vWF2UPso> [Zugriff am 17. Dezember 2011]
- ECOSOC** (o.D.): Development Strategies That Work Database. Ethiopia. Country experiences presented at the ECOSOC Annual Ministerial Review. United Nations Economic and Social Council.
- EIU** (2008): Country Profile Ethiopia. Economist Intelligent Unit. London.
http://edu.care.org/Documents/Country%20Profile_Ethiopia-EIU.pdf [Zugriff am 17.12.2012]
- Engels, Bettina/Dietz, Kristina** (2011): Land Grabbing analysieren: Ansatzpunkte für eine politisch-ökologische Perspektive am Beispiel Äthiopiens. In: Peripherie. Nr. 124. 31. Jg 2011. Verlag Westfälisches Dampfboot. Münster. S. 399-420
http://www.zeitschrift-peripherie.de/124_03_engels-u-dietz.pdf [Zugriff am 19.01.2012]
- Escobar, Arturo** (2008): Territories of Difference: Place, Movements, Life, Redes. Durham, NC & London.
- Ethiopian Investment Agency** (2010): About Us; Opportunities Agriculture.
<http://www.ethioinvest.org/> [Zugriff am 19.01. 2012]
- ETM & EIA** (2005): EthioMarket & Ethiopian Investment Agency (2005): Opportunities Agriculture. <http://www.ethiomarket.com/eic/> [Zugriff am 19.01.2012]
- FAO** (2009): From Land Grab to Win-Win. Seizing the Opportunities of International Investments in Agriculture. Economic and Social Perspectives. Policy Brief 4. June 2009. <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/011/ak357e/ak357e00.pdf> [Zugriff am 17.12.2011]
- FAO** (2009a): Foreign direct investment – win-win or land grab? World Summit on Food security. 16. – 18. November 2009. Rom
<http://svt.se/content/1/c8/01/86/34/32/k6358e.pdf> [Zugriff am 23.01.2012]
- FIAN** (2010): Land Grabbing. Moderne Landnahme und das Recht auf Nahrung. FIAN Fact Sheet 2010/1. <http://www.fian.at/assets/fianfactsheet2010-1landgrabbingsscreen1.pdf> [Zugriff am 02.11.2011]
- FIAN** (2010a): Land Grabbing in Kenya and Mozambique. A report on two research missions – and a human rights analysis of land grabbing.
<http://www.fian.org/resources/documents/others/land-grabbing-in-kenya-and-mozambique/pdf> [Zugriff am 08.01.2012]
- Finanzradar** (2010): Was ist Finanzialisierung? 19. Juli 2010.
<http://www.finanzradar.net/wordpress/?p=102> [Zugriff am 22. Juni 2012]

- Friis, Cecilie/Reenberg, Anette.**(2010): Land grab in Africa. Emerging land system drivers in a teleconnected world. The Global Land Project Report No. 1. GLP-IPO. University of Copenhagen. http://www.globallandproject.org/Documents/GLP_report_01.pdf [Zugriff am 25.04.2012]
- Gabler Wirtschaftslexikon:** Stichwort: Spillover-Effekt. Gabler Verlag. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/10407/spillover-effekt-v7.html> [Zugriff am 24.04.2012]
- Gadaa.com** (2010): London International Oromo Workshop: The Scramble for Land, 'Investment' and Environmental Degradation in Oromia: Consequences for the Future. 6. Juni 2010. <http://gadaa.com/oduu/3960/2010/06/06/london-international-oromo-workshop-the-scramble-for-land-investment-and-environmental-degradation-in-romia-consequences-for-the-future/> [Zugriff am 08.04.2012]
- Galaty, John G.** (2011): The Modern Mobility of Pastoral Land Rights: Tenure Transitions and Land-Grabbing in East Africa. Paper presented at the International Conference on Global Land Grabbing 6-8 April 2011.
- Gesellschaft für bedrohte Völker** (2005): Äthiopien: Der Kampf des Oromo. Ein Jahrhundert des Widerstandes um das Überleben und die Freiheit. <http://www.gfbv.it/3dossier/africa/oromo-de.html> (Zugriff am 18.02.2012)
- Gnamo, Abbas Haji** (2002): Islam, the Orthodox Church and Oromo Nationalism (Ethiopia). In: Cahiers d'études africaines. Numéro 165. XLII-1. S. 99-120. <http://etudesafricaines.revues.org/137>(Zugriff am 27.02.2012)
- Görg, Christoph** (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Graham, Alison et al.**(2010): Land Grab Study. CSO Monitoring 2009-2010. „Advancing African Agriculture (AAA): The impact of Europe´s policies and practises on Africa agriculture and food. security. <http://www.fian.org/resources/documents/others/report-on-land-grabbing/pdf>[Zugriff am 17.12.2011]
- GRAIN** (2008): Seized! The 2008 land grab for food and financial security. GRAIN Briefing. Oktober 2008. http://www.grain.org/system/old/briefings_files/landgrab-2008-en.pdf?locale=fr[Zugriff am 25.12.2011]
- GRAIN** (2009): Landgrabbing and the global food crisis. http://www.grain.org/system/old/o_files/landgrabbing-presentation-11-2009.pdf [Zugriff am 25.12.2011]
- GRAIN** (2010): Land grabs threaten Anuak: GRAIN interviews Nyikaw Ochalla. In: Seedling, Biodiversity, Rights and Livelihood. April 2010. S. 12 – 13. <http://www.grain.org/fr/article/entries/4064-land-grabs-threaten-anuak> [Zugriff am 13.04.2010]
- GRAIN** (2010a): Pastoralism: An untold tale of adaption. In: Seedling. Biodiversity, Rights and Livelihoods. April 2010. S. 14 – 18. <http://www.grain.org/fr/article/entries/4066-pastoralism-an-untold-tale-of-adaptation-and-survival> [Zugriff am 08.05.2012]

- GRAIN-Blog:** Farmland grab blog. <http://farmlandgrab.org/> [Zugriff am 25.04.2012]
- GTZ** (2009): Foreign Direct Investment (FDI) in Land in developing countries. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Deutschland.
<http://www.responsibleagroinvestment.org/rai/sites/responsibleagroinvestment.org/files/gtz-foreign-direct-investment.pdf> [Zugriff am 24.04.2012]
- Haberl, Helmut** et al. (2009): Using embodied HANPP to analyze teleconnections in the global land system: Conceptual considerations. Geografisk Tidsskrift-Danish Journal of Geography 109 (2).S.119-130 http://rdgs.dk/djg/pdfs/109/2/Pp_119-130_109_2.pdf [Zugriff am 25.04.2012]
- Herre Roman** (2009): Alles in der Krise, nur die Landbörse boomt. Herausforderungen für die Durchführung des Rechts auf Nahrung. In: Food First. FIAN-Magazin für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. 1/09. S. 4 – 5. FIAN Deutschland. Basisdruck GmbH.
- Hoering, Uwe** (2009): Hauptdestination Afrika: Die neue Landnahme. Ernährungssicherheit oder Agrarkolonialismus? In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E). Luxemburg, W&E 02/2009. S. 1 – 3. http://www.globe-spotting.de/fileadmin/user_upload/globe-spotting/Africa/Landnahme.pdf [Zugriff am 02.02.2012]
- Hoering, Uwe** (2009a): Äthiopien – Blühende Investitionslandschaften. November 2009. http://www.globe-spotting.de/fileadmin/user_upload/globe-spotting/Africa/%C3%84thiopien_Agrarinvestitionen.pdf [Zugriff am 02.02.2012]
- Hoering, Uwe** (2012): Aktuelle Konflikte im Lebensmittel und Agrarsystem. Podiumsdiskussion mit Eva Gelinsky, Werner Zollitsch und Uwe Hoering am 8. Mai 2012 im Rahmen der Ringvorlesung und Veranstaltungsreihe „Ernährungssouveränität – Theorie und Praxis für ein alternatives Lebensmittel- und Agrarsystem“ auf der Universität für Bodenkultur. Wien.
- Hoering, Uwe** (2012a): Land Grabbing ist kein Kolonialismus. Uwe Hoering im Gespräch mit Nele Heiland vom Geographischen Institut der Humboldt-Universität in Berlin. Mai 2012 <http://www.globe-spotting.de/heiland-interview-052012.html> [Zugriff am 06.06.2012]
- Holcomb, Bonnie K./Ibssa Sisai** (1990): The Invention Of Ethiopia- The Making of a Dependent Colonial State in Northeast Africa. Trenton, New Jersey: The Red Sea Press.
- Human Rights Watch** (2005): Suppressing Dissent. Human Rights Abuses and Political Repression in Ethiopia's Oromia Region. May 2005 Vol. 17, No. 7 (A). http://www.oromoliberationfront.org/News_Archives/hrw-eth-10may.pdf [Zugriff am 9. März 2012]
- Human Rights Watch** (2012): „Waiting Here for Death“. Displacement and „Villagization“ in Ethiopia's Gambella Region. Jänner 2012. Printed in the United States of America.

- Human Rights Watch** (2012a): Äthiopien: Hunger und Not durch Zwangsumsiedelung. Keine Menschenrechtsverletzungen gegen indigene Gruppen durch Gebermittel. 17. Jänner 2012. London. <http://www.hrw.org/de/print/news/2012/01/16/thiopien-hunger-und-not-durch-zwangsumsiedlung> [Zugriff am 02.02.2012]
- Hundie, Bekele** (2010): „Conflicts between Afar Pastoralists and their Neighbors: Triggers and Motivations“. In: International Journal of Conflict and Violence. Bd. 4, Nr. 1. S. 134-148.
- ILC** (2011): A case study of the Bechera agricultural development project, Ethiopia. International Land Coalition. S. 1
http://www.landcoalition.org/sites/default/files/publication/1021/EDC_Ethiopia_web_11.03.11.pdf [Zugriff am 14.04.2012]
- ILC Blog**: Commercial Pressures on Land Blog <http://www.landcoalition.org/cpl-blog> [Zugriff am 25.04.2012]
- IRIN** (2011): ETHIOPIA: The great land-grab debate. 25.03.2011.
<http://www.irinnews.org/Report/92292/ETHIOPIA-The-great-land-grab-debate> [Zugriff am 16.04.2012] [eigene Übersetzung]
- Jalata, Asafa** (1993): Oromia & Ethiopia. State Information and Ethnonational Conflict, 1868-1992. USA: Lynne Rienner Publishers.
- Jalata, Asafa** (1998): The Emergence of Oromo Nationalism and Ethiopian Reaction. In: Jalata, Asafa (1998): Oromo Nationalism and the Ethiopian Discourse. The Search For Freedom & Democracy. Asmara, Eritrea: The Red Sea Press. S. 1 - 26.
- Jimma Times** (2009): Oromo rebels oppose farmland deals between Ethiopia Govt and investors. Statement of the Oromo Liberation Front. 12. Februar 2009.
<http://jimmatimes.com/printFriendly.cfm?articleID=33051> [Zugriff am 23.3.2012]
- Jung-a, Song et al.** (2008): Daewoo to pay nothing for vast land acquisition. Financial Times. 20. November 2008. <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/b0099666-b6a4-11dd-89dd-0000779fd18c.html#axzz1wAHxXjQy> [Zugriff am 28. Mai 2012]
- Keller, Edmond** (1998): Regime Change and Ethno-Regionalism in Ethiopia: the Case of the Oromo. In: Jalata, Asafa (1998): Oromo Nationalism and the Ethiopian Discourse. The Search For Freedom & Democracy. Asmara, Eritrea: The Red Sea Press. S. 109 – 124.
- Kramer, Katharina** (2011): Land Grabbing – auf „Einkaufstour“ in Afrika. Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika. Heidelberg. März 2011
http://www.woek.de/web/cms/upload/pdf/kasa/publikationen/kramer_2011_land_grabbing_auf_einkaufstour_in_afrika.pdf [Zugriff am 12.01.2012]
- Land-Matrix** (2012): Datenbank zu großen Agrarprojekten von fünf Entwicklungs- und Forschungsorganisationen, darunter die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Ein Projekt von Land Portal. <http://landportal.info/landmatrix> [Zugriff am 08.06.2012]

- Larebo, Haile M.** (1994): The Building of an Empire: Italian Land Policy and Practice in Ethiopia 1935-1941. Oxford studies in African affairs. Oxford: Clarendon Press.
- Lavers, Tom** (2011): The role of foreign investment in Ethiopia's smallholder-focused agricultural development strategy. LDPI Working Paper 2. University of Bath.
<http://www.plaas.org.za/pubs/ldpi-working-papers-africa/LDPI02Lavers.pdf/?searchterm=the%20role%20of%20foreign%20investment>
 [Zugriff am 25.12.2011]
- Lay, Jann/Nolte, Kerstin** (2011): Neuer „Landraub“ in Afrika? GIGA Fokus Working Paper. Nr. 1. 2011. German Institute of Global and Area Studies. Institut für Afrika-Studien.
http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_1101.pdf
 [Zugriff am 2.05.2012]
- Lefort, René** (1981): Éthiopie: la révolution hérétique. Paris: Librairie Francois Maspero.
- Lockot, Hans Wilhelm** (1989): The Mission. The Life, Reign and Character of Haile Sellassie I. Hurst & Company. London.
- Lytton, The Earl of** (1967): The Stolen Desert. A Study of Uhuru in North East Africa. London: MacDonald & Co.
- Makki, Fouad/Geisler, Charles** (2010): Development by Dispossession: Land Grabbing as New Enclosures in Contemporary Ethiopia. Paper presented at the International conference on Global Land Grabbing. 6 – 8 April 2011.
- Markakis, John/Ayele, Nega** (1978): Class and Revolution in Ethiopia. Nottingham: Spokesman Press for the Review of African Political Economy.
- McMichael, Philip** (2011): The Food Regime in the Land Grab. Articulating „Global Ecology“ and Political Economy. LDPI Paper presented at the International Conference on Land Grabbing 6-8 April 2011.
- Ministry of Mines and Energy** (2007): The Biofuel Development and Utilization Strategy of Ethiopia. September 2007. Addis Ababa. <http://phe-ethiopia.org/admin/uploads/attachment-84-Biofuel%20Strategy%20%28English%20Version%29%20pdf.pdf> [Zugriff am 06.04.2012]
- MISEREOR** (2010): „LANDHUNGER“ Ausländische Großinvestitionen in Land. Positionspapier. Mai 2010. Aachen.
http://www.misereor.org/fileadmin/redaktion/Positionspapier_Landhunger.pdf
 [Zugriff am 24.04.2012]
- MoARD** (2010): Ethiopia's Agricultural Sector Policy and Investment Framework (PIF) 2010-2020. Draft Final Report. 15. September 2010.
http://gafspfund.org/gafsp/sites/gafspfund.org/files/Documents/Ethiopia_5_of_6_CAA_DP_Post_compact_Investment_Plan_%28PIF%29_0.pdf [Zugriff am 23.01.2012]

- MoFED** (2006): Ethiopia: Building on Progress. A Plan for Accelerated and Sustained Development to End Povert (PASDEP). (2005/06-2009/10) Volume I. Main Text. September 2006. Addis Ababa.
http://planipolis.iiep.unesco.org/upload/Ethiopia/Ethiopia_PASDEP_2005_2010_Policy_Matrix.pdf [Zugriff am 23.01.2012]
- MoFED**(2010): Growth and Transformation Plan (GTP) 2010/11-2014/15. Draft. September 2010. Addis Ababa. http://www.ethiopians.com/Ethiopia_GTP_2015.pdf [Zugriff am 23.01.2012]
- Molla, Daniel et al.** (1995): Designing strategies to support a transformation of agriculture in Ethiopia. GRAIN market research project. Ministry of economic development and cooperation. Addis Ababa. September 1995. <http://aec.msu.edu/fs2/ethiopia/wp4.pdf> [Zugriff am 06.04.2012]
- Oduu Oromoo** (2011): The great land-grab debate: Oromo farmer says their land was taken illegally. 29. März 2011. <http://bilisummaa.com/index.php?mod=article&cat=Oduu&article=1720> [Zugriff am 08.04.2012]
- OLF** (2005): Oromo Liberation Front online
<http://www.oromoliberationfront.org/OLFPolicies.htm> [Zugriff am 26.03.2012]
- OMRHO e.V (o.D.)**: Land Grab and Human Right in Ethiopia. Oromo Menschenrechts- und Hilfsorganisation. http://www.omrho.de/index.php?option=com_content&view=article&id=73:land-grab-and-human-rights-in-ethiopia&catid=40:special-reports&Itemid=61 [Zugriff am 08.04.2012]
- Oromedia** (2011): Land Grab in Africa: Structural Violence of Globalization in Oromia-Ethiopia. Oromedia. The voice of voiceless. <http://oromeida.com/landgrabbing-issues/land-grab-in-africa-structural-violence-of-globalization-in-oromia-ethiopia/> [Zugriff am 03.04.2012]
- Oromo Liberation Front**: The Effects of Land Grabbing Policy of the Ethiopian Government on the Indigenous Farmers. The Study is conducted in the Finfinnee (Addis Abeba) and its environ.
http://www.oromoliberationfront.org/News/2012/Land_grabbing.pdf [Zugriff am 03.04.2012]
- Pambazuka News** (2010): The Scramble for Land and Environmental Degradation in Oromia. London International Oromo Workshop (LIOW). <http://www.pambazuka.org/en/category/advocacy/65953/print> [Zugriff am 8.04.2012]
- Pausewang, Siegfried** (1977): „Die Landreform in Äthiopien“. In: Africa Spectrum. Bd. 12. Nr. 1. S. 17-36.
- Plate, Mona** (2011): Landgrabbing und kleinbäuerliche Ernährungssouveränität in Äthiopien. Diplomarbeit, Universität Wien.

- Plaut, Martin** (2006): Ethiopia's Oromo Liberation Front. In: Review of African Political Economy. Nr. 109. Vol. 33. 587-593
- Proklamation Nr. 455/2005:** Federal Negarit Gazeta. Addis Ababa. Artikel 3 (1); Artikel 4 (1); Artikel 4 (3); Artikel 7 (1); Artikel 8 (1); <http://eltap.net/download/ProclamationsRegulations/Federal%20Gov%20Proclamation%20No.%20455--2005.pdf> [Zugriff am 02.05.2012]
- Rahmato, Dessalegn** (2011): Land to Investors: Large-Scale Land Transfers in Ethiopia. Forum for Social Studies. Addis Ababa. <http://www.solidaritymovement.org/downloads/111116LandGrabs-DesalgneRahameto.pdf> [Zugriff am 03.02. 2012]
- Ray, Shantanu Guhra/Vilasini, Roy** (2010): Ethiopians say Indians grabbing land. Indian farmers claim it is official. In: Tehelka Magazine. Vol. 7.Issue 38. 25. September 2010. http://www.tehelka.com/story_main46.asp?filename=Bu250910Ethiopians.asp [Zugriff am 14.04.2012]
- Reisenberger, Brigitte** (2011): Landnahme in Äthiopien. Auf dem Prüfstein des Rechts auf Nahrung. FIAN Österreich. <http://www.fian.at/assets/FIANLandnahmeAethiopien.pdf> [Zugriff am 08.01.2012]
- Rice, Xan** (2010): Ethiopia – country of the silver sickle – offers land dirt cheap to farming giants. The Guardian. 15.01.2010. <http://www.guardian.co.uk/world/2010/jan/15/ethiopia-sells-land-farming-giants> [Zugriff am 20.04.2012]
- Rudloff, Bettina** (2009): Klimawandel und Ernährungssicherheit. Diskussionspapier Stiftung Wissenschaft und Politik. Diskussionspapier FG2. 2009/01. Berlin. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/erg_nzte_Fassung_DP_0901_rff_Ernaehrung_KS.pdf [Zugriff am 19.01.2012]
- Rudloff, Bettina/Kurray, Martin** (2011): „Land grab“ als Versorgungsstrategie mit Risikopotential. In: Mildner, Stormy-Annika (Hg.) (2011): Konfliktrisiko Rohstoffe? Herausforderungen und Chancen im Umgang mit knappen Ressourcen. SWP-Studie. Februar 2011. S. 67-77. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S05_mdn_ks.pdf [Zugriff am 22.12.2011]
- Salzer, Irmi** (2011): Kleinbäuer*innen ernähren die Welt. In: Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität! Broschüre Grüne Bildungswerkstatt Wien. S. 6-7.
- Schicho, Walter** (2004): Handbuch Afrika. Band 3. Nord- und Ostafrika. Frankfurt am Main: Brandes&Apsel/Südwind.
- Seckler, David**, (1993): Agricultural Transformation in Africa. Winrock International, Arlington.

- Seyoum, Habtemariam** (2011): Hunger, Landnahme, Entwicklungspolitik. Teil 1. Interview Mit Seyoum Habtemariam vom Äthiopischen Menschenrechtskomitee in Tübingen am 28. August 2011 in Stelle-Wittenwuth. In: Schattenblick. Eine elektronische Zeitung. <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/intv0004.html> [Zugriff am 03.01.2012]
- Shepard, Daniel/Mittal, Anuradha** (2009): The Great Land Grab. Rush for World's Farmland Threatens Food Security for the Poor. The Oakland Institute. Oakland, CA, USA. <http://www.oaklandinstitute.org/great-land-grab-rush-world%E2%80%99s-farmland-threatens-food-security-poor> [Zugriff am 19. 01.2012]
- Shepard, Daniel/Mittal, Anuradha** (2010): (Mis)Investment In Agriculture. The Role Of The International Finance Corporation In Global Land Grabs. The Oakland Institute. Oakland, CA, USA. http://media.oaklandinstitute.org/sites/oaklandinstitute.org/files/misinvestment_web.pdf [Zugriff am 25.12.2011]
- Slezak, Gabriele** (2009): Länderinformation Äthiopien. 7. Überarbeitete Auflage. ÖFSE Publikation. <http://www.oefse.at/publikationen/laender/aethiopien.htm> [Zugriff am 9. Mai 2012]
- Smaller, Carin/Mann, Howard** (2009): A Thirst for Distant Lands: Foreign investment in agricultural land and water. International Institute for Sustainable Development (IISD). http://www.iisd.org/pdf/2009/thirst_for_distant Lands.pdf [Zugriff am 28.04.2012]
- SMNE** (2010): SMNE's Responses to the following statements by the Chief Executive Officer of the Karuturi Global Ltd, Mr. Sai Ramakrishna Karuturi. Solidarity Movement for a New Ethiopia <http://addisvoice.com/wp-content/uploads/2010/11/SMNE.pdf> [eigene Übersetzung] [Zugriff am 14.04.2012]
- Spittler, Gerd** (1981): Verwaltung in einem afrikanischen Bauernstaat. Das koloniale Französisch-Westafrika 1919-1939. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag GmbH.
- Spittler, Gerd** (1983): Administration in a peasant state. Sociologia Ruralis. Volume 23 (2): S. 130-144.
- Sturm, Roland** (2002): Kolonialismus. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag. S. 472 – 447.
- Sturm, Roland** (2002a): Neokolonialismus. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag. S. 597 – 599.
- Tamrat, Imeru** (2010): Governance of Large Scale agricultural investment in Africa: The case of Ethiopia. Paper presented at the World Bank Conference on Land Policy and Administration. Washington DC. 26. und 27. April 2010. <http://siteresources.worldbank.org/EXTARD/Resources/336681-1236436879081/5893311-1271205116054/tamrat.pdf> [Zugriff am 25.12.2011]

- TG RaN** (2010): Produktion von Agrobrennstoffen, globale Ernährungssituation und das Recht auf Nahrung. Arbeitspapier der Task Group Recht auf Nahrung (TG RaN). Wien. Feber 2010.
- The Advocates for Human Rights** (2009): Human Rights in Ethiopia: Through the eyes of the Oromo Diaspora. USA.
http://www.theadvocatesforhumanrights.org/uploads/oromo_report_2009_color.pdf
 [Zugriff am 18.02.2012]
- The Oakland Institute** (2011): Understanding Land Investment Deals in Africa. Country Report: Ethiopia. Oakland, CA.
http://www.oaklandinstitute.org/sites/oaklandinstitute.org/files/OI_Ethiopa_Land_Investment_report.pdf[Zugriff am 25.12.2011]
- The World Bank** (2012): Data. Employment in Agriculture (% of total employment)
<http://data.worldbank.org/indicator/SL.AGR.EMPL.ZS>[Zugriff am 17.01.2012]
- Thibaut, Bernhard/Krennerich, Michael** (2002): Äthiopien. In: Nohlen, Dieter (2002) (Hg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH. S. 75 – 78.
- Trostle, Ronald** (2008): Global Agricultur Supply and Demand: Factors Contributing to the Recent Increase in Food Commodity Prices. A Report from the Economic Research Service. United States Department of Agriculture.
<http://www.ers.usda.gov/Publications/WRS0801/WRS0801.pdf> [Zugriff am 25.12.2011]
- Ullendorff, Edward** (1998): The Ethiopians. An Introduction to Country and People. Fourth Edition. Kingston: Headstart Printing and Publishing Company.
- UNCTAD** (2008): World Investment Report. Transnational Corporations, and the Infrastructure Challenge. United Nations Conference On Trade And Development. New York und Genf. http://www.unctad.org/en/docs/wir2008_en.pdf [Zugriff am 08.01.2012]
- UNCTAD** (2009): World Investment Report 2008. Transnational Corporations, Agricultural Production and Development. United Nations Conference On Trade And Development. New York und Genf. http://www.unctad.org/en/docs/wir2009_en.pdf [Zugriff am 08.01.2012]
- UNDP** (2011): Human Development Report 2011. Sustainability and Equity: A Better Future for All. United Nations Development Programme. New York. <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2011/download/>[Zugriff am 08.01.2012]
- UNESCO** (2006): Sub-Saharan Africa. Regional overview. EFA Global Monitoring Report 2006. Literacy for all. http://www.unesco.org/education/GMR2006/full/africa_eng.pdf [Zugriff am 03.05.2012]

- United Nations** (2010): Foreign land purchase for agriculture: what impact on sustainable development? Sustainable Development Innovation Briefs. Issue 8. January 2010. United Nations Department of Economic and Social Affairs. New York. http://www.un.org/esa/dsd/resources/res_pdfs/publications/ib/no8.pdf [Zugriff am 24.04.2012]
- USAID** (2010): Ethiopia: Strengthening Land Administration Programme (ELAP). Programme Coordination Unit. 2009 Annual Report. http://eltap.net/userfiles/file/ELAP%202009%20Annual%20Report_Final%20Rev%20by%20Sol%2014%20Mar%2010.pdf [Zugriff am 05.05.2012]
- Vidal, John** (2010): „Billionaires and Mega-Corporations Behind Immense Land Grab in Africa“. In: Mail & Guardian. 10. März 2010. http://www.alternet.org/world/145970/billionaires_and_mega-corporations_behind_immense_land_grab_in_africa [Zugriff am 08.01.2012]
- Vidal, John** (2011): Ethiopia's land rush: Feeding the world. Video Dokumentation. The Guardian. 21. März 2011. <http://www.guardian.co.uk/global-development/video/2011/mar/21/ethiopia-land-rush> [Zugriff am 23. 01. 2012]
- Vidal, John** (2011a): Ethiopia at centre of global farmland rush. The Guardian. 21. März 2011. <http://www.guardian.co.uk/world/2011/mar/21/ethiopia-centre-global-farmland-rush> [Zugriff am 23. 01. 2012]
- Weissleder, Lucie** (2009): Foreign Direct Investment in the Agricultural Sector in Ethiopia. Ecofair Trade Dialogue Discussion Papers No. 12. University of Bonn u.a.. http://www.boell.de/downloads/ecology/FDIs_Ethiopia_15_10_09_c_1.pdf [Zugriff am 03.04.2012]
- Wissen, Markus** (2008): „Die Materialität von Natur und gebauter Umwelt“. In: Demirovic, Alex (Hg.): Kritik und Materialität. Münster. S. 73-87.
- Wissen, Markus** (2011): Krisen, die imperiale Lebensweise und darüber hinaus. In: Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität! Broschüre Grüne Bildungswerkstatt Wien. S. 8-10.
- World Bank Glossary:**
<http://www.worldbank.org/depweb/english/beyond/global/glossary.html> [Zugriff am 23.04.2012]
- World Bank Group** (2010): “Ethiopian Women Gain Status Through Landholding.” News. 21.04. 2010. <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:22550909~pagePK:64257043~piPK:437376~theSitePK:4607,00.html> [Zugriff am 30.04.2012]
- Zenawi, Meles** (2010): Oromia-Ethiopia: Zenawi – Land in Highlands (Abyssinia) off Limits, in Lowlands Up for Grabs. Video Clip from the World Economic Forum in Africa. 16. August 2010. <http://gadaa.com/oduu/?p=5231> [Zugriff am 08.04.2012]
- Ziegler, Jean** (2005): The right to food. Report of the Special Rapporteur on the right to food. Addendum Mission to Ethiopia. E/CN.4/2005/47/Add 1. S. 14f. <http://www.righttofood.org/new/PDF/Ethiopia.pdf> [Zugriff am 02.02. 2012]

Ziegler, Jean (2008): Äthiopien – Die Erschöpfung und die Solidarität. In: Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung. Wilhelm Goldmann Verlag. München. Teil III. S. 87 – 147

Zoomers, Annelies (2010): Globalisation and the Foreignisation of Space: seven processes driving the current global land grab. In: Journal of Peasant Studies. Vol. 37, No2. April 2010. Routledge. S. 429 -447

9 Anhang

9.1 Zusammenfassung

Das Thema „Land“ erfährt seit einigen Jahren verstärkte politische und auch wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Ausgelöst durch wachsende Investitionen in Land, vor allem in Afrika, ist die Landfrage zu einem umstrittenen Gegenstand im aktuellen entwicklungspolitischen sowie umweltpolitischen Diskurs geworden. Das Thema wird zunehmend polarisiert dargestellt: auf der einen Seite stehen kritische soziale Bewegungen und Organisationen, die auf die sozialen und ökologischen Folgen der Transformation der Landnutzung hinweisen. Auf der anderen Seite weisen internationale Organisationen, Regierungen und ihnen nahe stehende Ministerien auf die positiven Effekte von Landinvestitionen für die Beschäftigung, Armutsbekämpfung und Ernährungssicherung hin.

Landgrabbing ist jener Begriff, unter dem mittlerweile jegliche Aneignung von Land durch in- oder ausländisches Kapital verstanden wird. Die mit *Landgrabbing*-Prozessen einhergehenden Transformationen der Landnutzung und Änderungen in Landbesitzverhältnissen werden oft rücksichtslos durchgesetzt. Mangelhafter Zugang zu Land für breite Bevölkerungsschichten und die Landkonzentration in den Händen weniger stellen somit eine Bedrohung der Existenzgrundlagen von Millionen von Menschen dar und sind seit jeher eine zentrale Ursache von Hunger.

Die Hauptaussage dieser Arbeit ist, dass die Entwicklungen, die gegenwärtig als *Landgrabbing* beschrieben werden, kein neues Phänomen sind. Die staatlich geförderte und abgesicherte Aneignung von Land durch die herrschenden Eliten mit dem Ziel der Exportproduktion gibt es schon seit langem, worauf auch schon die im aktuellen Diskurs verwendete Bezeichnung Neokolonialismus hindeutet. Tatsächlich wurden die (rechtlichen) Grundlagen für die nun vorherrschenden Landbesitzverhältnisse in Äthiopien, meinem Beispielland, in der Kolonialzeit durchgesetzt und in der post-kolonialen Zeit fortgesetzt.

Landgrabbing ist somit vielmehr eine historisch spezifische Ausprägung eines Prozesses, indem die gesellschaftliche Nutzung von Natur untrennbar mit kolonialen und post-kolonialen Verhältnissen von Macht, Herrschaft und Ausbeutung verknüpft ist. Der Zugang zu Land und die Kontrolle darüber sind Ausdruck dieses Prozesses, und nicht erst das Ergebnis von globalen Nahrungsmittelpreiskrisen, Klima- und Finanzkrisen. Diese lokal-regionale Landnutzungsveränderungen und sich wandelnde gesellschaftliche Ansprüche auf Land spiegeln spezifische soziale Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnisse wieder. Die seit

Jahrhunderten währende Enteignung und Vertreibung von ländlichen Armen auf der ganzen Welt durch die herrschende Klasse wurde durch diese neue Welle des Landraubs verschärft.

Ziel dieser Arbeit ist es, eine gesellschaftstheoretisch angeleitete Perspektive zur Analyse der als *Landgrabbing* beschriebenen Entwicklungen zu eröffnen. Erst dadurch wird eine differenzierte Analyse möglich, welche die Komplexität historischer und gegenwärtiger Entwicklungen auf lokaler und globaler Ebene angemessen erfassbar macht.

Die Arbeit ist wie folgt aufgebaut: Zuerst skizziere ich meinen theoretischen Zugang zu *Landgrabbing*, der sich auf Ansätze aus dem Bereich der Politischen Ökologie bezieht. Darauf folgt die Beschreibung der aktuellen Debatte um *Landgrabbing* und eine Beschreibung der Unterschiede in den gegenwärtigen Landnahmen zu den kolonialen Erscheinungsformen. Anhand der Landpolitik meines gewählten Länderbeispiels Äthiopien illustriere ich die politisch-ökologische Analyse von *Landgrabbing*. Dabei betone ich die historische Vergangenheit von Landbesitzverhältnissen in Äthiopien. Am konkreten Beispiel des Volkes der Oromo, welches überproportional von *Landgrabbing* betroffen ist, verdeutliche ich, dass Landpolitik im äthiopischen Fall in allen historischen und aktuellen Phasen der Etablierung und Absicherung von Herrschaft dient.

9.2 Abstract

This thesis deals with the impacts of *Landgrabbing* on the nutrition situation of small-scale farmers.

The last couple of years have been characterized by a "rediscovery" of agriculture as a sector for strategic activity. Triggered by increasing investment in agriculture, especially in Africa, the new global land issue has become a controversial subject in the current development and environmental policy-discourse, which has received widespread media coverage. On the one side there are concerns of civil society, researchers and environmentalists, who fear the socio-economic impacts for local people and claim that some land deals are exploiting poor nations. On the other side, states, governments and international organisations are talking about „win-win“ situations and the positive effects of investing in land for employment, poverty alleviation and food security.

In the midst of a severe food and economic crisis (2007/2008), the *landgrabbing*-trend has grown as an international phenomenon which was accompanied by exceptionally high commodity prices and severe supply shortages in the world market. The crisis sharply aggravated vulnerabilities, like the food insecurity, in many poor countries.

The term „land grab“ refers to the purchase or lease of vast tracts of land by wealthier, food-insecure nations and private investors from mostly poor countries in order to produce crops for export. The phrase “land grab” has emerged as the catch-all to describe the explosion of (trans) national commercial land investment and the associated impacts. The transformation in land-use and changes in land-tenure coming along with landgrab-processes are enforced without regard to the population. As a result, fertile agricultural land is becoming increasingly privatised and concentrated in the hands of a few. Therefore *landgrabbing* represents a threat to the livelihoods of millions of people and have always been a key cause of hunger.

The main aim of this work is to show that the developments that are currently described as *landgrabbing*, are not a new phenomenon. *Landgrab* is the result of a complex combination of the past and the present. The appropriation of land, secured by the state, by the ruling elites for the purpose of export-production has been around for a long time. This is also indicated by the phrase “neo-colonialism” used in the current *landgrab*-discourse

In fact the legal basis for the now prevailing land tenure system in Ethiopia (my country-example) was set up in the colonial period and continued in the post-colonial period.

My purpose in this thesis is to open a social theoretical perspective to analyze the development opportunities within the *landgrab*-process. Political-ecological analysis are dealing with power relations which are inextricably related to nature, colonial and post-colonial relations of power, domination and exploitation. Access to land and the control over it, are an expression of this process, and not only the result of global foodprice crisis, climate and financial crises.

These local-regional changes in land-use and changing claims on land reflect specific social power structures and power relations. The ongoing dispossession and displacement of the poor rural people around the world by the ruling class has been intensified by this new wave of land grab. If left unchecked, this global land grab could mean the end of small-scale farming und rural livelihoods in numerous places around the world.

9.3 Lebenslauf

Curriculum Vitae

PERSÖNLICHE DATEN

Name: Alice Tuma
Geburtstag: 23.01.1980, Eisenstadt
E-Mailadresse: alice.tuma@gmx.at

AUSBILDUNG

09/95 – 05/99: HBLA für wirtschaftliche Berufe, 1130 Wien
10/06 – 07/12: Universität Wien, Studium der Internationalen Entwicklung

AUSBILDUNGSSCHWERPUNKTE

Migration, Integration & Asyl; Armutsforschung; Landgrabbing;
Friedens- und Konfliktforschung; Planung und Evaluierung von
Projekten;

PRAKTIKA& AUSLANDSAUFENTHALT

06/2011 – 08/2011: Praktikum beim UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR
(Rechtsabt.), Unterstützung bei der Überwachung der Situation von
Asylsuchenden und Flüchtlingen in Österreich;

10/2010 – 01/2011: Mitarbeit bei Deserteurs- und Flüchtlingsberatung, 1010 Wien
Wöchentliche Mitarbeit & Unterstützung im Rahmen der
Rechtsberatung für AsylwerberInnen

06/2010 – 07/2010: Praktikum Deserteurs- und Flüchtlingsberatung, 1010 Wien,
Wöchentliche Mitarbeit & Unterstützung im Rahmen der
Rechtsberatung für AsylwerberInnen

09/2009 – 02/2010: Auslandsaufenthalt in Spanien, Ein Semester Aufenthalt und Besuch
der ökonomischen Universität Valladolid

SPRACHKENTNISSE

Englisch: sehr gut (in Wort und Schrift)
Spanisch: gut (in Wort und Schrift)
Französisch: Grundkenntnisse

